Deutscher
Bundesjugendring

GUTE JUGENDPOLITIK

ARBEITSBERICHT DES VORSTANDES 2013·2014

Lisi Maier, Vorsitzende

Bildung · Deutsch-Französische Zusammenarbeit · Deutsch-Polnische Zusammenarbeit · Engagement und Ehrenamt · Förderpolitik · Internationale Jugendpolitik · Kinder- und Jugendhilfe · Kinderschutz und Prävention · Strukturen der Jugendarbeit

Stephan Groschwitz, Vorsitzender

Demografische Entwicklung und Generationenfragen · Engagement und Ehrenamt · Gute Jugendpolitik · Jugendreisen · Kinder- und Jugendhilfe · Politische Bildung

Immanuel Benz

Demokratie und Partizipation · Förderpolitik · Gute Jugendpolitik · Kinderrechte

Julia Böhnke

Bildung · Jugendarbeitsmarkt · Jugendforschung · Geschlechter-, Frauen- und Mädchenpolitik · Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit · Sozialpolitik

Tobias Köck

Europäische Jugendpolitik · Medien- und Netzpolitik

Dominik Naab

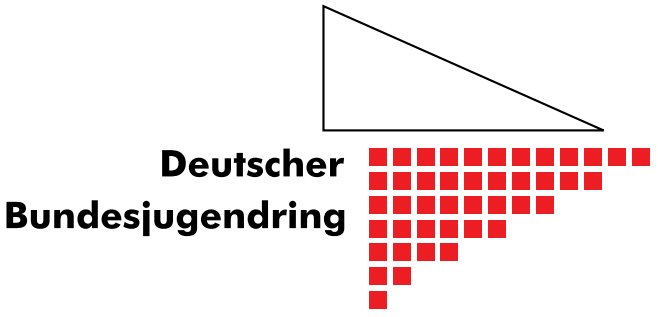
Engagement und Ehrenamt · Inklusion · Gute Jugendpolitik · Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik

Hetav Tek

Aufenthaltsrecht und Flüchtlinge · Bildung · Deutsch-Russische Zusammenarbeit · Deutsch-Türkische Zusammenarbeit · Migration und MJSO

GUTE JUGENDPOLITIK

ARBEITSBERICHT DES VORSTANDES 2013·2014



Glossar

AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DBJR	Deutscher Bundesjugendring
DJI	Deutsches Jugendinstitut
KJP	Kinder- und Jugendplan
MJSO	Migrant_innenjugendselbstorganisation
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Acht (Kinder- und Jugendhilfegesetz)
BKiSchG	Bundeskinderschutzgesetz
EiJP	Eigenständige Jugendpolitik
NGO	Nichrregierungsorganisation

Fotonachweise

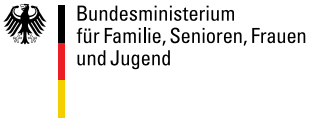
Titel	Alex Viebig/jugendfotos.de
Inhalt	Michael Scholl (6, 32, 39, 45, 48, 51, 55, 59, 65), Yana Wernicke (13, 30, 35), Hetav Tek (21), Kevin Fuchs (2, 27, 107), DBJR-Archiv (36, 41), Bildschön (67), Hanna Keyser (78), Felix Beck (90), DGB (94), Michaela Zimmermann/jugendfotos.de (100)

Impressum

Gute Jugendpolitik – Arbeitsbericht des Vorstandes 2014·2014

Herausgeber:	Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin 030. 400 40 400 | info@dbjr.de | www.dbjr.de
Verantwortlich:	Tom Urig, Geschäftsführer
Redaktion:	Michael Scholl, Stefanie Meyer
Mitarbeit:	Jasmin-Marei Christen, Ann-Kathrin Fischer, Carina Fischer, Torsten Goede, Jochen Rummenhöller, Tom Urig, Christian Weis sowie der Vorstand und die Außenvertreter_innen
Layout & Satz:	Michael Scholl, Stefanie Meyer
Druck:	Bonifatius GmbH, Paderborn gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Engel

Gefördert vom:



Berlin, September 2014

Liebe Freund_innen.
liebe Kolleg_innen,

mit diesem Arbeitsbericht geben wir Einblick in unsere Arbeit. Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe stecken wir viel Engagement in die Verwirklichung einer guten Jugendpolitik. Das ist und bleibt eine wichtge Aufgabe der kommenden Jahre. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie uns als Partner sieht und mit uns die Jugendpolitik partizipativ entwickeln will. Auch bei vielen anderen Themen sind wir als Selbstorganisation selbstbestimmter junger Menschen für Parlament und Regierung ein wichtiger Ansprechpartner. Was wir tun, was wir wollen und woran wir in den letzten Monaten intensiv gearbeitet haben, das beschreiben wir auf den folgenden Seiten.

Der DBJR-Vorstand

Inhalt

BERICHT DES VORSTANDES 6
- Gute Jugendpolitik 7
- Partizipation und Demokratie 10
- Kinder- und Jugendhilfe 16
- Bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung 21
- Bildung 23
- Engagementpolitik und Ehrenamt 25
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 28
- Interkulturelle Öffnung · Migration 29
- Medien- und Netzpolitik 31
- Nachhaltigkeit 32
- Gender · Queer 32
- Kinderpolitik 33
- Demografische Entwicklung 33
- Strukturen der Jugendarbeit 34
- Europäische Jugendpolitik 35
- Internationale Jugendpolitik 39
- Kommunikation 48
- Projekte 49

GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN 51
AUSSENVERTRETUNGEN 67
DELEGATIONEN 100

BERICHT DES VORSTANDES

GUTE JUGENDPOLITIK

Gute Jugendpolitik denkt vom Standpunkt der Jugend, sie befasst sich mit allem, was junge Menschen betrifft oder interessiert. Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und -ringe machen wir schon immer Jugendpolitik; und wir fordern sie ein. Das ist Konsequenz und Ausdruck der Selbstorganisation, die unsere Basis ist.

Prozess zur Eigenständigen Jugendpolitik (EiJP)

Das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) stößt 2011 einen Prozess an, in dem eine Eigenständige Jugendpolitik entwickelt werden soll. Wir arbeiten in einer Steuerungsrunde mit. Sie diskutiert vor allem die Planungen und Ergebnisse der Veranstaltungen, gibt Rückmeldungen zu den Ergebnissen der Jugendbeteiligung und erörtert die weitere Gestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Wir uns Vertreter_innen unserer Mitgliedsorganisationen nehmen an allen neun Fachforen teil, die im Rahmen des Prozesses vom Zentrum organisiert werden. Besonders für das Fachforum *BETEILIGUNG MACHT DEMOKRATIE – Partizipation junger Menschen im politischen und öffentlichen Raum* werden unsere Angebote zur inhaltlichen Vorbereitung von den Mitgliedsorganisationen genutzt. Auch unsere Gremien beschäftigen sich regelmäßig mit den aktuellen Entwicklungen einer Eigenständigen Jugendpolitik. Mit dem Projekt *Ichmache>Politik* *[➡ Seite 11]* organisieren wir die Jugendbeteiligung am Prozess.

Die Steuerungsrunde wird vom Zentrum Eigenständige Jugendpolitik in Trägerschaft der AGJ begleitet. Vertreter_innen der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF), der AGJ, dem BMFSFJ, dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und den Kommunalen Spitzenverbänden arbeiten mit uns zusammen.

Zum 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag 2014 legt das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik eine Dokumentation vor. Sie umreißt die Inhalte, Kontroversen, Fragen und Aktivitäten, die im Rahmen des vom Zentrum organisierten Prozesses gesammelt wurden. Sie spiegelt damit dessen Potenziale und vor allem Grenzen. Die Publikation des Zentrums ist aus unserer Sicht kein Meilenstein. Auf dieser Basis könnte der Prozess nicht unverändert fortgesetzt werden. Grundlage für die weitere Diskussion um Jugendpolitik in Deutschland sind für uns vielmehr die Grundsätze und Leitlinien des Prozesses – und unsere Positionen, Empfehlungen und Visionen zu einer guten Jugendpolitik.

Eine Erfahrung mit dem bisherigen Prozess ist: Das Zusammenwirken zwischen Strukturen, die im Rahmen des Prozess gebildet wurden, und vorhanden Strukturen und Gremien lief nicht optimal. Wir setzen uns intensiv dafür ein, dass bestehende Strukturen effektiv genutzt werden – im Sinne der Jugendpolitik. Es ist unsinnig, unreflektiert neue Strukturen zu schaffen.

Schritte zu einer Guten Jugendpolitik

Unsere Ansprüche und Forderungen an eine Gute Jugendpolitik gehen über das hinaus, was bisher geschieht oder geplant ist. Eine gute Jugendpolitik verbessert Schritt für Schritt ihre eigenen Bedingungen, baut ihre Stärke gegenüber anderen Politikbereichen aus. Sie muss deshalb als andauernder Prozess verstanden werden.

Es steht derzeit ein Fenster offen, gute Jugendpolitik in unserem Sinne zu stärken. Es besteht aber auch das Risiko, dass Jugendpolitik – aus unserer Sicht – unzureichend definiert und etabliert wird. Wir überprüfen deswegen laufend, ob das, was in verschiedenen Prozessen unter dem Stichwort Jugendpolitik passiert, dem Verständnis der Jugendverbände und -ringe entspricht oder widerspricht. Danach richten wir unser jugendpolitisches Agieren aus.

Nicht nur deshalb ist gute Jugendpolitik das Schwerpunktthema, weit über die Begleitung des Prozesses zur Eigenständigen Jugendpolitik hinaus. Überall, wo Jugendpolitik diskutiert wird, machen wir uns stark für ein jugendverbandliches Verständnis von guter Jugendpolitik. Ein grundlegendes Verständnis von Jugendpolitik kann und soll dabei nicht auf die Bundesebene beschränkt bleiben sondern auf alle föderalen Ebenen reflektiert und entsprechend angepasst oder verwendet werden.

„Gemeinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden entwickeln wir das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik weiter. Wir wollen Jugendlichen Freiräume ermöglichen, ihnen Chancen eröffnen und Rückhalt geben."
(Koalitionsvertrag)

Der Koalitionsvertrag stärkt uns den Rücken, er betont die Rolle der Jugendverbände im Rahmen der Jugendpolitik. Die Umsetzung des Koalitionsvertrags sowie der Prozess zur Eigenständigen Jugendpolitik geben Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen eine verbürgte Möglichkeit, ihre Sichtweise auf Jugendpolitik privilegiert einzubringen. Diese Chance werden wir mit unseren Mitgliedsorganisationen nutzen. Wir entwickeln und diskutieren in unseren Gremien und in mehreren Arbeitstreffen mit Interessent_innen aus den Mitgliedsorganisationen Kriterien für eine gute Jugendpolitik anhand konkreter Aspekte. Zum Beispiel:

- Gute Jugendpolitik auf Bundeseben funktioniert nur, wenn sich auch das zuständige Bundesministerium selbst als Bundesjugendministerium versteht und entsprechend handelt. Wir begrüßen daher als wichtigen Schritt, dass sich die parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks explizit für Jugendpolitik zuständig erklärt. Das BMFSFJ sollte Jugendpolitik als Grundlage seines gesamten Handelns verstehen und nicht nur als Projekt. Es muss sich als starker jugendpolitischer Akteur verstehen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts.
- Gute Jugendpolitik ist auf allen föderalen Ebenen wichtig – auch und gerade auf der lokalen! Besonders hier wird sich zeigen, wie verschiedene Akteure vor Ort zusammengebracht werden können um die Interessen junger Menschen an allen sie betreffenden Belangen umzusetzen. Dafür braucht es Unterstützung lokaler Strukturen, insbesondere auch der Jugendhilfeausschüsse.
- Gute Jugendpolitik muss gesteuert werden. Die verschiedenen Handlungsstränge müssen zusammengebracht und gesteuert werden – das ist eine der wichtigsten Erfahrungen aus dem bisherigen Prozess. Entsprechende Strukturen können und sollten nicht komplett neu erfunden werden; vielmehr müssen funktionierende und wirkungsvolle Strukturen richtig zusammengefügt werden, bevor über neue Strukturen nachgedacht wird. Unsere Beratungen innerhalb der Jugendverbände und -ringe haben deutlich gezeigt: Es fehlt ein Ort, an dem initiativ Anliegen eingebracht werden können. Dafür und für den Ort, der für eine aktive ebenen- und ressortübergreifende Jugendpolitik zuständig ist, hat das Konzept der Jugendhilfeausschuss viel zu bieten. Es ist in Kommunen und Ländern bewährt. Es kann aber nicht unreflektiert übernommen werden. Es braucht darüber hinaus eine geeignete Schnittstelle zur Europäischen Jugendpolitik und zur EU-Jugendstrategie.

» Gute Jugendpolitik braucht eine wirksame Jugendbeteiligung. Sie ist bei der Planung aller Strukturen, Prozesse und Vorhaben von Anfang an mitzudenken und mit zu planen.

An anderer Stelle im Koalitionsvertrag wird ein Jugendcheck angekündigt. Wir haben bereits in den Verhandlungen zum Vertrag deutlich gemacht, dass die Jugendverbände und -ringe mehr erwarten, als eine reine Gesetzesfolgenabschätzung. Ein Jugendcheck ist eine große Chance, unsere langjährige Forderung umzusetzen, dass alle Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf Jugend geprüft werden. Wir sind überzeugt: das Instrument *Jugendcheck* ist als Portfolio verschiedener Themen, Prozesse und Strukturen zu entwickeln (Werkzeugkoffer). Es sollte sich über die Zeit stärken und verändern. Für den Jugendcheck ist eine gute Vorbereitung und die Beteiligung anderer Regierungsressorts wichtig – und natürlich eine verbindliche Umsetzung. Wir organisieren dazu im Juni 2014 einen Workshop mit Mitgliedsorganisationen, sammeln Ideen für den Jugendcheck. Diese werden wir nun einbringen.

„Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen Jugend-Check entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen."
(Koalitionsvertrag)

PARTIZIPATION UND DEMOKRATIE

Partizipation ist das Fundament der Jugendverbandsarbeit. Kinder und Jugendliche bestimmen selbst, sie gestalten und organisieren ihr Miteinander eigenständig. Wir stehen für diese Selbstbestimmung und Selbstorganisation junger Menschen. Rund sechs Millionen von ihnen haben uns demokratisch den Auftrag gegeben, ihre Interessen zu vertreten gegenüber Parlamenten und Regierungen. In diesem Sinne sind wir, die gewählten Vertreter_innen der Jugendverbände und Jugendringe, selbst bereits Jugendbeteiligung. Auf Basis unserer Positionen sprechen wir für einen Großteil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

Selbstbestimmung und Selbstorganisation sind unser Maßstab für Beteiligung. Bei allen Formen von Jugendbeteiligung fordern wir Mitwirkung mit Wirkung. Wenn junge Menschen direkt beteiligt werden, müssen sie Einfluss auf Entscheidungen nehmen können. Jugendbeteiligung muss in Entscheidungsprozesse sinnvoll eingebunden werden. Entscheider_innen müssen bereit sein, Gestaltungsmacht zu teilen. In diesem Sinne und mit diesem Anspruch arbeiten wir in den Beteiligungsprojekten Ichmache>Politik und Strukturierter Dialog.

Wir mischen uns deswegen ein, wenn Jugend beteiligt werden soll oder Konzepte für Jugendbeteiligung entstehen. Leider nehmen wir viele Formen von Jugendbeteiligung wahr, die weder Mitwirkung erlauben noch Wirkung haben. Wir kritisieren jede Form der Alibi-Beteiligung von Jugendlichen. Wir sehen noch viel Arbeit, auf allen politischen Ebenen eine Kultur der Jugendbeteiligung zu festigen.

ePartizipation

In den letzten Jahren wird ePartizipation – die Beteiligung mit dem und im Internet – als neue und innovative Form von Partizipation diskutiert. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass ePartizipation lediglich ein gutes Werkzeug ist, Beteiligung breiter sowie orts- und zeitunabhängig anzulegen. Zugleich gelten auch für ePartizipation die hohen Ansprüche an Partizipation unabhängig vom Werkzeug. Mit unserer Sicht und unserem Anspruch wirken wir in diesem Sinne als Expert_innen in Workshops, an Tagungen und in Beiräten mit. Insbesondere im Projekt *youthpart* entwickeln wir gemeinsam mit anderen in multilateralen Arbeitstreffen *guidelines für ePartizipation*. Viele Entwicklungen im Bereich ePartizipation beobachten und bewerten wir kritisch. In vielen Fällen steht hinter den optisch aufwändigen Beteiligungsplattformen lediglich ein Einsammeln von Meinungen oder eine simple Abstimmung. Häufig fehlt die Möglichkeit der Mitwirkung mit Wirkung. An unserer eigenes Beteiligungswerkzeug ePartool haben wir hohe Anforderungen gestellt und sie umgesetzt.

In Gesprächen mit dem BMFSFJ setzen wir uns dafür ein, dass in den kommenden Jahren das Thema Partizipation – inklusive ePartizipation – einen hohen Stellenwert behält. Wir finden, dass dringend eine gute und alle föderalen Ebenen übergreifende Strategie für Beteiligung mit, im und ohne Internet entwickelt und umgesetzt werden muss.

ePartool

Für die Projekte Ichmache>Politik und Strukturierter Dialog entwickeln wir das ePartool als Werkzeug für wirksame Jugendbeteiligung. Es bildet Mitwirkung mit Wirkung ab, indem nach einer zentral gestellten Frage/These dezentral in Jugendgruppen Positionen entwickelt und beschlossen werden, alle Positionen zentral gesammelt und priorisiert werden können und schließlich deren politische und praktische Folgen aufgezeigt werden. Über das ePartool als Werkzeug für ePartizipation hinaus werden vielfältige Methoden zur Beteiligung bereitgestellt, die eine Auseinandersetzung mit Themen fördern und das Diskutieren und Beschließen von Positionen möglich machen. Das ePartool steht allen kostenfrei zur Verfügung, die Beteiligung auf einem hohen Niveau möglich machen wollen. Es ist in drei Jahren gereift und verbessert worden. Unter einer Open Source kann es weiter entwickelt werden.

Ichmache>Politik

Ichmache>Politik heißt unser Projekt zur Jugendbeteiligung an der *Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik in Deutschland*. Seit 2012 (bis September 2014) gestaltet es direkte Beteiligung wirkungsvoll, qualifiziert die Diskussion um eine neue Jugendpolitik durch die Meinung junger Menschen und entwickelt das ePartool. Im Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik sammelt Ichmache>Politik die Meinungen junger Menschen zu ausgewählten Themen und organisiert dazu Beteiligungsrunden. Das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik organisiert den gesamten Prozess, in dessen Verlauf verschiedene Akteure gemeinsam in unterschiedlichen Formaten sowohl allgemeine Ziele als auch konkrete Ideen entwickelt haben. Von Beginn an war die Jugendbeteiligung selbstverständlicher Bestandteil und hatte eine hervorgehobene Rolle im Prozess. Gerade bei der direkten Beteiligung junger Menschen an bundespolitischen Diskursen und Entscheidungen stellt sich die Frage, wie es funktionieren kann, junge Menschen als politische Akteure und Expert_innen ihrer Lebenswelt systematisch in die Gestaltung von Politik einzubeziehen.

Mit dem Projekt Ichmache>Politik geben wir allen interessierten jungen Menschen die Möglichkeit, an aktuellen jugendpolitischen Prozessen auf Bundesebene mitzuwirken. Die Verbindung von – in der Regel – offline geführten Auseinandersetzungen mit dem Thema, online zusammengetragenen Positionen und einer anschließend offline verbindlichen und online nachvollziehbaren Wirkung, ist Dreh- und Angelpunkt von Ichmache>Politik. Konkret stellte das Projekt in insgesamt sieben Beteiligungsrunden aktuelle Thesen und Fragen zur Bewertung. Drei bis vier Monate waren jeweils Zeit, um sich mit dem Thema im kurzen Gespräch, im kreativen Workshop oder auf Seminaren und Kongressen auseinanderzusetzen. Hilfe zu Themen/Methoden gibt es mit dem ePartool und durch Materialien und Workshops. Die Meinungen und Vorschläge werden online über *tool.ichmache-politik.de* gesammelt. Nach Ablauf der Beitragsphase können alle Teilnehmenden abstimmen, welche Beiträge besonders wichtig für eine Eigenständige Jugendpolitik sind. Das Ergebnis wird in die laufende Diskussion getragen. Mit dem erbsthaften Feedback beteiligter Akteure wird deutlich, an welchen Stellen die Meinung der jungen Menschen aus den Beteiligungsrunden aufgegriffen wird und wo es möglicherweise auch Probleme in der Umsetzung ihrer Interessen gibt.

Junge Menschen diskutieren Jugendpolitik mit dem ePartool: Folgende Beteiligungsrunden laufen im Berichtszeitraum: Ernsthaft-freundlich?! – Jugendpolitik und Partizipation konkret, WohlfühlFactorY – Bildung und Lebenswege morgen und Wirkung>>>LOS! – Vom Prozess zur Politik.

Das zweite Halbjahr 2013 steht besonders im Zeichen der Beteiligungsrunden: Sie werden konzipiert und beworben, die Teilnehmenden werden unterstützt und begleitet, die Ergebnisse ausgewertet und dargestellt. Schließlich werden Rückmeldungen der Steuerungsgruppe und unsere eigenen als DBJR-Vorstand aufbereitet. Angesichts der endenden Projektlaufzeit legen wir besonderes Augenmerk auf die Darstellung der erzielten Wirkung. Es ist wichtig, die Ergebnisse zusammenzustellen und die Positionen in kommende Diskussionen um eine Eigenständige Jugendpolitik einfließen zu lassen. Das Projektteam bringt die Ergebnisse der bereits abgeschlossenen Beteiligungsrunden in aktuelle Debatten ein und referiert in Workshops und bei Fachtagen.

Durch die Videoaktion *Ichmache>Politik zoom rein!* werden 2013 viele Junge Menschen motiviert, sich mit dem Thema Freiräume auseinander zu setzen und sich kreativ durch das Medium Film zu engagieren. 69 Videoclips werden von Schüler_innengruppen, Jugendverbänden und Einzelpersonen eingereicht, sie zeigen eine große Bandbreite an Freiraum-Ideen und -Wünschen. Zu großen Teilen übertreffen sie die bewusst niedrig gehaltenen Ansprüche nach technischer und kreativer Umsetzung. Anschließend an eine offene Abstimmung über die besten Projektideen erhalten 25 Gruppen jeweils 1.000 Euro und weitere zehn jeweils 500 Euro zur Unterstützung für ihre Vorhaben.

Zusätzlich prägt die Vorbereitungen zum Open-Source-Start des ePartools und die Begleitung erster neuer Nutzer_innen die Arbeit des letzten Jahres. Potentiellen Nutzer_innen muss deutlich gemacht werden, dass die Nutzung des Tools ebenso an bestimmte Beteiligungs-Kriterien gebunden ist wie andere Partizipationsprozesse.

Zentral ist: Das Projekt zeigt die Wirkung der Beteiligung auf, besonders durch die jeweiligen konkreten Rückmeldungen politischer Akteure auf die Beteiligungsrunden. Die Feedbackschreiben des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik und des DBJR beweisen, wie ernsthaft und wertschätzend mit den Ergebnissen umgegangen wird. Das zeigt auch: Die beteiligten jungen Menschen sind über Ichmache>Politik auf Augenhöhe mit den Teilnehmer_innen der Fachforen des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik.

Der abstrakte Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik erschwert häufig die Kommunikation. Es brauchte viel Überzeugungsarbeit, bis die Chance dieser Beteiligung erkannt wird. Ständige Herausforderung ist zudem, die oftmals abstrakten Zusammenhänge und Hintergründe zu übersetzen. Es fehlt auch an Ressourcen, um mehr notwendige Multiplikator_innen vor Ort zu finden und zu unterstützen. Multiplikator_innen sind jedoch Voraussetzung, um junge Menschen vor Ort zu informieren und die gewünschte Unterstützung zu leisten.

Ein besonderes Anliegen von Ichmache>Politik ist, mit dem ePartool künftig auch anderen Akteuren ein Werkzeug für eine wirkungsvolle Jugendbeteiligung zu bieten. Ichmache>Politik ist ein Beteiligungsformat, das weiter entwickelt werden muss, aber gerade für dezentrale, komplexe Prozesse Potential bietet.

Strukturierter Dialog

Der Strukturierte Dialog gibt jungen Menschen die Möglichkeit, sich mit ihren Meinungen, Ideen und Forderungen in die Gestaltung und Umsetzung von Jugendpolitik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten einzubringen. Anders formuliert: Der Strukturierte Dialog ist das Jugendbeteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie. Dahinter verbirgt sich ein kontinuierlicher Prozess, bei dem Jugendliche und politische Akteur_innen zusammenkommen, um gemeinsam zu diskutieren, wie ausgewählte jugendpolitische Themenfelder weiterentwickelt werden können.

Seit 2010 unterstützt ein bei uns angesiedeltes Projekt und die mit ihm verbundene Koordinierungsstelle die Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland. Die Nationale Arbeitsgruppe für den Strukturierten Dialog, deren Mitglieder zentrale Felder der Jugendhilfe/-politik sowie die verschiedenen föderalen Ebenen repräsentieren, hat u.a. die Aufgabe, den Prozess zu steuern und weiterzuentwickeln. Wir führen den Vorsitz der Arbeitsgruppe. 2014 startet das vom BMFSFJ geförderte Projekt in eine neue, dreijährige Projektphase.

Die Nationale Arbeitsgruppe kommt im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen. Ihre Arbeit und die der Koordinierungsstelle ist im Berichtszeitraum von zwei Schwerpunkten geprägt: dem Prozess zum Thema *hochINKLUSIV – Mittendrin statt außen vor* und der Diskussionen um die Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs auf EU-Ebene und in Deutschland.

Beim Strukturierten Dialog auf europäischer Ebene wird jeweils für 18 Monate ein ausgewähltes Thema bearbeitet. Von Januar 2013 bis Juni 2014 lautet es *Soziale Inklusion junger Menschen*. Unter dem Titel *hochINKLUSIV – Mittendrin statt außen vor* läuft im Berichtszeitraum die letzte von drei Beteiligungsrunden zu diesem Thema. Im Juni 2014 erscheint eine Broschüre, die die Ergebnisse der drei Beteiligungsrunden in Deutschland und der EU-Jugendkonferenzen in Dublin, Vilnius und Thessaloniki zusammenfasst. Sie zeigt, was aus Sicht junger Menschen in Europa wichtig und notwendig ist, um die gesellschaftliche Ausgrenzung junger Menschen zu verringern. Mit dem Abschluss der Beteiligungsrunden und EU-Jugendkonferenzen ist der Prozess zur Inklusion junger Menschen nicht beendet, sondern startet in eine weitere Phase. Ziel ist, politische Akteur_innen auf die Ergebnisse des Prozesses aufmerksam zu machen und von ihnen ein Feedback einzuholen; etwa ob und inwieweit sie sie berücksichtigen können, wenn Maßnahmen, Programme etc. zur Inklusion junger Menschen entwickelt und umgesetzt werden. Alle Schritte von *hochINKLUSIV – Mittendrin statt außen vor* sind über das ePartool *[➡ Seite 11]*, unser Online-Beteiligungswerkzeug nachvollziehbar.

Teil des Strukturierten Dialogs zur Inklusion junger Menschen ist vom 23. bis 25. Februar 2014 auch *JuPiD 2014 – Jugend und Politik im Dialog*, das erste deutschsprachige Jugendtreffen zum Strukturierten Dialog. Wir und JUGEND für Europa, die Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION, laden 70 Jugendliche aus Deutschland, Liechtenstein und Österreich ein, sich über das Thema Inklusion auszutauschen und mit politischen Akteur_innen über die ersten Ergebnisse des Prozesses ins Gespräch zu kommen. Das Feedback der Teilnehmer_innen von JuPiD 2014 ist weitgehend positiv. Zentrale Inhalte der Veranstaltung werden in einer Dokumentation festgehalten. Es gibt Überlegungen, ähnliche Veranstaltung künftig regelmäßig anzubieten.

Als Reaktion auf die zahlreichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Strukturierten Dialogs startet Anfang 2013 ein europaweiter Review-Prozess, der im November 2013 in eine europäische Konferenz mündet. Akteur_innen aus ganz Europa erarbeiten dort Empfehlungen zur Verbesserung des Strukturierten Dialogs. Die Nationale Arbeitsgruppe aus Deutschland bringt sich im Vorfeld und auf der Konferenz selbst sehr intensiv ein. Am Ende nimmt der EU-Jugendminister_innenrat im Mai 2014 einige zentrale, wenn auch nicht alle Forderungen auf: Ein 18-monatiger Prozess konzentriert sich nun nur noch strikt auf ein Schwerpunktthema und wird klarer gegliedert. Er startet mit einer Vorbereitungs- und Orientierungsphase gefolgt von nur noch einer Beteiligungsrunde, deren Ergebnisse dann in einer dritten Phase konkretisiert werden. Der im Juli 2014 neu beginnende 18-monatige Prozess zum Schwerpunktthema *Empowerment junger Menschen* wird bereits nach dem neuen Verfahren umgesetzt.

Bedauerlich ist, dass die Einführung eines Feedbackmechanismus für junge Menschen nur „in Betracht gezogen werden kann". Das ist aus unserer Sicht zu wenig, um aufzuzeigen, inwieweit die aus dem Prozess hervorgegangenen Empfehlungen Reaktionen und Wirkungen hervorrufen. Wir werden deshalb gemeinsam mit unseren Partner_innen auch künftig für einen stärker verpflichtenden Follow-up-Prozess einsetzen. Die Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs ist u.a. Thema beim Fachforum *Der Strukturierte Dialog wirkt – und wie!?* im Rahmen des 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages in Berlin.

Parallel zur Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs auf EU-Ebene arbeitet die Nationale Arbeitsgruppe intensiv an einer Verbesserung und Weiterentwicklung der Umsetzung in Deutschland. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die unter dem Dach des Strukturierten Dialogs stattfindenden Jugendbeteiligungsprozesse wirksamer, nachvollziehbarer und anschlussfähiger und damit den Anforderungen an eine gute Jugendpartizipation gerecht(er) werden können. Es gibt zahlreiche Ideen, die die Nationale Arbeitsgruppe diskutiert, um im zweiten Halbjahr 2014 ein mit den vorhandenen Ressourcen umsetzbares Konzept verabschieden zu können. Eine Herausforderung bedeuten dabei u.a. die durch das neue EU-Förderprogramm Erasmus+ JUGEND IN AKTION hervorgerufenen Änderungen *[➡ Seite 37]*. So stehen trotz politischer Willensbekundungen der Europäischen Kommission, den Strukturierten Dialog stärken zu wollen, 2014 rund 300.000 Euro weniger zur Verfügung, um Projekte zum Strukturierten Dialog vor Ort zu fördern.

Mit Erasmus+ stellt die EU einen jährlichen Zuschuss für ergänzende Aktivitäten der Nationalen Arbeitsgruppen zur Verfügung. In Vertretung der Nationalen Arbeitsgruppe in Deutschland stellen wir im Sommer 2014 einen entsprechenden Antrag. Ziel ist, im Herbst/Winter die Kommunikation zum Strukturierten Dialog zu verbessern und auszuweiten.

Die Entschließung des EU-Jugendminister_innenrates vom Mai 2014 und der ihr vorangehende Review-Prozess sind ein wichtiger Meilenstein. Die Änderungen bergen das Potenzial, den Strukturierten Dialog auf EU-Ebene und in Deutschland neu aufzustellen und die damit verbundenen Jugendbeteiligungsprozesse

einen großen Schritt voranzubringen. Ob dies auch in der Praxis gelingt und die Meinungen, Vorschläge und Forderungen junger Menschen am Ende mehr und konkretere Reaktionen und Wirkungen hervorrufen als bislang, wird sich zeigen müssen. Es bleibt auf jeden Fall ein ambitioniertes Vorhaben, Dialogprozesse zwischen Jugend und Politik auf verschiedenen Ebenen zu einem EU-weiten Jugendbeteiligungsprozess mit Wirkung zu verknüpfen.

U18

U18 ist eines der größten selbstorganisierten Projekte der politischen Bildung mit dem Ziel, junge Menschen für Politik zu interessieren; damit sie sich aktiv in gesellschaftliche Diskussionen sowie politische Prozesse einmischen und diese mitgestalten. Höhepunkt des Projektes ist die U18-Wahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren neun Tage vor einer regulären Wahl. Das Projekt wird auf Bundesebene vom Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW), uns, der U18-Initiative Berlin sowie von einigen unserer Mitgliedsorganisationen organisiert und getragen. Umgesetzt wird es vor Ort, selbstorganisiert in Jugendverbänden, Gruppen, Initiativen, Einrichtungen der Jugendarbeit oder in Schulen. Im Berichtszeitraum wird U18 zur Bundestagswahl (gefördert vom BMFSFJ und der Bundeszentrale für politische Bildung) und zur Europawahl (gefördert von der EU-Kommission) umgesetzt. Zur Bundestagswahl beteiligen sich 198.365 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in 1.525 Wahllokalen; auf der U18-Homepage werden über 400 Veranstaltungen zur politischen Bildung registriert. Das ist damit die größte U18-Wahl bisher. Sie bestätigt: U18 ist ein Konzept, in dessen Rahmen einer großen Zahl junger Menschen freiwillig, ehrenamtlich und selbstorganisiert Angebote der politischen Bildung ermöglicht werden.

Auch zur Wahl des Europäischen Parlaments wird U18 bundesweit angeboten. Die Rahmenbedingungen für U18 zur Europawahl sind schwierig, die EU-Kommission bewilligt die Förderung erst Mitte Dezember. Die Vorlaufzeit bis zur U18-Wahl am 16. Mai 2014 – neun Tage vor der Europawahl in Deutschland – und damit die Zeit für Aktivitäten vor Ort ist knapp. Als zusätzliche Kooperationspartner - neben den Mitgliedern der U18-Initiative auf Bundesebene – engagieren sich für Berlin und Brandenburg die Stiftung Sozialpädagogische Institut Berlin - Walter May (SPI) und der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt; er übernimmt die Aufgabe der Bundeskoordinierungsstelle. Das erhöht für uns den Abstimmungsaufwand deutlich. Aber wir können das Projekt zu einem Erfolg führen und bei U18 erstmals auch Elemente andere Staaten Europas (Spanien, Frankreich und Polen) einbinden, es gibt erste Wahllokale außerhalb Deutschlands. Das U18-Europawahlprojekt ist unser Beitrag in der League of Young Voters (LYV) des Europäischen Jugendforums. An der U18 Europawahl beteiligen sich mehr als 35.000 junge Menschen in mehr als 400 Vereinen, Verbänden, Gruppen, Schulen oder anderen Institutionen mit einem Wahllokal. Das zeigt: Trotz kurzer Vorlaufzeit hat die Struktur aus Jugendverbänden und Jugendringen einen hohen Mobilisierungsgrad. Die Vernetzung mit den anderen U18-Initiativen und U18-Interessierten verstärkt dies.

Spätestens jetzt ist die U18-Wahl unabhängig von der Art der Wahl etabliert. Die Mitglieder der U18-Inititative stehen auf Bundesebene nun vor der Herausforderung, Struktur, Finanzierung und Arbeitsweise dem Potenzial anzupassen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das gewachsene Interesse in Politik und Verwaltung nicht immer positive Folgen hat: In Rheinland-Pfalz untersagt zum Beispiel der Landeswahlleiter die Auszählung der U18-Wahl vor Abschluss der „richtigen“ Wahl. Er befürchtete, dass die reguläre Wahl durch die U18-Wahl angreifbar würde, weil U18 das reguläre Ergebnis beeinflussen könnte. Das muss jugendpolitisch geklärt werden, aus unserer Sicht gibt es keine Rechtsgrundlage; die Entscheidung missachtet vor allem das Engagement der jungen Menschen.

KINDER- UND JUGENDHILFE

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht: „Kinder- und Jugendhilfe soll auf einer fundierten empirischen Grundlage in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt werden. … Wir brauchen starke Jugendämter und eine funktionierende Partnerschaft mit der freien Jugendhilfe. … Dazu wollen wir mit Ländern, Kommunen und Verbänden in einen Qualitätsdialog treten und uns über die Weiterentwicklung in wichtigen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe verständigen.“ Das ist für uns Anlass, Änderungsbestrebungen in Bezug auf das KJHG intensiv zu verfolgen und uns einzubringen.

Statistik der Angebote der Jugendarbeit

Mit dem *Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetz – KJVVG)* wird ein wichtiger Schritt getan, die empirischen Grundlagen zu verbessern. Eine neue *Statistik der Angebote der Jugendarbeit* wird gesetzlich eingeführt und damit die bisherige Maßnahmenstatistik abgelöst. Das begrüßen wir uns unsere Mitgliedsorganisationen ausdrücklich. Die bisherige Statistik ist seit längerer Zeit kaum noch aussagefähig und daher zur fachlichen Argumentation im Rahmen der jugendpolitischen Arbeit nicht mehr nutzbar. Die neue *Statistik der Angebote der Jugendarbeit* gilt seit Jahresbeginn 2014 durch das KJVVG. Anfang 2016 werden damit die geförderten Angebote der Jugendarbeit des Jahres 2015 im neuen Rahmen erhoben und ab dann alle zwei statt vier Jahre. Das Erhebungsverfahren (z. B. Erhebungsbogen, Klärung zur Auskunftspflicht, Verfahren) muss Anfang 2015 feststehen, vieles ist aber noch nicht geklärt, manche Interpretation der gesetzlichen Grundlage ist noch strittig. Einig sind sich alle Beteiligten, also die öffentlichen wie die freien Träger, die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und die Vertreter_innen der Forschung: Eine entsprechende Statistik ist notwendig; umstritten sind jedoch etwa Umfang und Details der Erhebung. Gewonnene Erkenntnisse müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand stehen. Das Anliegen nach möglichst viel Daten auf der einen Seite steht gegen einer Erhebung, die realistisch und praktikabel umsetzbar ist – insbesondere mit Blick auf die oft ehrenamtlichen Verantwortungsträger. Ehrenamtliche sollten so wenig wie möglich zusätzlich belastet werden.

In Fachgesprächen, Workshops und bilateralen Gesprächen kommt alles auf den Tisch: Die Frage nach dem Kreis der Auskunftspflichtigen, die Nutzungsmöglichkeiten der gewonnenen Daten für die Jugendverbände, die Verteilung des Fragebogens und dessen Formulierungen im Detail.

An einer Lösung arbeiten wir und Verteter_innen der Mitgliedsorganisationen, vor allem der Landesjugendringe, intensiv mit. Im verantwortlichen Bundesamt für Statistik sowie der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund (AKJStat) finden wir konstruktive Partner.

Die für uns wichtige jugendpolitische Frage ist die nach der Aussagekraft der Statistik. Entsprechend der gesetzlichen Grundlagen werden nur öffentlich geförderte Angebote erhoben. Das Ergebnis kann also nur darüber eine Aussage treffen. Wir machen immer wieder deutlich, dass es auch einen nennenswerten Bereich der Jugendarbeit in Deutschland gibt, der nicht gefördert und damit in der neuen Statistik nicht erfasst werden wird. Die Statistik wird daher niemals Auskunft über die Angebote und Leistungen der Jugendarbeit insgesamt geben, sondern immer nur darüber, was mit Hilfe öffentlicher Förderung ermöglicht wird.

Die Arbeit am Konzept wird im Herbst 2014 abgeschlossen. Wir und die Landesjugendringe wollen sicherzustellen, dass Mitgliedsorganisationen alle notwendigen Informationen und Materialien rechtzeitig zur Verfügung stehen und dass – wie während des gesamten Erhebungsprozesses – auftretende Fragen schnell geklärt werden.

Jugendverbände sind zu fördern!

Der Titel und die wichtigste Botschaft des Rechtsgutachtens ist deutlich: Jugendverbände sind zu fördern! Professor Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Professor Dr. Christian Bernzen und die Rechtsanwältin Melanie Kößler haben das Gutachten in unserem Auftrag erstellen. Das erwartete Ergebnis: Die Förderung der Jugendverbandsarbeit ist eine Pflichtaufgabe. So eindeutig das KJHG ist, so vielfältig ist in den letzten Jahren die tatsächliche Förderpraxis. Oft kürzen Kommunen oder streichen sogar die Förderung der Jugendverbände. Sie sehen die Förderung als freiwillige Leistung. Dieser Missstand ist Ausgangspunkt unserer Auseinandersetzung, die durch einen Beschluss der Vollversammlung im Jahr 2012 startet.

Ende 2013 veröffentlichen wir das Rechtsgutachten und die zugehörige Arbeitshilfe *Fördern fordern*. Beide Broschüren sind ein starkes Paket, das Jugendverbänden zu ihrem Recht verhelfen kann. Während das Gutachten die Rechtsansprüche – nicht nur – der Jugendverbände aufzeigt und juristisch begründet, bietet die Arbeitshilfe den Verantwortlichen in den Jugendverbänden – besonders auf lokaler Ebene – konkret Hilfe in Förderfragen. Gemeinsam mit dem Rechtsgutachten beschreibt sie, wie das Recht auf Förderung geltend gemacht werden kann. Die Resonanz ist enorm. Die Nachfrage an die Autor_innen und/oder uns ist groß, das Gutachten vorzustellen. Uns erreichen sehr viele konkrete Fragen mit Bezug auf Gutachten und Arbeitshilfe.

Wir stellen das Gutachten in einem Fachforum auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag mit Professor Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner vor, zugleich gelingt eine gute Einordnung durch die Kommentierungen aus Sicht des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt und des Jugendamtes des Landkreises Böblingen.

Bundeskinderschutzgesetz (BKiSchG)

Obwohl das *Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen* – kurz Bundeskinderschutzgesetz (BKiSchG) – Ende 2014 drei Jahre gilt, ist und bleibt es ein Thema mit hoher praktischer und politischer Relevanz für Jugendverbände und -ringe auf allen föderalen Ebenen und dementsprechend für uns.

Erst Anfang 2014 bestehen in allen Bundesländern landesweite Regelungen in Form von Rahmenvereinbarungen, Mustervereinbarungen, Empfehlungen, Arbeitshilfen, FAQs oder anderem. Die jeweiligen Landesjugendringe sind in die Erstellung oder Verhandlung eingebunden. Wir dokumentieren die Entwicklung mit Unterstützung der Landesjugendring auf unserer Homepage. Wie die Beispiele zeigen, sind dabei Form und Verbindlichkeit sehr unterschiedlich und nicht vergleichbar. Auch die konkreten Empfehlungen sind teilweise unterschiedlich. Viele orientieren sich an den *Empfehlungen des Deutschen Vereins zu Führungszeugnissen bei Neben- und Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendhilfe (§ 72 a Abs. 3 und Abs. 4 SGB VIII)*, an denen wir mitgewirkt hatten und die wir für die Umsetzung des § 72a SGB VIII empfehlen. Einige nehmen auch die gemeinsamen Handlungsempfehlungen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (BAGLJÄ) und AGJ als Grundlage. Dies allein erschwert die Umsetzung für die Verantwortlichen vor Ort und führt zu Verunsicherungen; noch dazu, weil viele Gliederungen der Jugendverbän-

de auch bundesländerübergreifend tätig sind. Wir hatten bereits während des Gesetzgebungsprozesses vor diesem Flickenteppich gewarnt.

Aktuell werden in den meisten Ländern gerade auf Ebene der Landkreise entsprechende Vereinbarungen in den Jugendhilfeausschüssen beraten und mit den Trägern verhandelt. Zeitgleich nimmt die Zahl der Fragen an uns wieder – auch die kritischen Rückmeldungen zum konkreten Vorgehen vor Ort. Es wird deutlich: Viele im Vorfeld geäußerten Bedenken und Befürchtungen von Vertreter_innen der Jugendverbände waren realistisch. Ebenfalls nimmt die Zahl der Fragen, Problemanzeigen und Bitten um Unterstützung im Zusammenhang mit Umsetzung geschlossener Vereinbarungen zu, die uns erreichen. Dies spiegelt den Stand der Umsetzung des BKiSchG vor Ort.

Es entsteht dringender Änderungsbedarf am § 72a SGB VIII, selbst wenn man die Erweiterten Führungszeugnisse im Sinne eines Nachweises einer Vorstrafenfreiheit bei einschlägigen Delikten und die Pflicht zur Einsichtnahme – wie sie dem Willen des Gesetzgebers entspricht – nicht grundsätzlich in Frage stellt. Das greift die 86. Vollversammlung 2013 mit dem Beschluss *§ 72a SGB VIII nachbessern – Bundeskinderschutzgesetz praxisnah weiterentwickeln!* (Position 97) auf. Auf Basis der Position führen wir viele politische und fachliche Gespräche, zum Beispiel während der Koalitionsverhandlungen als auch danach u.a. mit dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Paul Lehrieder. Im Mai 2014 werden wir bei der Offenen AG Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion als Sachverständiger angehört sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Bundestags. In beiden Fällen wird der § 72a SGB VIII mit seinen Auswirkungen auf ehrenamtliches Engagement in den Blick genommen.

Wir beobachten: Die Sensibilität für die Umsetzungsprobleme ist gewachsen, es gibt eine grundsätzliche Bereitschaft zur Anpassungen – solange diese nicht den Kern des Paragraphen in Frage stellt, nämlich die Pflicht zur Prüfung auf einschlägige Vorstrafen. Daran knüpfen wir an und skizzieren auf Basis der vorliegenden Problemanzeigen und des Beschlusses der Vollversammlung ein mögliches alternatives Verfahren zur Prüfung auf einschlägige Vorstrafen, bei dem viele der genannten Probleme nicht auftreten würden. Derzeit sind wir dabei, diese Skizze mit Vertreter_innen von Legislative, Exekutive, Partner_innen und Fachorganisationen zu beraten. Wir wollen mögliche Probleme, ungeklärte Fragen und mögliche Widerstände bei der Weiterentwicklung des Papiers berücksichtigen. Einer unserer Gesprächspartner ist der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig. Mit der Skizze reagieren wir auch auf andere Lösungsvarianten und -vorschläge für die bekannten Probleme. Sie würden aber nur einzelne lösen oder andere, teilweise schwerwiegendere Fragen aufwerfen – wie beispielsweise das sogenannte Regensburger Modell.

„Die Gebühren … werden nicht erhoben, wenn ein Führungszeugnis zur Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit benötigt wird, die für eine gemeinnützige Einrichtung, … ausgeübt wird. (Anlage zu § 4 (1) JVKostG)

Ein wichtige Forderung der Jugendverbände und -ringe in diesem Zusammenarbeit ist, dass die Ausstellung der Erweiterten Führungszeugnis gebührenfrei sein muss; Ehrenamtliche dürfen nicht auch noch zusätzlich finanziell belastet werden, das ist rechtsverbindlich zu regeln. Diese Forderung wird mit dem Zweiten Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (2. Kostenrechtsmodernisierungs-gesetz – 2. KostRMoG) erfüllt, es ist nun gesetzlich geregelt. Nun gilt es, das flächendeckend bekannt zu machen.

Evaluation Bundeskinderschutzgesetz

Im BKiSchG hat der Gesetzgeber festgelegt, dass die Bundesregierung unter Beteiligung der Länder die Wirkung des Gesetzes untersuchen und dem Deutschen Bundestag bis Ende 2015 darüber berichten muss. Die Evaluation besteht aus zwei Phasen. In der ersten Phase werden derzeit durch Forschung und Wissenschaft die empirischen Grundlagen geschaffen. In der zweiten Phase, ab Jahresbeginn 2015, erarbeitet die Bundesregierung unter Federführung des BMFSFJ auf dieser Basis den Bericht.

Für die wissenschaftliche Grundlagenarbeit im Bereich § 72a SGB VIII ist das DJI zuständig. Außer durch einen Workshop des DJI im Februar 2013 und eine Informationsveranstaltung des BMFSFJ im Dezember 2013 sind die Jugendverbände noch nicht eingebunden. Das DJI plant, vor allem vorhandenes Material, einschließlich unserer Papiere auszuwerten und Expert_innen-Gespräche zu führen. Wir sollen eingebunden werden. Bisher sind noch keine Aktivitäten bekannt. Aus unserer Sicht sollte sich der Bericht der Bundesregierung ausführlich mit den nicht erwünschten Nebenwirkungen des BKiSchG, vor allem des § 72a SGB VIII, beschäftigen. Gemeinsam mit den Landesjugendringen werden wir unsere jugendpolitischen Aktivitäten darauf ausrichten.

Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

Im November 2013 legt der Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) seinen Zwischenbericht der 2. Erhebungswelle und im Dezember seinen Bilanzbericht unter dem Titel *Handbuch Schutzkonzepte sexueller Missbrauch* vor. Aufgrund der vielfältigen Aktivitäten und Materialien der Jugendverbände und -ringe im Bereich Prävention können wir für diese Broschüre viele gute Beispiele empfehlen. Die Ergebnisse der 2. Erhebungswelle zeigen ein positives Bild der Prävention in der Jugendverbandsarbeit. Demnach haben knapp drei Viertel der Jugendverbände (73 Prozent) Maßnahmen zur Prävention eingeführt, die Mehrheit der Jugendverbände hat eine Ansprechperson zum Thema sexualisierte Gewalt sowohl für Haupt- und Ehrenamtliche (75 Prozent) als auch für Eltern, Kinder und Jugendliche (56 Prozent). In sieben von zehn Jugendverbänden (71 Prozent) haben Haupt- und/oder Ehrenamtliche an Informations- und Qualifizierungsveranstaltungen zum Thema sexualisierte Gewalt teilgenommen.

Im März 2014 bestätigt die Bundesregierung Johannes-Wilhelm Rörig im Amt als UBSKM. Unmittelbar danach bietet er an, die gute Zusammenarbeit mit uns fortzusetzen. Die Zusammenarbeit soll auch in dieser Legislaturperiode durch eine Vereinbarung geregelt werden, die voraussichtlich Anfang 2015 abgeschlossen wird. Ein Bestandteil der Zusammenarbeit wird erneut eine Befragung zum Stand er Umsetzung von Maßnahmen der Prävention sein.

Jugendreisen

Jugendfreizeiten, Feriencamps, Zeltlager und andere Formen von Gruppenfahrten sind relevanter Bestandteil jugendverbandlicher Arbeit. Jugendreisen sind aber auch ein lukrativer kommerzieller Markt. Daher treffen gerade in diesem Arbeitsfeld immer wieder die gegensätzlichen Ansätze und Interessen aufeinander – mit regelmäßig problematischen Entwicklungen für die Jugendverbände.

Das BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V., das sich als Zusammenschluss bundesweit tätiger Verbände, Träger und Organisationen versteht, die im Bereich des Kinder- und Jugendreisens tätig sind (auch

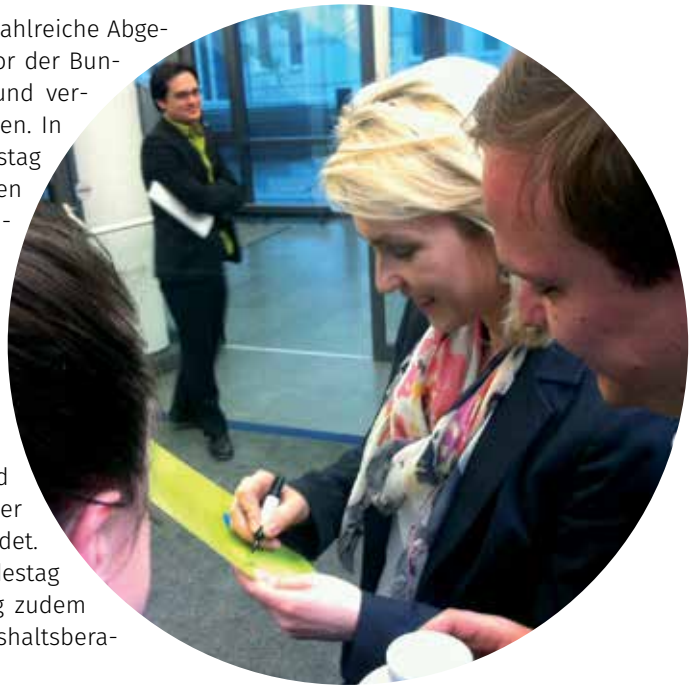
aus den Reihen unserer Mitgliedsorganisationen), definiert als Ziel: die Förderung, Weiterentwicklung und Stärkung des Kinder- und Jugendreisens. Es verwischt dabei etwa die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den gemeinnützigen Anbietern oder freien Trägern der Jugendarbeit und den kommerziellen Anbietern.

Unsere Aktivitäten beraten und diskutieren wir in unseren Gremien. Auf Initiative einiger Mitgliedsorganisationen und des Vorstandes wird Werkstattgespräch im November 2014 organisiert, unter anderem zur Frage, ob unser Positionspapier aus 2008. noch den verbandlichen Aktivitäten und Realitäten entspricht.

BEDARFSGERECHTE FINANZIELLE AUSSTATTUNG

Ein wesentliches Ergebnis der Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes 2009 -bis 2014 durch das Deutsche Jugendinstitut ist: Die durch den Kinder- und Jugendplan geförderte Infrastruktur ist wesentliche und unverzichtbare Voraussetzung für die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland. Damit die Infrastruktur diese Aufgabe erfüllen kann, benötigt sie jedoch eine bedarfsgerechte und angemessene finanzielle Ausstattung.

Unsere KJP-Kommission hat in ihrem Argumentationspapier detailliert herausgearbeitet, dass die Jugendverbände zusätzlich rund 1,8 Millionen Euro benötigen, damit die finanziellen Rahmenbedingungen auf Bundesebene wieder dem Stand von 2001 entsprechen. Zahlreiche Nullrunden im Kinder- und Jugendplan sowie die allgemeinen Kosten- und Tarifsteigerungen haben faktisch seit 2001 zu einer drastischen Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen geführt. Zudem fordern die Jugendverbände die zukünftige Kopplung des Fördervolumens an die allgemeine Preisentwicklung und damit mehr Kontinuität und Verlässlichkeit.



Im Rahmen der der Aktion STANDpunkt haben zahlreiche Abgeordnete und Mitglieder der Bundesregierung vor der Bundestagswahl ihr Wort für eine angemessene und verlässliche Förderung der Jugendverbände gegeben. In Gesprächen mit Politiker_innen aller im Bundestag vertretenden Parteien haben wir, Vertreter_innen der KJP-Kommission und der Mitgliedsorganisationen dieses Wort eingefordert. Erfolgreich! Der ursprüngliche Haushaltsentwurf 2014 sah zunächst nur eine leichte Erhöhung des KJP-Programms *Jugendverbandsarbeit* um etwa 300.000 Euro vor. In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wurde für die Jugendverbandsarbeit kurzfristig zusätzlich eine Million Euro für das Jahr 2014 in Aussicht gestellt und entsprechend vom Bundestag im Rahmen seiner Haushaltsberatungen Ende Juni 2014 verabschiedet. Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Bundestag hat Bundesjugendministerin Manuela Schwesig zudem darauf hingewiesen, dass es ihr Ziel für die Haushaltsberatungen 2015 ist, diesen Betrag zu verstetigen.

Weiterentwicklung der KJP-Richtlinie als modernes Förderinstrument

Aufbauend auf Ergebnissen der Evaluation des Kinder- und Jugendplans strebt das BMFSFJ unter Beteiligung der Träger in 2014/2015 eine Reform der Richtlinie zum Kinder- und Jugendplan an. Die Neufassung soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Wesentliches Gremium für den Austausch zwischen allen Beteiligten ist hierbei die Programmübergreifende Arbeitsgruppe (PÜAG), in der wir mit drei Mitgliedern der KJP-Kommission vertreten sind. Wir bringen in die Sitzungen der PÜAG zahlreiche konkrete Vorschläge

zur Neugestaltung ein, die jeweils von der KJP-Kommission erarbeitet und im Hauptausschuss vorgestellt wurden.

Wir setzen uns in dem Prozess unter anderem für eine transparentere, nachvollziehbarere und fachlich logischere Gestaltung des Kinder- und Jugendplans ein. Die bisherige Richtlinie gewährleistet das nicht. Unter Berücksichtigung der äußerst komplexen und hetrogenen Trägerlandschaft und der Unterschiede der einzelnen Arbeitsfelder auf Bundesebene vertreten wir die Auffassung, dass eine in sich starre Richtlinie – wie sie gegenwärtig angewendet wird – nur begrenzt die fachliche Planung und Steuerung unterstützen kann. Fachlich fundierte und zugleich flexible Planung ist daher auf einer anderen Ebene erforderlich und anzusiedeln. Sie muss als Diskurs zwischen den jeweiligen freien Trägern und dem BMFSFJ auf der Ebene der jeweiligen Programme angelegt sein und in einer gemeinsamen Vereinbarung der Beteiligten münden. Folgt man dem, würde die zukünftige Richtlinie den Rahmen bilden, innerhalb dessen die konkrete Gestaltung den Beteiligten für das jeweilige Programm überlassen bleibt. Damit verbunden ist eine deutliche Aufwertung der Programmspezifischen Arbeitsgruppen.

Weiterhin wurden durch uns konkrete Vorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung der Planungsgespräche und zur Neugestaltung der Förder- und Maßnahmearten in die Sitzungen der Programmübergreifenden Arbeitsgruppe eingebracht. Der 2012 vom Hauptausschuss beschlossene Forderungskatalog an eine Weiterentwicklung der Richtlinie zum Kinder- und Jugendplan (Eckpunktepapier) wurde von der KJP-Kommission aktualisiert und stellt damit eine Zusammenfassung unserer Positionen im Prozess der Weiterentwicklung der Richtlinie KJP dar.

Förderung der DBJR-Geschäftsstelle

Uns ist wie sechs weiteren aus dem KJP geförderten Trägern in 2013 durch das BMFSFJ mitgeteilt worden, dass die bestehenden Fördervereinbarungen nicht fortgeführt werden können. Grund hierfür ist die Auffassung des Bundesrechnungshofes, dass die Anwendung der Pauschalen – wie sie seit 2001 im Rahmen der Fördervereinbarungen erfolgte – nicht im Einklang mit den Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan steht. Für uns war es wichtig, mit dem BMFSFJ eine Einigung über eine zukünftige Förderung zu erzielen. Sie musste für uns die größtmögliche Planungssicherheit und Wahrung der Trägerautonomie gewährleisten.

BILDUNG

Das Verhältnis von formaler und nicht-formaler (nonformaler und informeller) Bildung prägen unsere Debatten; auch die Frage nach den Zielen von Bildung. Konkret geht es um die Anerkennung nicht-formal erbrachter Bildungsleistungen sowie um die Validierung nonformaler Bildung. Beide Themen werden nach wie vor stark von den Sichtweisen der formalen Bildung geprägt, auch wenn dem viele Akteure der nicht-formalen Bildung – insbesondere der Jugendarbeit – skeptisch gegenüber stehen. Das Thema Anerkennung nicht-formaler Bildung wird weitgehend auf die Frage der Einordnung in den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)/Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) reduziert. Das ist ein standardisiertes, weitgehend auf die Anforderungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ausgerichteten System, das formale Bildungsangebote in der EU vergleichbar machen soll. Ob das System für die Mehrheit der Angebote der Jugendarbeit sinnvoll und geeignet ist, wird in den wenigsten Zusammenhängen diskutiert.

Entsprechend ausgerichtet ist die Arbeit der Expert_innen-Gruppe zur *Zuordnung von Ergebnissen nicht-formalen Lernens zum DQR*. Sie wurde im Auftrag des Arbeitskreises Deutscher Qualifikationsrahmen durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einberufen, wird sind vertreten. Die Expert_innen-Gruppe soll an Beispielen nonformal erworbener Bildung die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Zuordnung zum DQR prüfen und Kriterien und Mindeststandards dafür entwickeln. Die Beispiele stammen jedoch mit einzelnen Ausnahmen, von denen eine die Juleica ist, aus dem Umfeld der (beruflichen) Fort- und Weiterbildung oder aus Bereichen, die mit der formalen Bildung sehr kompatibel sind, z.B. Sprachkurse. Schnell wird deutlich, dass die Juleica für die exemplarische Erprobung der DQR-Matrix nicht sinnvoll genutzt werden sollte. Denn die Anforderungen (Zugangskriterien, Umfang, Dokumentation und Qualitätssicherung) sind durch die Juleica-Ausbildung nicht zu erfüllen, eine entsprechende Anpassung würde dem Charakter dieser Ausbildung entgegen stehen. Im Vergleich zu den meisten anderen zu prüfenden Beispielen ist die Ausbildung für die Juleica bewusst sehr offen und niederschwellig angelegt; möglichst alle interessierten jungen Menschen sollen einen Zugang zu ihr haben. Es gibt also keine relevanten sachlichen oder fachlichen Zugangsvorrausetzungen. Ebenfalls abweichend von den meisten anderen Beispielen liegt der Juleica-Ausbildung kein Gedanke zur Verwertbarkeit außerhalb des eigenen ehrenamtlichen Engagements zu Grunde (z. B. in beruflicher Hinsicht). Viele Inhalte der Ausbildung werden nicht allein durch die Schulung, sondern auch im Nachgang von den jungen Menschen im praktischen Erproben und durch die Leitungs- und Führungserfahrung erlernt. Am Beispiel der Expert_innen-Gruppe und der Juleica wird sehr deutlich, dass es noch viel Klärungsbedarf gibt und ein einfaches Überstülpen der Ansätze, Methoden und Verfahren der formalen Bildung zumindest in der Jugendarbeit nicht zielführend ist.

Im Abschlussbericht befürwortet die Expert_innengruppe eine Zuordnung von Abschlüssen des nichtformalen Bildungsbereichs in den DQR. Festgehalten wird aber auch, dass der DQR ein Angebot, aber keine Pflicht und keine Notwendigkeit ist. Vor allem darf es für Bildungsangebote, die nicht dem DQR zugeordnet werden, keine nachteilige Folgen geben – insbesondere bezogen auf eine mögliche Förderung. Der Abschlussbericht wird im April dem Arbeitskreis *Deutscher Qualifikationsrahmen* (AK DQR) übergeben und von diesem ohne konkretes Ergebnis beraten; erst im September 2014 wird weiter diskutiert.

Das BMBF beruft außerdem eine Arbeitsgruppe zum Thema *Validierung von non-formalen und informellen Kompetenzen* unter Beteiligung vor allem der Sozialpartner ein. Die Gruppe soll eine wesentliche Vorarbeit für die von der EU an die Mitgliedstaaten ausgesprochene Empfehlung leisten, bis zum Jahr 2018

nationale Regelungen für die Validierung des nichtformalen und informellen Lernens im Einklang mit den nationalen Gegebenheiten nach eigenem Ermessen einzuführen. Vertreter_innen der Jugendarbeit wirken in der Arbeitsgruppe mit.

BAföG

Mitte Juli kündigt die Bundesbildungsministerin die lange erwartete Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) an. Ein grundlegender Systemwechsel hin zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung mit voller Bedarfsdeckung, wie wir seit vielen Jahren fordern, ist nicht zu erkennen; auch nicht, dass die inzwischen von vielen Organisationen unterstützte Forderung nach Berücksichtigung von qualifiziertem bürgerschaftlichen Engagement bei der Förderhöchstdauer (als Verlängerungstatbestand) aufgegriffen werden soll. Weil die BAföG-Novelle erst zum Wintersemester 2016/17 in Kraft treten und das Gesetz jetzt erst verhandelt werden soll, werden wir die Zeit nutzen, unsere Forderungen zu stellen.

ENGAGEMENTPOLITIK UND EHRENAMT

Für sich und andere – das Prinzip gilt in den Jugendverbänden nach wie vor. Wir setzen uns für notwendige Rahmenbedingungen ein, die es jungen Menschen möglich macht, für sich und andere ehrenamtlich aktiv zu sein. Nach wie vor fordern wir auf der Grundlage unserer Position *Jugendverbände machen Bildung – und noch viel mehr* (Position 86) mehr zeitliche Freiräume für ehrenamtliches Engagement. Konkret bedeutet das: eine maximal 35-Stunden-Woche für Schüler_innen, geschützte, prüfungsfreie Ferienzeiten für Studierende sowie die langfristige Bekanntgabe von Klausur-und Prüfungsterminen. Wegen des Bildungsföderalismus wird auf der Bundeseben wenig zu bewegen sein. Dennoch steigt die Sensibilität für unser Anliegen, das wird durch Kampagnen von Mitgliedsorganisationen und ihren Gliederungen – vom KJG-Bundesverband bis zu den Großstadtjugendringen – verstärkt.

Einen Rückschlag erleben die Jugendverbände und -ringe bei der Forderungen nach einer Sommerferienregelung, die mindestens zwei Wochen parallele Ferien in allen Bundesländern verlangt. Das soll gemeinsame bundesweite Aktivitäten in Verbänden ermöglichen. Auf Drängen der Konferenz der Ministerpräsident_innen legt die Kultusministerkonferenz (KMK) die Sommerferientermine 2018-2024 so fest, dass sie insgesamt im Schnitt bei 84,6 Tagen liegen. Gefordert war sogar, 90 Tage weitmöglichst auszuschöpfen – vor allem aus wirtschaftlichen und touristischen Gründen. Eine Überschneidung von zwei Wochen ist trotz Kompromiss im neuen Rahmen nicht möglich.

Wichtige Rahmenbedingungen werden derweil an anderer Stelle finanziell gesetzt, direkt durch Förderung und indirekt durch die Regelungen im Steuer- und Abgabenrecht. Unabhängig von der Förderung leidet Ehrenamt unter einem Anstieg und einer Verpflichtung zur Zahlung von Gebühren, Beiträgen und Abgaben. Es leidet unter bürokratischem Aufwand. Beiträge und Gebühren belasten die Etats der gemeinnützigen Jugendverbände und -vereine sowie der Jugendringe ebenso wie die eingeschränkten zeitlichen Ressourcen der Ehrenamtlichen. Wir fordern ein Gemeinnützigkeitsrecht, das nicht nur steuerlich Entlastung schafft, sondern auch eine Entlastung von Gebühren, Beiträgen und Abgaben sowie der damit einhergehenden Bürokratie befreit. Unsere Partner_innen dabei sind u.a. die anderen Mitglieder im Bündnis für Gemeinnützigkeit, in dem wir mitarbeiten. Das Bündnis ist der Zusammenschluss der großen Dachverbände und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Expert_innen und Wissenschaftler_innen. Ziel ist, Identität, Gewicht, Außenwirksamkeit und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken. Diese Partnerschaft stärkt unsere Möglichkeiten, entsprechende Forderungen an relevanten Stellen einzubringen.

Die steuerliche Gemeinnützigkeit gewährt Steuervergünstigung, weil eine Organisation ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke (steuerbegünstigte Zwecke) verfolgt.

Auch das Instrument der steuerlichen Gemeinnützigkeit ist nicht mehr selbstverständlich, es muss verteidigt werden. Denn die Monopolkommission (ein unabhängiges Beratungsgremium, das die Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften auf den Gebieten der Wettbewerbspolitik berät) weist in ihrem aktuellen Bericht darauf hin, dass sie einer solchen Privilegierung einzelner, als gemeinnützig anerkannter Einrichtungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. In vielen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe sei eine steuerliche Förderung im Sinne der Gemeinnützigkeit nicht nur nicht notwendig, sondern in vielfacher Hinsicht als problematisch zu bewerten. Hier werden wir in nächster

Zeit zusammen mit Partnern verstärkt darauf hinweisen müssen, welche Bedeutung das Instrument der Gemeinnützigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe hat. Besonders dann, wenn man nicht nur aus dem Blickwinkel eines freien (wirtschaftlichen) Wettbewerbs schaut sondern z.B. mit dem Blick des KJHG; und vor allem, wenn man die Felder der Jugendhilfe anschaut, in den Aktivitäten oft nur möglich sind, wenn u.a. viel ehrenamtliches Engagement eingebracht wird – nicht zuletzt in der Jugendarbeit. *[➡ Seite 24]*

Engagementpolitik auf Bundesebene

Der 18. Deutsche Bundestag setzt erneut einen Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement ein. Entgegen der Praxis in den vorangegangenen Legislaturperioden tagt er jedoch zukünftig in der Regel nicht öffentlich. Diese Entscheidung bedauern wir sehr, deswegen drängen wir mit vielen anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, diese Entscheidung zu überprüfen. Gerade im Themenfeld Engagement ist aus unserer Sicht ein Dialog mit der Zivilgesellschaft wichtig. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag richtet wieder eine Offene Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement ein, in der wir mitarbeiten. In der ersten Sitzung geben wir einen Input zu den Auswirkungen des § 72a SGB VIII (Führungszeugnisse) auf das Ehrenamtliche Engagement *[➡ Seite 17]*.

Wir bleiben Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und arbeiten im Rahmen unserer Möglichkeiten in den Gremien und Arbeitsgruppen mit. Aufgrund seiner Struktur wird gerade im BBE immer wieder deutlich, dass nicht nur das Engagement an sich und die Organisationen der Zivilgesellschaft äußert vielfältig sind, sondern auch die Sichtweisen auf das Bürgerschaftliche Engagement. Dabei ist die Sicht der Jugendverbände, die Sicht aus der Perspektive (junger) Menschen, sie sich selbstorganisiert aus Interesse an einer Sache, aus Spaß und oft werteorientiert engagieren, eine Mindermeinung. Meist wird aus Sicht von Organisationen oder des Bedarfs an Engagement argumentiert. Deswegen dominieren Themen wie Ehrenamtsmangement, Gewinnung von Engagierten für die eigene Organisation, Integration von Ehrenamtlichen in die Organisationsstruktur, Ehrenamtliche als Potential aber auch der Bedarf nach Engagieren. Fragen nach Formen der Anerkennung, nach notwendigen Rahmenbedingungen, engagementfördender Infrastruktur, Auswirkungen des Demographischen Wandels und nicht zuletzt nach der Rolle des Staates werden – nicht nur im BBE – anders beantwortet, als es die Jugendverbände tun. Für uns heißt das, immer abzuwägen zwischen dem gemeinsamen Interesse an ermöglichenden und förderlichen Rahmenbedingungen sowie der Notwendigkeit, diese möglichst gemeinsam einzufordern. Und es heißt ebenso, eine notwendigen Auseinandersetzung über die grundlegenden Fragen des Engagements und die Rollen von Engagement, Staat und Zivilgesellschaft zu führen.

Juleica

Die Jugendleiter_innen-Card (Juleica) ist das wichtigste verbandsübergreifende Instrument zur Sicherung von Qualität des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit. Und sie ist Nachweis, sowohl ideell als auch ganz praktisch. Über das von uns im Auftrag der Länder betriebene Online-Antragssystem werden im ersten Halbjahr 2014 mit mehr als 17.800 Juleicas gut 1.500 Karten mehr ausgestellt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Trotzdem gibt es nach mehr als fünf Jahren in den kommenden Jahren größeren Bedarf nach einer Weiterentwicklung. Eine Herausforderung ist, die Finanzierung gemeinsam mit allen Beteiligten zu klären. Die fachliche und politische Wertschätzung der Juleica ist ungebrochen. Oft wird sie als Referenz herangezogen, die Aussagen aus der Juleica-Statistik dienen als Grundlage für Aussagen zum Engagement in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Das alles ist nur in guter Zusammenarbeit zwischen den Ländern und ihren Landeszentralstellen und uns möglich. Ein jährliches aller Akteure, zuletzt Anfang November 2013, hat sich als wichtiges Instrument bewährt.

Heinz-Westphal-Preis 2013

Gemeinsam mit dem BMFSFJ verleihen wir Ende 2013 wieder den Heinz-Westphal-Preis. Mehr als 180 Bewerbungen erreichen uns, eine Jury wählt davon drei Preisträger_innen, einen Ehrenpreisträger sowie einen Sonderpreis der Stiftung *Jugend macht Demokratie* aus. Bei der Preisverleihung an die Kreisjugendfeuerwehr Stade (Sonderpreis der Stiftung), an die SJD - Die Falken aus Hamburg (Ehrenpreis), die Malteserjugend Emsdetten (3. Preis), die Heroes aus München (2. Preis) und den Kreisjugendring Herzogtum Lauenburg (1. Preis) wird deutlich, mit wie viel Herzblut und Einsatz Kinder und Jugendliche für sich und andere aktiv sind. Zum ersten Mal werden über die Internetseite heinz-westphal-preis.de alle Bewerbungen öffentlich dokumentiert. Damit entsteht nicht nur eine Datenbank an guten Ideen, sondern auch ein Zeugnis des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen.

GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Mit der neuen Bundesregierung kommt Bewegung in die Bedingungen für den Kampf gegen Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit. Im Januar 2014 wird die sogenannte Extremismusklausel formal abgeschafft – ein Erfolg aller, die sich wie wir seit Einführung der Klausel gegen diesen pauschalen Extremismusverdacht der Bundesregierung gegen einige Träger gewehrt haben. Leider fällt auf den Erfolg ein Schatten, denn die Klausel wird durch ein Begleitschreiben zum Zuwendungsbescheid ersetzt; im Schreiben fehlen zwar die größten Kritikpunkte an der alten Klausel, es ist aber immer noch ein Zeichen des Misstrauens gegenüber der Zivilgesellschaft.

Anfang Juli 2014 stellt die Bundesregierung das neue *Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit* für die Jahre 2015-2019 vor. Auch wenn noch viele Details unbekannt sind und es noch keine kontinuierliche Förderung der Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit darstellt: Dieses Programm wird die Planungssicherheit für die Engagierten vor Ort verbessern, weil die Förderung nun auf fünf Jahre angelegt sein soll. Gut ist, dass die Zahl der geförderten Lokalen Aktionspläne von 170 auf 220 erhöht werden. Es soll eine auf bis zu fünf Jahre angelegte Förderung von Trägern mit überregionaler Bedeutung geben. Und die Fördersumme des gesamten Programms soll 30,5 Millionen Euro betragen.

Der DBJR-Hauptausschuss erklärte im Februar 2012 zur Ankündigung des BIK-Netz_: „Der Hauptausschuss kritisiert (...) deutlich, dass dazu staatliche Strukturen parallel zu bereits langjährig und erfolgreich bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen geschaffen werden."

Wir finden gut, dass das als bundesweite Informations- und Kompetenzzentrum geplante *BIK-Netz* in seiner derzeitigen Struktur nicht weitergeführt wird – weil es Akzeptanzprobleme bei Trägern und Ländern sowie Parallelstrukturen gibt.

Wie auch im Arbeitsfeld Interkulturelle Öffnung arbeiten wir insbesondere im Bereich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eng mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA e.V.) zusammen.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG | MIGRATION

Das im Herbst 2012 gestartete Projekt *Jugend 2014 – Integration gestalten* der Verbände Amaro Drom e.V., Assyrischer Jugendverband Mitteleuropa (AJM), DIDF-Jugend, KOMCIWAN und JunOst sowie djo - Deutsche Jugend in Europa hat u.a. das Ziel, Kriterien für eine Grundförderung von Migrant_innenjugendselbstorganisationen (MJSO) auf Bundesebene zu erarbeiten. Anfang Juli 2014 können die Verbände gemeinsam mit uns der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks ein Konzept mit verschiedenen Förderkonzepten vorstellen. Am Ende des Gesprächs sagt Caren Marks eine Regelförderung durch Anbindung der einzelnen MJSO an unterschiedliche, etablierte Zentralstellen ab 2015 zu; unter der Voraussetzung, dass für 2015 tatsächlich wiederum eine Erhöhung der KJP-Förderung kommt.

Verfassungsschutzbericht | MJD

Leider schon traditionell steht auch in diesem Jahr die Muslimische Jugend Deutschlands (MJD) wieder im Verfassungsschutzbericht des Bundes – im Kapitel *ISLAMISMUS/ISLAMISTISCHER TERRORISMUS*. Wie in den Vorjahren ist das unreflektiert und ohne konkrete Vorwürfe oder neue Ereignisse belegt. Allerdings wird durch den Kontext ein stärkerer Bezug als in den Vorjahren zur politischen Lage in Ägypten und dort zur Muslimbruderschaft hergestellt. Dies bestätigt unsere Kritik am Inhalt und Zustandekommen der Verfassungsschutzberichte und vor allem den Folgen für die betroffenen Organisationen.

Projekt International:Interkulturell – Jugendverbände gestalten Zukunft

Das Projekt *International:Interkulturell – Jugendverbände gestalten Zukunft* in unserer Trägerschaft wird bis Ende 2014 fortgesetzt. Ziel ist, Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationshintergrund Zugänge zum Arbeitsfeld internationale Jugendarbeit zu erschließen. Es wird von einigen Mitgliedsorganisationen (aej, BDAJ, djo-Deutsche Jugend in Europa, NFJD und SJD-Die Falken), MJSO und uns umgesetzt – im Rahmen der *Jugendpolitischen Initiative JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben.* Mehr junge Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen sollen an das Engagement in der internationalen Jugendarbeit herangeführt werden.

Im Juni 2014 beteiligen wir uns an der Nachhaltigkeitskonferenz der jugendpolitischen Initiative JiVE. Wir sind beim Markt der Möglichkeiten (Dank der Unterstützung des BDAJ), setzen fachliche Inputs und nehmen an einer Podiumsdiskussion zur jugendpolitische Bilanz der Initiative JiVE teil. Das Projekt wird am 10. Oktober 2014 mit einem Fachtag zur Interkulturelle Öffnung abschließen.

Partner_innen und fachlicher Austausch

Die Arbeit in diesem wichtigen Themenfeld lebt vom der guten Zusammenarbeit mit Partner_innen und dem fachlichen Austausch. Ein wichtiger Partner ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit dem uns ein enger fachlicher Austausch verbindet und das die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit immer wieder mit der Förderung verschiedener Projekte unterstützt; jüngst mit dem am 1. August 2013 gestarteten Projekt *Partizipation – Bildung – Integration* der Landesjugendringe Berlin und Hamburg zur Integration von MJSO in Jugendverbandsstrukturen und zu Unterstützung der interkulturelle Öffnung der Jugendverbände. Es ist gut, dass auch nach einer großen Umstrukturierung des Amts eine klare Zuständigkeit für die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit besteht und diese bei bewährten Ansprechpartner_innen geblieben ist.

Ein weiterer wichtiger und streitbarer Partner ist das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA e.V.). Im Februar 2014 veröffentlicht IDA einen Reader zum Thema Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit, u.a. mit Beiträgen von uns. IDA organisiert auch zusammen mit der Deutschen Sportjugend, Vertreter_innen der Wissenschaft und uns das Netzwerke interkulturelle Jugendarbeit und -forschung (NiJaf) *[➡ Seite 96]*.

Als weiteres wichtiges Instrument der Zusammenarbeit hat sich die AG Interkulturelle Öffnung der Landesjugendringe und des DBJR etabliert. Etwa zweimal jährlich beraten die zuständigen Referent_innen der Jugendringe aktuelle jugendpolitische Entwicklungen, neue Projektansätze, die Entwicklung der MJSO und der Möglichkeiten, sie zu unterstützen. Das wird umso wichtiger, weil im Themenfeld Interkulturelle Öffnung und MJSO die Ebene der Bundesländer eine zunehmende Bedeutung bekommt.

Anfang 2014 gründet sich der Bundesverband der DITIB-Jugend unter dem Namen Bund der muslimischen Jugend (BDMJ); in den meisten westlichen Bundesländern gibt es bereits Landesverbände. Immer wenn junge Menschen, sich selbstorganisiert zusammenschließen, sich von „Erwachsenenverbänden“ durch Gründung einer eigenständigen Jugendorganisation emanzipieren, wird dies durch die etablierten Jugendverbände und –ringe unterstützt. Zwischen den meisten betreffenden Landesjugendringen und den jeweiligen Landesverbänden der DITIB-Jugend bestehen daher Kontakte in unterschiedlicher Intensität, in einigen Bundesländern wird in absehbarer Zeit die Aufnahme angestrebt.

MEDIEN- UND NETZPOLITIK

Junge Menschen spielen in unserer mehr und mehr vom Internet geprägten Gesellschaft eine aktive Rolle. Sie brauchen entsprechende Rahmenbedingungen, die politisch verhandelt werden müssen. Wir fordern in unseren Positionen eine flächendeckende, schnelle digitale Infrastruktur. Sie sichert die digitale Teilhabe an Informationen, Unterhaltung und Kommunikation. Sie ist wichtig für innovative und wirksame Beteiligungswerkzeuge, sie schafft Potenzial für Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Junge Menschen brauchen auch eine digitale Infrastruktur, die netzneutral ist, also alle Daten gleich behandelt.

Wir setzen uns für eine Reform des Jugendmedienschutzes ein. In einer Stellungnahme machen wir deutlich, dass der Jugendmedienschutzstaatsvertrag Teil des Jugendschutzgesetzes werden und in der Verantwortung des Bundes liegen muss. Ein guter Jugendschutz bewahrt nicht nur vor Risiken. Er regelt auch den Bedarf junger Menschen auf Schutz ihrer Daten. In einem Workshop mit Expert_innen aus Jugendverbänden wird unsere Haltung dazu weiterentwickelt. Kinder und Jugendliche brauchen Angebote, mit denen sie einen inneren Kompass im Umgang mit Medieninhalten und -angeboten bewerten können. Dieser innere Kompass wirkt bei Gefahr stärker als jeder technische Schutzfilter. Unabhängig von unseren Bedenken gegenüber des geltenden Jugendmediesschutzes arbeiten wir in der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft sowie in der Bundesprüfstelle für jugendgefährende Medien *[➡ Seite 73]* mit; so unterschiedlich beide Instanzen sind: Sie stärken auf ihre Weise den Jugendschutz.

Crossmediales Jugendangebot

Jugendliche haben ein Recht auf ein vielfältiges Medienangebot. Das weist Lücken auf, insbesondere in den gebührenfinanzierten Sendern der ARD und im ZDF. In einer Stellungnahme sprechen wir uns deswegen für ein crossmediales Jugendangebot der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF aus. Es kann dazu beitragen, dass die öffentlich-rechtlichen Sender sich stärker als bisher wieder mit Inhalten und Formaten an junge Menschen richtet. In unserer Stellungnahme betonen wir, dass ein crossmediales Angebot unbedingt mit und nicht nur für junge Menschen entwickelt werden muss.

Damit junge Menschen im öffentlich-rechtlichen System Einfluss haben, verlangen wir eine Vertretung im ZDF-Fernsehrat. Der muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes neu strukturiert werden. Unseren Anspruch auf eine Jugendvertretung haben wir an die Ministerpräsidentenkonferenz gerichtet, die über den Staatsvertrag für das ZDF entscheidet. In den Sendern der ARD sind Jugendvertreter_innen über die Landesjugendringe seit vielen Jahren vertreten und mit den Vertreter_innen der Landesmedienanstalten vernetzt.

Uns ist wichtig, neuen Perspektiven in der Medien- und Netzpolitik Raum zu geben. Ein gutes Format dazu ist der Fachtag jugendarbeit online. In diesem Jahr ist *Gamification in Jugendverbänden* unser Thema. Nicht nur innerhalb dieses Formates werden wir uns mit Chancen und Risiken der Digitalisierung beschäftigen. Geplant ist im Herbst außerdem ein Workshops zur Netzpolitik.

NACHHALTIGKEIT

Wir beginnen einen Dialog mit dem Kanzleramt über die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Bei deren Weiterentwicklung sind die Ansichten der Jugendverbände beispielsweise zur nachhaltigen Mobilität, zum nachhaltigen Konsum, zu nachhaltiger Haushalts- und Subventionspolitik für das Kanzleramt relevant. Es wird ebenfalls über die Entwicklung der Millennium Development Goals (MDG) zu Sustainable Development Goals gesprochen. In den MDG sind bisher Aspekte der Nachhaltigkeit nicht enthalten, deswegen wird international über SDG verhandelt.

Das ist eine Folge der Welt-Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20. Die andere ist: Das Thema Nachhaltigkeit wird bei den Vereinten Nationen nicht mehr in der Commission on Sustainable Development (CSD) verhandelt, sondern in einem High Level Political Forum (HLPF). Die Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung, Felix Beck (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland) und Leon Ginzel (Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz) nehmen im Juli am HLPF teil; Felix Beck wird anschließend im Sommer von Rupert Heindl (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) abgelöst. Die Jugenddelegierten können mitwirken, wenn die internationale Nachhaltigkeitspolitik neu organisiert wird. Dabei unterstützen sie die Forderung nach einem High Level Representative for Future Generations. Die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt und Bau (BMUB) wird mit den Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung fortgesetzt. Sie berichten über ihre Aktivitäten im Blog *jugenddelegierte.dbjr.de*.

Im Frühjahr 2014 fordern wir, an der Kommission zur Atom-Endlagersuche beteiligt zu werden. In der Kommission ist die Jugend und damit die künftige Generation nicht vertreten. Die Parteien ändern die Zusammensetzung jedoch nicht, wir bleiben außen vor und verfolgen kritisch, wie über eine Entscheidung für ein Atommüll-Endlager verhandelt wird.

GENDER/QUEER

Wir haben Arbeitshilfen und Positionen unserer Mitglieder zum Thema Queer zusammengestellt. Damit bieten wir einen guten Über- und Einblick, was in Jugendverbänden Stand der Dinge ist. Gemeinsam mit dem französischen Jugendring CNAJEP und dem Deutschen Frauenrat organisieren wir den Fachtag *Gleichstellungsfragen in Deutschland und Frankreich* in beiden Ländern. Der Workshop ist im November geplant *[➡ Seite 42]*.

KINDERPOLITIK

Leider wird die Große Koalition in dieser Legislaturperiode den längst überfälligen Schritt der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz nicht gehen. Das wird im Koalitionsvertrag deutlich. Angesichts dieser Ausgangslage hat sich auf dem Gebiet der Kinderpolitik und der Kinderrechte jedoch eine überraschende Dynamik entwickelt, die u.a. auch aus der Kinderkommission des Bundestages rührt. Die National Coalition – Netzwerk für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V (NC) veröffentlich im Berichtszeitraum ein Papier zur Umsetzung der *Concluding Observations* des UN-Kinderrechteausschusses, konkret zu möglichen Strukturen für das Monitoringverfahren. Über Vertreter_innen der DBJR-Mitgliedsorganisationen in der NC haben wir erfolgreich an diesem Papier mitgearbeitet. So konnten wir auch aus unserer Sicht kritische Forderungen (z. B. Kinderberauftragte_r auf Bundesebene) aus dem Papier herauszuhalten. Die NC besteht inzwischen als eigenständiger Rechtsträger, einige Jugendverbände sind Mitglied. Die Entwicklungen in den Gremien der NC und das Handeln einiger ihrer Vertreter_innen zeigen aber eine geringes Verständnis und teilweise wenig Wertschätzung für die Interessensvertretung und die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen. Konflikte werden u.a. beim unterschiedlichen Partizipationsverständnis immer wieder deutlich. Der DBJR Vorstand übernimmt hierbei eine koordinierende und unterstützende Funktion für die Jugendverbände in der NC ein.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Der demographische Wandel gewinnt für uns und gesamtpolitisch an Bedeutung. In der Regel wird der demographische Wandel überwiegend nur aus Sicht der älteren Generation betrachtet. Für uns steht im Mittelpunkt, dass Jugendliche durch den Wandel vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen ausgesetzt sind und sie gleichzeitig an relativem politischen Einfluss verlieren.

Die Regierung vereinbart, ein Prüfverfahren (Demografie-Check) einzuführen, das Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Investitionen auf Auswirkungen für kommende Generationen überprüft. Konkret beschränkt sich das Verfahren jedoch auf 24 unverbindliche Kriterien, zu denen bei Vorlagen für Gesetze Stellung bezogen werden kann. Damit gibt es die Möglichkeit, das Prüfverfahren als Argumentationshilfe im (jugend-)politischen Aushandlungsprozess zu nutzen – mehr aber auch nicht.

Im Rahmen der Demographiestrategie der Bundesregierung gibt es bis zum Ende der 17. Legislaturperiode zehn Arbeitsgruppen, das Thema Jugend ist jedoch nicht vertreten. Um uns überhaupt beteiligen, werden wir eingeladen, in der AG Selbstbestimmtes Leben im Alter_ mitwirken.

Unsere Kritik daran zeigt Wirkung. In der aktuellen Legislaturperiode wird zusätzlich unter anderem die Arbeitsgruppe *Jugend gestaltet Zukunft* eingerichtet, als Vertreter für den DBJR ist der Vorsitzende Stephan Groschwitz berufen. Sie wird ihre Arbeit im Oktober beginnen. Zusätzlich zur Mitwirkung in dieser AG sollen wir unsere Erfahrungen in der Organisation von Jugendbeteiligung (u.a. aus dem Projekt Ichmache>Politik) in diesen Prozess einzubringen und im Rahmen eines Projektes die Jugendbeteiligung zu organisieren.

STRUKTUREN DER JUGENDARBEIT

Bundesjugendkuratorium

Die Bundesjugendministerin Manuela Schweig beruft Anfang Juli im Namen der Bundesregierung 15 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu Mitgliedern des Bundesjugendkuratoriums (BJK) für die 18. Legislaturperiode. Darunter Lisi Maier als Vertreterin des DBJR. Die Mitglieder des BJK wählten sie auf ihrer konstituierenden Sitzung auch zu einer der stellvertretenden Vorsitzenden des BJK. Absprachen zur genaueren Arbeitsweise trifft das BJK erst im zweiten Halbjahr 2014. Auch die Themenschwerpunkten legt das Kuratorium dann erst fest. Eigenständige Jugendpolitik wird sicher eines sein. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass das BJK nicht nur (weiter) die Umsetzung unterstützt sondern auch das jugendverbandliche Verständnis einer guten Jugendpolitik zu einer Grundlage seines Handelns macht.

Jugendringe

In vielen jugendpolitischen Themen können die Interessen junger Menschen und ihrer Selbstorganisationen nur erfolgreich vertreten werden, wenn dies auf allen föderalen Ebenen geschieht. Daher ist die Zusammenarbeit mit den Landesjugendring sowie den Kreis- und Stadtjugendringen für uns sehr wichtig. Themen, in denen diese besonders gefordert und erfolgreich ist, sind beispielsweise das BKiSchG oder Jugendverbände sind zu fördern_. Die Zusammenarbeit geschieht sowohl in formalen Strukturen wie den Konferenzen der Landesjugendringe, dem Treffen der (Bildungs-)Referent_innen der Landesjugendringe, der AG Interkulturelle Öffnung der Landesjugendringe und des DBJR sowie der Konferenz der Großstadtjugendringe. Auch beim Fachcamp Jugendarbeit online arbeiten wir gut zusammen.

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat 99 Mitglieder aus sechs Mitgliedergruppen (Säulen), von denen die Gruppe der Jugendverbände und Landesjugendringe mit 35 Mitgliedern die größte ist. In ihr sind die meisten unserer Mitgliedsorganisationen und die dsj Mitglied. Weil wir eine Doppelmitgliedschaft vermeiden wollen, sind wir nicht Mitglied, übernehmen aber die Aufgabe der federführenden Stelle der Säule.

Die AGJ als themen- und strukturübergreifende Fachorganisation ist ein wichtiger Partner für uns, beispielsweise bei Themen, die über die Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit hinausgehen, zum Beispiel die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe oder das BKiSchG. Die Mitgliedsorganisationen wie auch wir hinterfragen zunehmend die Zusammenarbeit mit und die Arbeit in der AGJ. Themen, die den Jugendverbänden wichtig sind, bekommen nicht das entsprechende Gewicht in der AGJ. Und obwohl Interessenabwägung und Konsens entscheidende Prinzipien der AGJ sind, kommt es bei einigen wichtigen Themen zu Beschlüssen, Positionen oder Papieren, die den Interessen der Jugendverbände entgegenstehen. Zum Beispiel beim BKiSchG oder Aussagen zu Jugendverbänden im aktuellen Leitpapier für den Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag. Bei der Arbeit der Fachausschüsse, dem Kern der AGJ-Arbeit, sehen die Vertreter_innen der Jugendverbände und -ringe Verbesserungsbedarf.

Besonders deutlich wird der Handlungsbedarf beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT). Dessen Gestaltung entspricht aus Sicht der Jugendverbände und Landesjugendringe nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Kritische Rückmeldungen zu den vergangenen Jugendhilfetag fanden bisher keine Resonanz *[➡ Seite 48]*.

Die AGJ-Säule und wir beraten den Handlungsbedarf und verabreden Schritte, um die Zusammenarbeit mit der AGJ (wieder) für beide Seiten konstruktiver zu gestalten.

EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

Wir sehen mit großer Sorge, dass in der Diskussion um Ursachen und Folgen der Krise, durch gegenseitigen Schuldzuspruch Gräben zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union aufgerissen werden. Wir sind auch in der Krise überzeugt, dass ein Rückfall in eine nationalistische Kleinstaaterei im Kontext der Globalisierung und des demografischen Wandels weder politisch, noch gesellschaftlich, noch wirtschaftlich sinnvoll ist.

Im Beschluss *Developing Europe* hat sich der Hauptausschuss am zur Idee Europa bekannt, die wiederbelebt werden muss. In der Lebenswirklichkeit Jugendlicher erschließt sich ein rein wirtschaftlicher Zusammenhang in Europa nicht. Sie streben nach mehr inhaltlichem und freundschaftlichem Austausch und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Gerade im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krisensituation beweisen Jugendliche ihr Interesse füreinander über alle Grenzen hinweg. Europa muss von den Chancen her gedacht werden: Die politischen Verantwortungsträger_innen müssen ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und den Prozess einer vertieften Einigung im Dialog mit den Bürger_innen vorantreiben.

10 Punkte für eine starke Jugendpolitik

Wir haben schon 2005 mit einem Perspektivpapier zur Europäischen Jugendpolitik durch die Vollversammlung einen internen Prozess gestartet, um die Herausforderungen in der Behandlung europäischer Themen anzunehmen und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen. 2006 und 2009 beriet der Hauptausschuss jeweils über konkrete Schritte zur Umsetzung der Ziele. 2013 unterzieht die Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik die bisherigen Umsetzungsvorschläge einer erneuten kritischen Prüfung, bewertet Empfehlungen neu und formuliert neue Anforderungen. Auf dieser Grundlage werden vom Hauptausschuss im Dezember 2013 einstimmig zehn Punkte für eine aktive Gestaltung der europäischen (Jugend-) Politik beschlossen, die uns zu einem starken und sichtbaren Akteur in der europäischen Kinder- und Ju-

gendpolitik machen sollen. Die zehn Punkte sind auch ein Beitrag, europäische Zusammenhänge stärker in die politische Arbeit zu integrieren.

Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik

Europapolitisches engagieren wir uns nicht nur zu Zeiten von Europawahlen. Eine stetige Diskussion über europäische Angelegenheiten begleitet und bewegt uns und die Mitgliedsorganisationen genauso wie unsere Gremien und die Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik. Die AG begleitet auch die Arbeit des Europäischen Jugendforums *[➡ Seite 52]*.

Europawahlen 2014

Wir und eine Vielzahl unserer Mitgliedsorganisationen engagieren uns im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 für eine hohe Wahlbeteiligung besonders bei Jugendlichen. Mit dem Projekt *U18 zur Europawahl* sorgen wie in mehr als 400 Wahllokalen und durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit für eine hohe Mobilisierung bei Kindern, Jugendlichen und Multiplikator_innen der Jugendarbeit in vielen Städten und Gemeinden *[➡ Seite 15]*.

Außerdem bringen wir uns mit den Europawahlaktivitäten in die League of Young Voters ein, die vom Europäischen Jugendforum initiiert wird. Erstmals organisiert das Europäische Parlament einen Jugendevent für 500 Jugendliche aus ganz Europa. 18 Vertreter_innen aus Mitgliedsorganisationen nehmen an der Veranstaltung Anfang Mai2014 in Straßburg teil. Sie organisieren u. a. einen Workshop zu U 18 und zur Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben trotz des europaweiten Erstarkens rechtspopulistischer und euroskeptischer Kräfte ein paar Lichtblicke – zum Beispiel die gestiegene Wahlbeteiligung in Deutschland. Im Zusammenhang mit der Nominierung von Jean-Claude Juncker für das Amt der Kommissionspräsidenten ist die Respektierung des Wahlvorschlags des neu gewählten Europäischen Parlaments ein positives Zeichen. Erste Distanzierungsversuche von einigen Staats- und Regierungschef_innen auf dem Europäischen Gipfel zwei Tage nach der Wahl hatten kurzzeitig den Wahlkampf unglaubwürdig gemacht und ein fatales Zeichen an die Bürger_innen in der EU gegeben. Wir sind zur Einführung der neuen EU-Kommission im November 2014 eingeladen worden, besonders Jugendliche über das Ereignis zu informieren.

Trotz allem sind wir besorgt über den Zulauf rechtsextremer und antieuropäischen Parteien bei der Europawahl. Das muss Anstoß zur Verteidigung der europäischen Idee geben. Auch der Aufstieg antieuropäischer Parteien in Frankreich und Großbritannien ist ein Warnruf an die politische Klasse: Die Ver-

antwortung für Fehler in den nationalen Regierungen darf nicht länger auf die EU abgewälzt werden. Zugleich müssen undemokratische Fehlentwicklungen (z. B. fehlende Bürger_innennähe) korrigiert und die schleichende Aushöhlung erfolgreicher Integrationsschritte (z. B. im Bereich der Freizügigkeit) und gemeinsamer Werte unterbunden werden. Um seine Potenziale auszuspielen, müssen die demokratischen Institutionen gestärkt werden. Wir werden deshalb mit den neugewählten demokratischen Europaabgeordneten einen engen Kontakt suchen, um die Perspektiven von jungen Menschen stärker in der Arbeit des Parlaments vorkommen zu lassen.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

In der EU leben derzeit etwa 138 Millionen junge Menschen unter 24 Jahren, denen die europäische Integration besondere Entwicklungschancen bietet. Diese Möglichkeiten sind jedoch aktuell bedroht – und mit ihnen eine EU, die von diesen jungen Menschen zukünftig gelebt und gestaltet werden soll. Alarmierend ist die Situation der jungen Generation besonders in Südeuropa: Jugendarbeitslosigkeitsquoten von über 50 Prozent und die damit einhergehende Zerstörung von Zukunftsperspektiven sind unerträglich. Dieser Trend muss umgekehrt werden, damit Jugendliche eine neue Perspektive in einem vereinten Europa erhalten. Wir arbeiten über das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) eng mit anderen Jugendringen aus Portugal, Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland zusammen, um die Interessen von jungen Menschen besonders bei den EU-Gipfeln zur Jugendarbeitslosigkeit wirkungsvoll zu vertreten, zuletzt in Paris im November 2013 und im August 2014 in Brüssel *[➡ Seite 58]*.

Erasmus+

Anfang 2014 tritt das neue EU-Förderprogramm Erasmus+ in Kraft. Die Jugendverbände, aber auch andere Träger der Jugendarbeit, haben zusammen mit engagierten Mitgliedern des Europäischen Parlaments erreicht, dass die EU-Kommission ihren Widerstand für ein eigenes Jugendkapitel in Erasmus+ aufgegeben hat. Mit Erasmus+ JUGEND IN AKTION stehen in den nächsten sieben Jahren mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, um etwa den Austausch von Jugendlichen zu ermöglichen, die Arbeit von internationalen Jugendstrukturen zu fördern, den Europäischen Freiwilligendienst auszubauen und Aktivitäten im Strukturierten Dialog umzusetzen. Wichtig für uns ist eine nichtverzweckte Ausrichtung der Förderung. Das heißt: Der Fokus darf nicht auf der Beschäftigungsfähigkeit bzw. Arbeitsmarktverwertbarkeit von Jugendlichen liegen. Wir arbeitet seit Februar 2014 im neu eingerichteten Nationalen Begleitausschuss zu Erasmus+ mit, wobei unser Blick besonders auf das Teilprogramm Erasmus+ JUGEND IN AKTION gerichtet ist. Der Nationale Begleitausschuss kommt im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen. Über die Einrichtung eines eigenen Beirats für Erasmus+ JUGEND IN AKTION hat das BMFSFJ bedauerlicherweise noch nicht entschieden.

EU-Jugendstrategie

Die 2010 beschlossene EU-Jugendstrategie bildet den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa bis 2018. Für die nächste Periode der Umsetzung in Deutschland (2014 bis 2018) bedarf es starker Impulse und einer größeren Dynamik, um diese in die Praxis der Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland einzubringen bzw. entsprechende Initiativen aus Deutschland an die europäische Ebene weiterzuleiten. Wir streben für die 2. Phase der Umsetzung der EU-Jugendstrategie eine engere Verzahnung der Prozesse der EU-Jugendstrategie mit nationalen Entwicklungen in der Jugendpolitik an. Außerdem setzen wir uns dafür ein, den Strukturierten Dialog zu einer wirksame(re)n Form der Jugendbeteili-

gung innerhalb der EU-Jugendstrategie weiterzuentwickeln. Denn für uns ist und bleibt es eine zentrale Aufgabe, junge Menschen und Jugendverbände aktiv an der Gestaltung und Umsetzung europäischer (Jugend-)Politik zu beteiligen *[➡ Seite 13]*.

Im seit 2010 bestehenden Beirat des Bundes zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie sind wir mit Tobias Köck vertreten. Das Gremium kommt im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen. Mit der letzten Sitzung im Jahr 2013 geht die erste Phase der Arbeit des Beirats zu Ende. Deshalb wird die Arbeit der zurückliegenden Jahre ausführlich ausgewertet und eine Zwischenevaluation des Deutschen Jugendinstituts vorgestellt. Ein zentraler Diskussionspunkt im Beirat ist das neue EU-Programm Erasmus+. Anfang 2014 wird u. a. über die Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs auf europäischer Ebene, die Ratsschlussfolgerungen zur Verbesserung der sozialen Integration junger Menschen und über die Arbeitsplanung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe beraten. Auf der Tagesordnung im Juni 2014 stehen die Evaluation der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland 2014 bis 2018 und die Verbesserung der regionalen und kommunalen Verankerung der EU-Jugendstrategie. In der zweiten Jahreshälfte 2014 wird eine Unterarbeitsgruppe die Arbeit aufnehmen, um Vorschläge über die Ansprüche und Einbindung der kommunalen und regionalen Ebene zu erarbeiten. Wir sind mit Ulrike Oltmanns vom Bremer Jugendring darin vertreten.

Netzwerk Europäische Bewegung

Unser Engagement im Netzwerk Europäische Bewegung weiten wir aus Erstmals arbeiten wir mit Tobias Köck im neu gewählten Vorstand mit *[➡ Seite 92]*.

INTERNATIONALE JUGENDPOLITIK

Die Arbeitsgruppe *Internationale Jugendpolitik* ist von zentraler Bedeutung für die Begleitung der internationalen Arbeit, sie wird im Februar 2013 eingerichtet. In der AG werden grundlegende Fragen des Jugendaustauschs und der Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit beraten. Sie entwickelt Vorschläge für niederschwellige Einstiegsformen und Unterstützungsangebote zur internationalen Jugendarbeit, um Anstöße für neue Angebote zu geben. Zentrale Forderungen zur internationalen Jugendarbeit werden dort zusammengestellt, die in der zweiten Jahreshälfte 2014 in unseren Gremien beraten werden und mit denen das Profil der internationalen Arbeit geschärft werden sollen. Über die AG hinaus beteiligen wir uns an der im Mai 2014 vom Auswärtigen Amt angestoßenen Debatte zur künftigen Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsch-russische Zusammenarbeit

Die Kooperation mit dem Nationalen Kinder- und Jugendring Russland ist weiter sehr intensiv. Neben den Deutsch-Russischen Jugendforen gibt es vielfältige Kontakte und Treffen, vor allem um die Arbeit der Lenkungsgremien für den Deutsch-Russischen Jugendaustausch aktiv zu begleiten und über Vorschläge für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zu beraten. Darüber hinaus werden aber auch im Europäischen Jugendforum oder in den Gremien der Ostsee-Kooperation gemeinsame Interessen diskutiert.

Zentrales Element unserer Aktivitäten mit Russland ist das Deutsch-Russische Jugendforum, das wir seit 2005 mit unserem russischen Partner, dem Nationalen Kinder- und Jugendring Russland, veranstalten. Wir machen damit den deutsch-russischen Jugendaustausch intensiver, schaffen ein festeres Fundament der Zusammenarbeit von Jugendverbänden und machen die Arbeit der Jugendverbände sichtbarer. Bei den Deutsch-Russischen Jugendforen treffen sich einmal jährlich rund 40 Jugendliche und Fachkräfte der Jugendarbeit aus beiden Ländern zum Austausch, unter Beteiligung von Vertreter_innen beider für Jugend zuständigen Ministerien und der beiden Koordinierungsbüros zur Förderung des deutsch-russischen Jugendaustauschs.

Vom 3. bis 6. Juni 2014 tagt das 12. Deutsch-Russische Jugendforum in Berlin. Es beginnt mit einem Informationsprogramm auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag; das Jugendforum und die russische Jugendpolitik präsentieren sich mit einem eigenen Informationsstand in der Halle der Jugendverbände. Es gibt einen Empfang am Stand für die Gäste aus Russland sowie thematische und allgemeine Rundgänge auf dem DJHT. Gemeinsam werden Fachveranstaltungen und die Forumsveranstaltung *Jugendpolitik und Jugendarbeit in Russland: positive Beispiele der Zusammenarbeit* auf dem Markt-

platz Europa besucht sowie kleinere Workshops in der Halle der Jugendorganisationen organisiert. Wie in den Vorjahren wird das Jugendforum für einen Erfahrungs- und Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen in der Jugendpolitik in Deutschland und Russland genutzt. Es werden Fragen des Jugendaustauschs beraten und Gespräche über neue Austauschpartnerschaften geführt. Während des Jugendforums präsentieren die anwesenden Verbände ihre Arbeit. Die drei Arbeitsgruppen haben Impulse für die weitere Zusammenarbeit entwickelt und Perspektiven in den Themenfeldern Kultur, Jugendaustausch und Jugendbeteiligung aufgezeigt. Die Situation auf der Krim wird von deutscher Seite kritisch kommentiert, eine Diskussion kommt aber wegen der unterschiedlichen Einschätzung nicht zustande. Eine Einladung zu einer Veranstaltung auf der Krim im Sommer 2014 nehmen wir nicht an. Abschluss des Jugendforums ist am 6. Juni 2014 die Teilnahme an der Festveranstaltung anlässlich der Eröffnung des Jahres der Russischen Sprache und Literatur in Deutschland.

Die aktuelle politische Entwicklung in der Ukraine hat auch Einfluss auf den deutsch-russischen Jugendaustausch. Derzeit gibt es keine Signale, dass Probleme hinsichtlich der Visaerteilung oder finanzieller Förderung von Austauschprojekten durch die russische Seite auftreten. In Zeiten der Krise ist laut der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch insbesondere der Informations- und Meinungsaustausch von besonderer Bedeutung. Deshalb sollte auf jeden Fall die Jugendzusammenarbeit mit Russland fortgesetzt werden.

Die Deutsch-Russischen Jugendforen werden durch die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch unterstützt, mit der die Zusammenarbeit auf Trägerkonferenzen oder anderen Veranstaltungen sehr konstruktiv verläuft. Die Rahmenbedingungen auf russischer Seite sowohl für die Informationsarbeit als auch für die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen bleiben jedoch weiter unbefriedigend. Kontakte mit dem russischen Träger des Russischen Nationalen Koordinierungsbüros für den Jugendaustausch mit Deutschland, dem Internationalen Kinderzentrum Moskau, gestalten sich dagegen positiv.

Deutsch-polnische Zusammenarbeit

Ende März führen wir und der Israelische Jugendring in Warschau Gespräche mit dem Polnischen Jugendring PROM über eine Beteiligung an den geplanten gemeinsamen Aktivitäten zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Der Polnische Jugendring bekräftigt sein Interesse an einer Beteiligung mit 20 bis 25 Personen. Im Anschluss ist unsere Vorsitzende Lisi Maier Gast der Generalversammlung von PROM und sagt in ihrem Grußwort die Unterstützung bei der Aufnahme von PROM in das Europäische Jugendforum über das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) zu. In der multilateralen Zusammenarbeit gibt es regelmäßige Kontakte über das DNK, weil PROM in der Bodensee-Benelux-Kooperation (BBCplus) mitarbeitet. Im Juni 2014 sind zwei Vorstandsmitglieder von PROM zu Gast beim Hauptausschuss, um gemeinsam mit den Gästen aus Israel die Planungen für die Veranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vorzustellen. Für den Herbst 2014 ist eine kleine Delegation von uns nach Warschau eingeladen, um Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und des deutsch-polnischen Jugendaustauschs zu diskutieren.

Deutsch-israelische Zusammenarbeit

Im Oktober 2013 ist auf Einladung des Israelischen Jugendrings CYMI eine siebenköpfige Delegation von uns in Israel. Beide Jugendringe diskutieren über aktuelle Erfahrungen mit dem deutsch-israelischen Freiwilligenprogramm, über neue Formen der Jugendbeteiligung (ePartizipation), politische Entwicklungen in den Nachbarländern Israels sowie Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit mit verschiedenen europäischen Jugendringen. Wir schildern unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Ländern. CYMI informiert über seine vielfältigen Projekte. Gemeinsam wird die Idee entwickelt, eine Veranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zu organisieren.

Im Januar 2014 gibt es ein erstes Vorbereitungstreffen zur Veranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz mit dem Israelischen Jugendring CYMI in Israel. Ausführlich wird über Ziele, Inhalte und Zielgruppen der Veranstaltung diskutiert und als Termin der 23. bis 28. Januar 2015 festgelegt.

Anfang Juni 2014 besucht uns eine Delegation des Israelischen Jugendrings CYMI in Berlin. Die Vorbereitung von Aktivitäten aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz stehen im Mittelpunkt des Delegationsbesuchs. Wir führen gemeinsam ein Gespräch im Bundespräsidialamt, um über die geplanten Aktivitäten zu informieren und eine Unterstützung durch den Bundespräsidenten zu erreichen. Auch im Rahmen der Hauptausschuss-Sitzung wird über die geplanten Aktivitäten diskutiert. Weitere Gespräche in Berlin zur Vorbereitung der Veranstaltung gibt es mit den beiden Vertreterinnen des Polnischen Jugendrings (Magdalena Macinska und Katarzyna Siemasz). Die drei Jugendringe vereinbaren Eckpunkte für die weiteren Vorbereitungsschritte. Wir informieren über wichtige jugendpolitische Entwicklungen in Deutschland und Herausforderungen an die Jugendarbeit. CYMI zeigt u. a. großes Interesse an der *Eigenständige Jugendpolitik*. Auch bei diesem Delegationsbesuch geben wir unserem israelischen Partner Hilfestellung bei der Kontaktaufnahme zu anderen europäischen Jugendringen. Wir organisieren ein Informationsprogramm mit der Österreichischen Bundesjugendvertretung BJV in Wien, bei dem es vor allem um die Perspektiven einer jugendpolitischen Zusammenarbeit zwischen Israel und Österreich geht. Ziel ist, wieder an die bis vor zehn Jahren bestehenden bilateralen Beziehungen anzuknüpfen. CYMI und BJV vereinbaren, Ende 2014 und Anfang 2015 zwei bilaterale Programme zu starten.

Das nächste bilaterale Treffen mit CYMI ist 2015 in Israel. Wir prüfen, ob die Aktivität an geplante Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen gekoppelt wird. Aus diesem Anlass ist eine große Jugendkonferenz geplant, die sowohl in Deutschland als auch in Israel stattfinden soll. ConAct hat eine bilaterale Arbeitsgruppe mit dem Israel

Youth Exchange Authority eingerichtet, die über konkrete Projekte berät und in der Mike Cares für uns mitarbeitet. Es gibt Interesse, 2015 oder 2016 wieder eine trilaterale Aktivität mit dem Tschechischen Jugendring umzusetzen und an die gemeinsame Beteiligung an dem Deutsch-Tschechischen Jugendtreffen in Theresienstadt 2014 anzuknüpfen. Wir uns CYMI gehen davon aus, dass die aktuellen Entwicklungen in Israel und der Konflikt im Gazastreifen auch Folgen für den Jugendaustausch haben werden. Insgesamt wird die aktuelle Entwicklung des Jugendaustauschs von beiden Jugendringen positiv eingeschätzt *[➡ Seite 81]*.

70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz

2015 jährt sich zum 70. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, in dem schätzungsweise 1,1 Millionen Menschen durch die verbrecherischen und menschenverachtenden Gräueltaten der Nationalsozialisten ermordet wurden. Für die Jugendverbände ist die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen der Nazis und der deutschen Geschichte seit ihrem Bestehen ein wichtiger Aspekt in ihrer Bildungsarbeit.

Die Vollversammlung beschließ daher im Oktober 2013, eine zeitgemäße Botschaft zu diesem Anlass zu entwickeln. Mit dem Arbeitstitel *Gemeinsam Erinnern – Gemeinsam Gestalten* oder *Gemeinsam Gedenken – Gemeinsam Gestalten* werden sich vom 23. bis 27. Januar 2015 rund 100 Jugendvertreter_innen aus Israel, Polen und Deutschland sowie jeweils zwei bis drei Vertreter_innen der Jugendringe aus der Tschechischen Republik und Österreich treffen. Ziel ist, unterschiedliche Narrative aus israelischer, polnischer und deutscher Perspektive kennenzulernen sowie einen Einblick zu erhalten, wie die Jugendverbände mit der Aufgabe *Erziehung nach Auschwitz* unterschiedlich umgehen. Es sollen gemeinsame Perspektiven entwickelt werden mit Fragen wie: Was bedeutet die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Shoa und Auschwitz heute für uns als Jugendverbände? Wie wollen wir Gesellschaft und Zukunft (auch gemeinsam) gestalten? Selbstverständlich steht das gemeinsame Gedenken im Rahmen der offiziellen Befreiungsfeier am 27. Januar 2015 in Auschwitz-Birkenau im Mittelpunkt des Treffens. Die Vorbereitung des Seminars erfolgt auf mehreren Vorbereitungstreffen in Israel, Polen und Deutschland. Ende November 2014 ist in Berlin ein abschließendes Vorbereitungstreffen vor allem für die Teamer_innen geplant.

Die Aktivitäten zum Gedenken und die Veranstaltung vom 23. bis 27. Januar 2015 werden wohlwollend durch den Bundespräsidenten unterstützt. Das versprach Joachim Gauck dem Vorstand bei einem Gespräch im Schloss Bellevue.

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Im Juni 2014 hält sind wir mit einer Delegation beim jährlichen Arbeitstreffen mit dem Französischen Jugendring CNAJEP in Paris. Darüber hinaus haben wir weitere Treffen und Kontakte bei Veranstaltungen aus Anlass des 50. Bestehens des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) und zur Vorbereitung von Lenkungsgremien des DFJW.

Zentraler Programmpunkt ist während der Gespräche in Paris die Vorbereitung der Sitzung des DFJW-Beirats. Überrascht sind wir und CNAJEP über die Vorlage von Änderungen der Richtlinien. Kritisch nehmen wir den Vorschlag für ein neues Förderprogramm *Young Leaders* auf, mit dem künftige politische Leiter_innen in Politik und Wirtschaft (40 Personen) gefördert werden sollen. Auch der Sinn für das neue Programm *Fokus* zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit erschließt

sich nicht in allen Programmteilen. Die entsprechenden Punkte sollen in den Beirat eingebracht werden. Die vier Arbeitsgruppen, die im Vorfeld der eigentlichen Beiratssitzung tagen, werden ausführlich vorbereitet und Vorschläge/Impulse erarbeitet.

Mit Béatrice Angrand, Generalsekretärin des DFJW, gibt es eine ausführliche Diskussion über den Aktionsplan 2015 und die Vorschläge für die neuen Förderprogramme. Wir begrüßen den Vorschlag, künftig auch Fragen der europäischen Zusammenarbeit stärker in den Blick zu nehmen – besonders auch nach den Ergebnissen der Europawahlen in Frankreich. Im Gespräch wird die Idee für eine gemeinsam Veranstaltung mit dem DFJW im Herbst in Berlin zur Ursache des Erstarkens des Front National bei den Europawahlen und die Reaktion der Jugendverbände entwickelt. Dabei sollen auch die Auswirkungen auf andere europäische Länder beleuchtet werden.

CNAJEP informiert uns über Umstrukturierungen in der nationalen Regierungsarbeit, die die Unterstützung von nonformaler Bildung zum Ziel haben. Zu diesem Zweck ist ein Rat eingerichtet worden, um diesen Prozess zu begleiten. Das hohe Stimmenergebnis der Front National hat in CNAJEP die Diskussion über eine geeignete Reaktion ausgelöst. Im Vorfeld der Europawahlen war ein solches Ergebnis nicht erwartet worden, daher gab es keine Strategie für eine geeignete Reaktion. Dies wird nun nachgeholt, auch wenn Jugendliche nicht unbedingt die FN so stark unterstützen. Aus Sicht von CNAJEP war es eine nationale Wahl, europapolitische Zusammenhänge wurden nicht erklärt und Vertrauen zu europäischen Entwicklungen wurde nicht aufgebaut. Daher wollen CNAJEP und seine Mitgliedsorganisationen innovative Ideen entwickeln und ausdrücklich auch die europäische Dimension mitberücksichtigen.

Wir vereinbaren, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in konkreten Themenfeldern zu intensivieren und den Informationsaustausch über wichtige Entwicklungen zum Strukturierten Dialog fortzusetzen. Für 2015 steht die Neubesetzung der DFJW-Lenkungsgremien an. Das nächste Arbeitstreffen mit CNAJEP ist im Mai oder Juni 2015 in Berlin (abhängig vom Termin des Beirats).

Im Dezember 2014 ist in Bonn die deutsch-französische Kooperationstagung *Gleichstellungsfragen in Deutschland und Frankreich* geplant, die von uns und vom Deutschen Frauenrat in Zusammenarbeit mit den jeweiligen französischen Partnern vorbereitet wird.

Deutsch-chinesische Zusammenarbeit

Im Mai 2014 sind die deutsch-chinesischen Fachgespräche in Qingdao/China. Grundlage ist die Vereinbarung zwischen dem BMFSFJ und dem Allchinesischen Jugendverband der VR China über die Zusammenarbeit im Bereich Jugendhilfe aus dem Jahr 2006. Parallel läuft auch die 3. Partnerkonferenz, zu der aus Deutschland 15 Personen anreisen. An den Fachgesprächen sind neben dem BMFSFJ auch ein Ländervertreter, IJAB, dsj und wir – darunter auch Vertreter_innen von Mitgliedsorganisationen – vertreten.

Die Fachgespräche werden jährlich geführt und begleiten die deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Jugendbereich. Auf chinesischer Seite nehmen der Allchinesische Jugendverband und das China Youth Center for International Exchange daran teil.

Deutsch-nordafrikanische Zusammenarbeit

Ende Oktober 2013 besucht uns eine siebenköpfige Delegation aus Ägypten in Berlin und Magdeburg. Anlass des Besuchs ist die Teilnahme an unserer 86. Vollversammlung in Magdeburg; die ägyptischen Vertreter_innen erhalten einen guten Einblick in deutsche Jugendverbandsstrukturen. Während der Vollversammlung können die Besucher_innen aus Ägypten bereits zuvor geknüpfte Kontakte intensivieren und neue dazu gewinnen.

Im Vordergrund dieses Fachkräfteprogramms steht die Vernetzung zwischen deutschen und ägyptischen Jugendarbeitsstrukturen. Die Delegation besucht während des Programms in Berlin unterschiedliche Jugendorganisationen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, die an einem Austausch mit Jugendstrukturen in Nordafrika interessiert sind. Die ägyptischen Gäste betonen das Interesse an einem langfristigen Austausch und nicht an einmaligen Kontakten. Die beiden für Jugend zuständigen Ministerien sollten die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern fördern, den Erfahrungsaustausch unterstützen und geeignete Aktivitäten vereinbaren, die vor allem den fachlichen Austausch von Fachkräften ermöglichen.

Ebenfalls Ende Oktober 2013 hält sich auf unsere Einladung hin eine zweiköpfige Delegation aus Marokko in Berlin und Magdeburg auf. Das Programm wird teilweise zusammen mit der Delegation aus Ägypten durchgeführt. Auch hier werden während der Vollversammlung zahlreiche Gespräche mit Delegierten über Möglichkeiten einer weiteren Kooperation geführt. Besonders die organisatorischen Abläufe einer Vollversammlung stoßen auf großes Interesse, weil die Erkenntnisse für den Aufbau einer nationalen Jugendinteressensvertretung in Marokko genutzt werden sollen. Die Delegation nimmt auch an der Veranstaltung *Nordafrika im Wandel* teil, die wir mit den Gästen aus Ägypten anbieten und auf der über die politische Lage und die jugendpolitische Situation in Ägypten und Marokko informiert wird.

Für 2014 vereinbaren wir noch keine konkreten Aktivitäten, aber es besteht von marokkanischer Seite Interesse an unserer Teilnahme an einer der nächsten nationalen Jugendkonferenzen in Marokko. Die Mitglieder einer Delegation können durch das Angebot von Workshops oder durch inhaltliche Beträge wichtige Impulse für die Stärkung der Jugendstrukturen in Marokko geben. Interessierte Mitgliedsorganisationen sollten prüfen, ob sie einen Austausch mit Marokko starten bzw. bestehende Kontakte ausbauen können.

Wir begrüßen vor diesem Hintergrund die Entscheidung des Auswärtigen Amts, auch 2014 Mittel für die Transformationspartnerschaft mit Nordafrika zur Verfügung zu stellen. Diese können für Fachkräfteprogramme und Aktivitäten im Jugendaustausch genutzt werden.

Deutsch-tschechische Zusammenarbeit

Ende April 2014 beschäftigen sich mehr als 100 Jugendliche in Terezín (Theresienstadt) beim 8. Deutsch-tschechische Jugendtreffen mit Fragen der transnationalen Erinnerungsarbeit. Der Tschechische Jugendring CRDM, wir und CYMI bieten zwei gemeinsame Workshops an, bei denen sowohl über Inhalte einer möglichen trilateralen Zusammenarbeit gesprochen als über die Erinnerung an den Holocaust von Jugendverbänden in Israel diskutiert wird. Beide Workshops erzeugen großes Interesse; auch das gemeinsame Auftreten der drei Jugendringe wird positiv wahrgenommen. Die Teilnehmenden entwickeln konkrete Ideen für ein mögliches trilaterales Projekt 2015. Darüber hinaus gibt es vielfältige Kontakte

und Treffen mit Vertreter_innen des Tschechischen Jugendrings, vor allem im Kontext der europäischen Kinder- und Jugendpolitik.

Deutsch-griechische Zusammenarbeit

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass zeitnah der erste Grundstein für ein Deutsch-Griechisches Jugendwerk gelegt werden soll. Auf dem Fachtag des BMFSFJ im Juni 2014 bringen wir unsere kritische Position zu den Überlegungen der Bundesregierung ein. Im September 2014 wird der griechische Präsident nach Deutschland kommen. Grundsätzlich sind Initiativen zur Intensivierung der jugendpolitischen Zusammenarbeit mit Griechenland gut. Denn der Abbau von Ressentiments und der Aufbau von Beziehungen für gegenseitige Verständigung haben die Unterstützung von Jugendorganisationen in Deutschland.

Wir sehen aber den Vorschlag der Gründung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks entsprechend dem DFJW äußerst kritisch. Zum aktuellen Zeitpunkt ist es nicht ersichtlich, dass eine Rückkoppelung und Einbindung von Trägern der internationalen Jugendarbeit und des Jugendaustauschs in beiden Ländern passiert ist. Eine Gründung ohne Kenntnisse und Einbeziehung der jeweiligen Jugendstrukturen lehnten wir klar ab. Ohne eine aktive Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Strukturen, die auf der Stärkung von demokratischen Strukturen, Toleranz, Respekt und gegenseitiges Verständnis basiert, werden die Initiativen ins Leere laufen. Der Begriff *Jugendwerk* steht für eine herausgehobene Form der bilateralen Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern, getragen von gegenseitigen Zielen einer gemeinsamen Finanzierung, einem herausgehobenen Fördervolumen, einer auf Langfristigkeit angelegten Arbeit, gemeinsamen Fördergrundsätzen, Gegenseitigkeit und eingebunden in die sonstige Förderstruktur des jeweiligen Landes. Jugendwerke binden große finanzielle Ressourcen, auch im Bereich der Administration (DFJW: 25 %), die deshalb zumindest einer nachhaltigen Unterstützung der beiden Regierungen bedürfen. Ende Juni 2014 ist ein Vertreter des Griechischen Jugendrings zu Gast in der Arbeitsgruppe *Internationale Jugendpolitik*, um über die Jugendstrukturen in Griechenland zu informieren. Er weist darauf hin, dass Jugendstrukturen in Griechenland bisher nicht in die Beratungen eingebunden worden sind.

Darüber hinaus führen wir zahlreiche Gespräche mit den Verantwortlichen der Europäischen Jugendhauptstadt Thessaloniki und beraten über konkrete Projekte der Zusammenarbeit – auch auf multilateraler Ebene.

Deutsch-spanische Zusammenarbeit

Wir erklären mit einer Position der Vollversammlung unsere Solidarität mit dem Spanischen Jugendring CJE. Darin verurteilen wir die staatlich erzwungene Schließung des Spanischen Jugendrings scharf und solidarisieren und mit den spanischen Jugendverbänden. Der europaweite Protest zeigt Wirkung, auch wenn noch nicht klar ist, wie künftig die Interessenvertretung von Jugendorganisationen in Spanien aussehen wird. Ein neuer Gesetzesentwurf sieht die Gründung eines nichtstaatlichen Spanischen Jugendrings vor, der durch ein königliches Dekret von der Regierung gegründet und anerkannt wird. CJE arbeitet im Abgeordnetenhaus mit verschiedenen parlamentarischen Gruppen zusammen und hat Vorschläge gemacht, um Verbesserungen beim gegenwärtigen Gesetzesvorhaben durchzusetzen.

Deutsch-türkische Zusammenarbeit

Die Gründung eines nationalen Jugendrings in der Türkei ist noch nicht abgeschlossen. Das türkische Ministerium verfolgt weiter den Plan einer Gründung nach seinen Spielregeln, unter seiner Kontrolle und nur unter Beteiligung von Organisationen, die vom Ministerium gefördert werden. Wir haben signalisiert, dass wir einen unabhängigen Zusammenschluss von Jugendverbänden unterstützen möchten, auch ggf. durch direkte Fachkräfteprogramme.

Einige auf der Partnerbörse (von der djo-Deutsche Jugend in Europa in Kooperation mit uns und dem BMFSFJ im Juni 2013 in Berlin) vereinbarten Projekte sind realisiert. Gemeinsam mit der Deutschen Sportjugend wird im Oktober 2013 ein Fachkräfteprogramm zur Juleica für Jugendleiter_innen aus der Türkei in Berlin umgesetzt.

Wir sind auf Fachtag des BMFSFJ im Februar 2014 zur jugendpolitischen Zusammenarbeit mit der Türkei vertreten. Der Fachtag dient in erster Linie als Forum für den Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung der Akteure. Das Interesse auf deutscher und türkischer Seite am Jugend- und Fachkräfteaustausch ist sehr groß. Die politische Entwicklung in der Türkei wird durchaus kritisch gesehen. Dennoch ist als positives Fazit zu werten: Die Bedeutung der großen Gruppe der Jugendlichen in der Türkei wird anerkannt, die dortige Jugendpolitik reagiert darauf entsprechend und stellt Finanzmittel zur Verfügung. Deshalb wird angeregt, den Fachtag zukünftig regelmäßig zu veranstalten und alle zwei oder drei Jahre auch bilateral gemeinsam mit dem türkischen Partner umzusetzen. Diese Idee wird im nächsten bilateralen Deutsch-Türkischen Fachausschuss vorgestellt. 2014 jährt sich zum 20. Mal die bilaterale Ressortvereinbarung zwischen dem BMFSFJ und dem heutigen Ministerium für Jugend und Sport in der Türkei über die jugendpolitische Zusammenarbeit.

Die Deutsch-Türkische Jugendbrücke nimmt im Juni 2014 ihre Arbeit auf und will als eine Initiative der Stiftung Mercator den deutsch-türkischen Schüler_innen- und Jugendaustausch intensivieren sowie mit konkreten Programmen und der Bündelung bereits bestehender Maßnahmen die Möglichkeiten für den gegenseitigen Austausch verbessern. Die Stiftung Mercator fördert die Deutsch-Türkische Jugendbrücke mit 2,75 Millionen Euro für zunächst fünf Jahre. Unterstützt wird die Jugendbrücke zudem durch das Auswärtige Amt und das BMFSFJ. Dem Wunsch der Jugendbrücke nach unserer zweijährigen Mitgliedschaft im neuen Beirat entsprichen wir nicht. Auch wegen fehlender Ressourcen werden wir weiter aktiv in Strukturen der deutsch-türkischen Zusammenarbeit mitarbeiten, dieses Engagement aber auf die Mitwirkung im Deutsch-Türkischen Fachausschuss konzentrieren sowie auf Entwicklungen im Zusammenhang mit der Gründung eines nationalen Jugendrings in der Türkei.

Der von beiden Seiten paritätisch besetzte gemischte Deutsch-Türkische Fachausschuss für die jugendpolitische Zusammenarbeit tagt jährlich, um sich gegenseitig über die jugendpolitischen Ziele zu informieren sowie Vereinbarungen über die weitere bilaterale Zusammenarbeit zu treffen. Die jugendpolitischen Strukturen in beiden Partnerländern unterscheiden sich erheblich. In der Türkei prägen eher zentral ausgerichtete Strukturen die praktische jugendpolitische Zusammenarbeit. Seit Gründung des Ministeriums für Jugend und Sport auf türkischer Seite sind bedauerlicherweise nur noch Vertreter_innen staatlicher Ministerien im Fachausschuss vertreten. Im Rahmen eines bilateralen Workshops beider Ministerien informieren wir im Dezember 2013 in Bonn über die Rolle und Aufgaben von nichtstaatlichen Jugendorganisationen in der Jugendarbeit in Deutschland und ihre Einbindung bei der Gestaltung internationaler Jugendarbeit. Im Herbst wollen wir uns zur weiteren Zusammenarbeit mit der Türkei positionieren.

Deutsch-ukrainische Zusammenarbeit

Unser Partner in der Zusammenarbeit ist das Ukrainische Jugendforum (UYF), das 2006 als Interessensvertretung der ukrainischen Jugendorganisationen für die internationale Arbeit gegründet worden ist und mit uns seit dieser Zeit regelmäßig Programme und Veranstaltungen organisiert. Die Wiederholung einer deutsch-russisch-ukrainischen Partnerbörse, die im Dezember 2012 in Berlin noch möglich war, ist durch die aktuelle Krise in weite Ferne gerückt. Trotzdem unterstützen wir über das DNK Initiativen, um im Europäischen Jugendforum den Gesprächskontakt nicht abbrechen zu lassen. Die beiden Jugendringe in Russland und der Ukraine haben deshalb auch positiv auf die Initiative des DNK für eine Resolution zur Lage in der Ukraine für den Rat der Mitglieder des Europäischen Jugendforums reagiert.

Auch innerhalb des Ukrainischen Jugendforums gibt es im Frühjahr 2014 erhebliche Umstrukturierungen. Auf einer Generalversammlung wird ein neuer Vorstand gewählt. Dieser bekräftigt noch einmal sein großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Jugendforum und bilateral mit uns. Erste konkrete Aktivitäten werden im Juni 2014 in Berlin besprochen und sollen Ende 2014 realisiert werden, weil dann auch erste Projektmittel durch das Ministerium für Jugend und Sport bereitgestellt werden. Auch die Kooperation in der östlichen Partnerschaft der EU (Forum der Zivilgesellschaft) soll fortgesetzt werden.

Der frühere Vorsitzende des Ukrainischen Jugendforums koordiniert seit Frühjahr 2014 die Arbeit der Jugendorganisationen auf der Krim. Er hatte sich in der Vergangenheit sehr kritisch über die Mitarbeit im Europäischen Jugendforum geäußert und generell die Zusammenarbeit mit der EU in Frage gestellt. Demgegenüber waren die anderen Vorstands- und Sekretariatsmitglieder aufgeschlossen für eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Jugendforum.

KOMMUNIKATION

Wir optimieren laufend unsere politische Kommunikation und Lobbyarbeit. In den Koalitionsverhandlungen ist es gelungen, einige Forderungen der Jugendverbände im Koalitionsvertrag zu platzieren. Die Jugendpolitik soll beispielsweise mit uns gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Jugendverbände werden als wichtige Partner mehrfach benannt. Die Kontakte in die Politik haben wir stetig ausgebaut und stabilisiert.

Unsere digitale Kommunikation bauen wir weiter aus. Im Sommer 2014 starten wir ein neuartiges *dbjr-info*. Es wird fortlaufend wie ein Blog aktualisiert und regelmäßig als Newsletter versandt. Die Fachpublikation *JUGENDPOLITIK* erscheint seit 2014 in erster Linie digital und wird nur noch in kleiner Auflage gedruckt. Das Abo-System und das quartalsweise Erscheinen werden eingestellt. Bei alledem wird *dbjr.de* konsequent zur Kommunikationsplattform ausgebaut.

In unseren öffentlichen Äußerungen werden wir knapper und meinungsstärker. Dabei spitzen wir unsere Positionen und Forderungen zu. Uns ist wichtig, in der Kommunikation Neues auszuprobieren und Potenziale zu nutzen. Dabei hilft es auch, die Verantwortlichen in den Verbänden für Kommunikation gut zu vernetzen und zur kollegialen Beratung einzuladen.

Deutscher Jugendhilfetag

Beim 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Juni 2014 gelingt es uns, die Vielfalt der Jugendverbände auf der Fachmesse darzustellen. In der Halle der Jugendverbände können Besucher_innen des Jugendhilfetages unsere Bandbreite erleben. Unsere Rolle wird in unserem Stand klar: Wir schaffen Kommunikation, vernetzen und vertreten klar und deutlich die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Mit guten Inhalten und Themen setzen die Jugendverbände außerdem Akzente beim Fachkongress des Jugendhilfetages. Wir selbst bieten ein Fachforum zum ePartool, zum Rechtsgutachten über die Jugendverbandsförderung sowie zu den Perspektiven des Strukturierten Dialogs.

PROJEKTE

Jugend packt an

Jugend packt an läuft als Projekt von Juni bis Ende 2013. Hintergrund und Anlass des kurzfristig gestarteten Projektes ist die Flutkatastrophe 2013 und die dadurch verursachten großen Schäden auch bei gemeinnützigen Einrichtungen – insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbände. Das Projekt leistet eine schnelle, einfache und unbürokratische finanzielle Unterstützung ehrenamtlichen Engagements beim Wiederaufbau. Es hilft bei der Instandsetzung von betroffenen, nicht kommerziellen Einrichtungen im Rahmen einer Projektförderung für Verpflegung, Ausrüstung, Anleitung, Material, Übernachtung und Fahrt/Transport. Das Ziel des Projektes wird erreicht. Insgesamt fördern wir 55 Vorhaben mit knapp 220.000 Euro. Das bedeutet 5.182 geförderte Teilnehmer_innentage. Neben den konkreten Ergebnissen liegen durch Jugend packt an nun Erfahrungen mit einem Förderverfahren vor, die genutzt werden können, auch andere Förderverfahren auf Möglichkeiten der Entbürokratisierung zu prüfen.

Nach sehr intensiven Gesprächen zwischen uns und dem BMFSFJ ist es uns als einzigem der betroffenen Träger gelungen, zum 1. Januar 2014 eine Rahmenvereinbarung abzuschließen, wie sie die Mitgliedsorganisationen mit dem BMFSFJ bereits in den vergangenen Jahren abgeschlossen haben.

Kultur macht stark – Jugendgruppe erleben

Mitte 2013 starten die ersten der über *Kultur macht stark – Jugendgruppe erleben* geförderten Bündnisse mit ihren Aktionen und Projekten. Insgesamt wählt die Jury des Projektes *Jugendgruppe erleben* bisher in vier Tranchen (31. März 2013, 31. Mai 2013, 30. September 2013 und 30. April 2014) über 200 Bündnisse für die Förderung aus.

Die geförderten Maßnahmen sind vielfältig und abwechslungsreich. Sie zeigen ein enormes Spektrum. Diese sehr offene Form der geförderten Formate unterscheidet *Jugendgruppe erleben* von vielen anderen durch *Kultur macht stark* geförderten Projekten. Es gibt bewusst keine klaren Module, die umgesetzt werden. Im Sinne der Jugendverbandskultur und deren Grundprinzipien der Selbstorganisation, der Freiwilligkeit und der Demokratie sollen Jugendliche Freiräume haben, ihr eigenes Projekt zu entwerfen. Damit schaffen Jugendliche für junge Menschen, die noch nicht in den Jugendverbänden organisiert sind, Teilhabe an der besonderen Jugendverbandskultur. Niedrigschwellig sollen die Aktionen sein und gut geeignet, um einen Zugang zur Jugendgruppe zu bekommen. Sie sollen Spaß machen und Raum lassen für Mitbestimmung, Fairness und Gemeinschaft. Gemeinsam mit Peers – nicht durch die Vermittlung von Erwachsenen – probieren sich Kinder und Jugendliche aus. Junge Menschen können so Teil einer Gruppe sein, was sie wiederum eine positive Erfahrung von Zugehörigkeit machen lässt. Jugendverbandskultur wirkt über das Mitmachen und Erleben und entfaltet dadurch sein Potenzial als Kultur- und Bildungsort. Gefördert werden Maßnahmen, bei denen Kinder und Jugendliche, die von einer Bildungsbenachteiligung betroffen sind, typische Verbandsaktivitäten kennenlernen, erleben und gestalten können. Zum Beispiel die Kultur des Miteinanders und der Gemeinschaft, die Gestaltung von Zeltlagern und Freizeiten sowie die demokratische Kommunikationskultur im Verbandsleben. Gefördert werden Ferien- bzw. Freizeitmaßnahmen, mehrtägige und eintägige Veranstaltungen und Aktionen, die die Grundprinzipien der Selbstorganisation, der Freiwilligkeit und der Demokratie erlebbar machen.

Nach wie vor ist der bürokratische Aufwand für die Zuwendungsempfänger_innen ein großer Kritikpunkt am Förderprogramm *Kultur macht stark*. Die Grundidee, eine niedrigschwellige Förderung für die Ortsebene zu ermöglichen, wird durch das komplexe Antrags- und Abrechnungsverfahren konterkariert und stellt insbesondere ehrenamtliche Strukturen vor Herausforderungen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat auf unsere deutliche Kritik und die der anderen Programmpartner in *Kultur macht stark* und des Deutschen Kulturrates reagiert: erste Verwaltungsakte werden vereinfacht. So erhalten beispielsweise alle geförderten Bündnisse ab Januar 2014 eine Verwaltungspauschale in Höhe von fünf Prozent der lokalen Fördersumme, die den administrativen Aufwand der Bündnisse würdigen soll. Weiterhin bleibt die komplexe Förderstruktur aber zum großen Teil erhalten. Wir versuchen dies durch engagierte Beratung und Betreuung der Bündnisse auszugleichen und wirken weiter daraufhin, dass die Anforderungen vereinfacht werden. Um die Vernetzung und den Austausch der geförderten Bündnisse zu fördern, organisieren wir im Berichtszeitraum drei Vernetzungstreffen.

Die Evaluation von *Kultur macht stark* startet im April 2014 mit Gesprächen auf der Bundesebene und erweitert sich ab Sommer 2014 auf eine Auswertung und Befragung aller geförderten Bündnisse. Auf Basis der Evaluationsergebnisse entscheidet Mitte 2015 die Jury über die weitere Förderung in 2016 und 2017. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden im Berichtszeitraum Flyer, Postkarten und ein Aufsteller produziert. Die Broschüre *Erfolgsgeschichten – Jugendgruppe erleben* stellt stellvertretend für alle geförderten Projekte vier Bündnisse und deren Aktionen vor. Zudem beteiligen wir uns mit Fachartikel an diversen Publikationen zu *Kultur macht stark*, unter anderem dem Dossier des Deutschen Kulturrates zu *Kultur macht stark – Es geht voran!*.

GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN

ARBEITSGRUPPE EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

*Mitglieder_* Karin Baresel, Karin (LJR Mecklenburg-Vorpommern), Lars Becker (Junge Europäische Föderalisten, bis 02/2014), Andreas Deutinger (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Reiner Jäckel (Hessischer Jugendring, ab 02/2014), Doris Klingenhagen (aej/AGJ-Fachausschuss Europäische Kinder- und Jugend*hilfe*politik), Jan Peters (Junge Europäische Föderalisten, ab 02/2014), Carsten Pilz (djo-Deutsche Jugend in Europa, bis 02/2014), Sandra Schlee (Bund der Deutschen Landjugend, ab 02/2014), Tim Scholz (SJD – Die Falken), Astrid Weber (Bayerischer Jugendring), Clara Wengert (Naturfreundejugend Deutschlands, ab 02/2014), Robert Werner (djo-Deutsche Jugend in Europa, ab 02/2014).

*Weitere Mitglieder_* Ann-Kathrin Fischer (DBJR), Florian Nowak (aej, DNK-Vertretung im Rat der Mitglieder, bis 02/2014), Jochen Rummenhöller (DBJR).

*Leitung der Arbeitsgruppe_* Tobias Köck (stv. Vorsitzender DBJR/Solidaritätsjugend Deutschlands, ab 10/2013), Gunnar Czimczik (stv. Vorsitzender DBJR, RdP|RDP, bis 10/2013)

*Termine_* 13. September 2013, 9. Dezember 2013, 13. Bis 14. März 2014, 14. Mai 2014

*Bericht_* Der Hauptausschuss hat am 4. Dezember 2013 beschlossen, erneut eine Arbeitsgruppe *Europäische Jugendpolitik* einzurichten. In den vom Hauptausschuss verabschiedeten zehn Punkten für eine zielgerichtete Jugendpolitik wird festgestellt, dass die Einrichtung der internen Arbeitsgruppe *Europäische Jugendpolitik* sich in den vergangenen Jahren bewährt hat. Sie sollte auch künftig das Arbeitsfeld aktiv begleiten und die Übernahme von Außenvertretungen und Positionierungen fachlich vorbereiten. Sie setzt sich in der Arbeitsperiode 2014 bis 2015 aus elf Vertreter_innen der Verbände und der Landesjugendringe zusammen, die vom Hauptausschuss am 12. Februar 2014 gewählt worden sind.

Die Arbeitsgruppe hat folgende Aufgaben:
- Beratung über politische Vorgänge, Themen und aktuelle Entwicklungen im Bereich der europäischen
- Kinder- und Jugendpolitik
- Begleitung der Aktivitäten im Rahmen des Strukturierten Dialogs
- Begleitung der Arbeit des Europäischen Jugendforums und des Europarats
- Beratung über die europäische Förderpolitik, besonders hinsichtlich des neuen EU-Förderprogramms
- Bearbeitung konkreter Vorgänge im Bereich der europäischen Politik im Auftrag des Vorstands
- Koordinierung der Vertretung in den genannten Themenfeldern im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK)

Die Arbeitsgruppe begleitet die Vertretung in Gremien, die sich mit Fragen der europäischen Jugendpolitik beschäftigen und sorgt für den notwendigen Informationsaustausch. In den genannten Themenfeldern ist sie an der Vorbereitung und Umsetzung von Beschlüssen der Vollversammlung beteiligt.

Die Arbeitsgruppe hat im Berichtszeitraum die Kommunikation zwischen den Mitgliedern ausgebaut, um noch effektiver ihre Rolle bei der Begleitung europäischer Politik ausfüllen zu können. Zu den Sitzungen sind wiederholt externe Gäste eingeladen worden, um den Informationsfluss und Erfahrungsaustausch zu intensivieren. So ist Gesprächspartner auf der Sitzung am 13. März 2014 Bernd Hüttemann, Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschlands (EBD), um über die Arbeit der EBD zu informieren.

Sie diskutiert die Umsetzung des EU-Förderprogramms Erasmus+ und beschäftigt sich ausführlich mit den weiteren Handlungsschritten und der Lobbystrategie des DBJR. Die Arbeitsgruppe tauscht sich regelmäßig über aktuelle Entwicklungen aus und bringt Vorschläge in die Beratungsprozesse sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene ein.

Für die Arbeitsperiode 2014 bis 2015 wird die Verknüpfung mit nationaler Jugendpolitik stärker in den Fokus gerückt.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich im Berichtszeitraum mit folgenden Schwerpunktthemen:
- Beratung über das EU-Förderprogramm Erasmus+
- Begleitung der Entwicklungen zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie und des Strukturierten Dialogs in Deutschland und auf EU-Ebene
- Zehn Punkte für eine zielgerichtete europäische Jugendpolitik, Erarbeitung von Vorschlägen für die weitere Umsetzung und Priorisierung,
- Aktivitäten zur Europawahl 2014,
- Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Europäische Bewegung,
- Beratung über wichtige jugendpolitische Anträge und Initiativen des Europäischen Jugendforums.

*Ausblick_* Die Arbeitsgruppe setzt ihre Diskussion über die Konkretisierung der zehn Punkte für eine zielgerichtete europäische Jugendpolitik fort und wird weitere Vorschläge für die Umsetzung und Priorisierung sowie für Beratungsvorlagen an den DBJR-Vorstand machen. Der Kontakt zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern des neu konstituierten für Jugend zuständigen Ausschusses wird intensiviert. Eine entsprechende Sitzung der Arbeitsgruppe in Brüssel ist in Vorbereitung.

Die Umsetzung des EU-Förderprogramms Erasmus+ wird weiterhin von der Arbeitsgruppe aktiv begleitet, die Lobby-Strategie und Problemmeldungen diskutiert.

Die Arbeitsgruppe wird Aktivitäten im Themenfeld Jugendgarantie und der europäischen Konferenzen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aktiv begleiten.

Außerdem werden die Umsetzung der EU-Jugendstrategie sowie die Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland und auf EU-Ebene einen wichtigen Stellenwert in der Diskussion einnehmen.

ARBEITSGRUPPE INTERNATIONALE JUGENDPOLITIK

*Mitglieder_* Sevda Akgün (Solidaritätsjugend Deutschlands, ab 02/2014), Sandra Böhme (Deutsche Schreberjugend), Johanna Heil (djo-Deutsche Jugend in Europa), Natalia Hoffmann (Ring deutscher Pfadfinderverbände), Matthias Krause (Solidaritätsjugend Deutschlands, bis 02/2014), Alexandra Krause (Bund der Deutschen Landjugend, ab 02/2014), Juliane Neufang (Bund der Deutschen Landjugend, bis 02/2014), Dirk Thesenvitz (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland), Steven Werner (Deutsche Beamtenbund-Jugend).

*Weitere kooptierte Mitglieder_* Felix Beck (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland/stv. Mitglied des DFJW-Verwaltungsrats), Michael Cares (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland/Deutsch-Israelischer Fachausschuss/Deutsch-Israelischer Koordinierungsrat), Dr. Jan Heinisch (Deutsche Jugendfeuerwehr/Mitglied des DFJW-Beirats), Torsten Raedel (Bundesjugendwerk der AWO/Mitglied des Kuratoriums der Stiftung DRJA), Jochen Rummenhöller (DBJR-Geschäftsstelle), Tim Scholz (SJD-Die Falken/Deutsch-Polnisches Jugendwerk), Jan Schütte (Ring Deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinder/Deutsch-Russischer Jugendrat), Anja Zachow (Naturfreundejugend Deutschlands/Deutsch-Tschechischer Jugendrat), Viktoria Zettel (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland/Mitglied des DFJW-Beirats in der Altersstufe 18-27).

*Leitung der Arbeitsgruppe_* Lisi Maier (DBJR-Vorsitzende, ab 10/2013), Hetav Tek (stv. Vorsitzende/Deutsch-Türkischer Fachausschuss), Alexander Bühler (stv. DBJR-Vorsitzender, bis 10/2013).

*Termine_* 10. September 2013, 31. Januar 2014, 25. Juni 2014

*Bericht_* Der Arbeitsgruppe *Internationale Jugendpolitik* wird nach einem Beschluss der Vollversammlung 2012 eingerichtet. Sie setzt sich in der Arbeitsperiode 2013 bis 2014 aus sieben Vertreter_innen der Verbände und der Landesjugendringe zusammen, die vom Hauptausschuss am 13. Februar 2013 gewählt werden. Darüber hinaus gehören ihr als weitere Mitglieder Außenvertreter_innen des DBJR in Bereichen mit internationaler Aufgabenstellung an, die die Sitzungen für ihren Erfahrungsaustausch nutzen. Sie ist im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammengekommen. Die Arbeitsgruppe übernimmt die Abstimmung der Vertretung in Gremien, die sich mit Fragen der internationalen Jugendpolitik beschäftigen, und ist bei der Umsetzung von Beschlüssen der Vollversammlung beteiligt.

Die Arbeitsgruppe hat folgende Aufgaben:

- Begleitung der bilateralen jugendpolitischen Zusammenarbeit (Informationsaustausch, Erarbeitung von Positionierungen, Fachausschüsse)
- Erfahrungsaustausch (Berichte der Außenvertreter_innen über Sitzungen von Fachausschüssen und Jugendräten, Einladung von externen Gästen, Abstimmung über einzelne Themen mit den Mitgliedern der AG *Europäische Jugendpolitik*, der KJP-Kommission und dem DNK-Vorstand durch die Zusendung von entsprechenden Vermerken und Protokollen)
- Bewertung der Entwicklungen in der bilateralen jugendpolitischen Zusammenarbeit
- Beratung über verbesserte Rahmenbedingungen (Visafragen, Förderfragen etc.) im Rahmen eines regelmäßigen Informationsaustauschs mit der KJP-Kommission
- Diskussion über Schwerpunkte in der künftigen bilateralen Zusammenarbeit

Themen waren:

- Internationale Perspektiven im/für den DBJR: Grundsätzliche Diskussion über einen erleichterten Einstieg in die internationale Arbeit, Profil und Positionen des DBJR im Bereich internationaler Zusammenarbeit. Visaerleichterungen. Ist die Gewichtung politisch und regional (noch) ausreichend? Wo liegen die regionalen und inhaltlichen Herausforderungen für den DBJR, mit denen er sich auch in der Trägerlandschaft profilieren kann? Vereinbarung von Zielen und Entwicklung einer Perspektivmatrix
- Zwischenbilanz der Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Ländern – Wie geht es weiter mit dem Förderprogramm des Auswärtigen Amtes?
- Informationsaustausch über Förderfragen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit
- Beratung über die Pläne zur Gründung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks und Diskussion mit einem Vertreter des Griechischen Jugendrings über die Vorschläge
- Positionierung zur jugendpolitischen Zusammenarbeit mit der Türkei und ausführliche Beratung vor allem über die bilaterale Zusammenarbeit mit Israel, Polen und Russland
- Kinder- und Jugendreisen: Beratung über aktuelle Entwicklungen
- Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit bzw. Erwartungen an eine bessere Außenpolitik

*Ausblick_* Die Arbeitsgruppe plant für September 2014 eine Klausursitzung, auch um sich mit den Außenvertreter_innen in den Fachausschüssen und Beiräten intensiver über Fragen der Entwicklung der internationalen Arbeit zu beraten. Weiterhin stehen die Erleichterung in der internationalen Arbeit, die Weiterentwicklung an der Perspektivmatrix zur internationalen Arbeit an, aus der konkrete Forderungen entwickelt werden sollen. Zur Gestaltung der künftigen Aufgaben und inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeitsgruppe plant sie weiterhin, zu den Sitzungen Gesprächspersonen einzuladen, um bestimmte Fragestellungen zu diskutieren und Forderungen der Jugendverbände in der politischen Debatte besser zu platzieren, z. B. im Zusammenhang mit Griechenland und der Debatte innerhalb des Auswärtigen Amts über die künftigen Aufgaben und Schwerpunkte der Außenpolitik.

BODENSEE-BENELUX-KOOPERATION (BBCplus)

*Mitglieder_* (Österreichische Bundesjugendvertretung (BJV/ÖJV), Britischer Jugendring (BYC), Luxemburgischer Jugendring (CGJL), Tschechischer Jugendring (CRDM), Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (CSAJ/SAJV), Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK), Niederländischer Jugendring (NJR/DNYC), Irischer Jugendring (NYCI), Polnischer Jugendring (PROM), Rat der deutschsprachigen Jugend, Flandern (RDJ)

*Beobacher_innen_* Ungarischer Jugendring (NIT)

*Termine_* 8.bis 10. November 2013 in Berlin, 11.bis 13. April 2014 in Prag

*Bericht_* Die Bodensee-Benelux+-Kooperation (BBCplus) ist ein informeller Zusammenschluss von nationalen Jugendringen aus Mittel- und Westeuropa zum Informationsaustausch sowie zur gemeinsamen Vorbereitung von Gremiensitzungen des Europäischen Jugendforums (YFJ). BBCplus trifft sich im Berichtszeitraum zu zwei Arbeitssitzungen. Bei den BBCplus-Treffen stehen außerdem die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch unter den mittel- und westeuropäischen Partnerjugendringen im Vordergrund, da sie über vergleichbare Arbeitsbedingungen verfügen und nach der Verabschiedung der EU-Jugendstrategie in ähnlichen Themenfeldern aktiv sind. Die nationalen Jugendringe diskutieren die unterschiedlichen Herangehensweisen der einzelnen Mitgliedsstaaten zum Strukturierten Dialog und die konkrete Umsetzung. Außerdem werden auch Themen wie Jugendbeschäftigung und Jugendgarantie, Arbeit des neuen YFJ-Vorstands sowie Mitgliedschaftsperspektiven anderer NYC angesprochen. Die Geschäftsführung rotiert halbjährlich.

Zentrales Thema bei dem Treffen im November 2013 ist die inhaltliche Vorbereitung des Rats der Mitglieder des Europäischen Jugendforums vom 21. bis 23. November 2013 und die Schwerpunktsetzung für die künftige Zusammenarbeit. Das DNK als Gastgeber des Treffens in Berlin bezieht die europäischen Gäste in die Feier des 50-jährigen Bestehens des DNK mit ein. Weiteres Thema ist die Änderung der YFJ-Statuten. Im Rahmen eines Konsultationsverfahrens hat das DNK Änderungsvorschläge eingebracht, die aber nur zum Teil eine Mehrheit finden. Der im Januar 2013 gegründete Ungarische Jugendring nimmt als Gast an der Sitzung teil, da er Interesse an einer Mitarbeit hat.

Beim Treffen im April 2014 in Prag werden Informationen über die Umsetzung und Finanzierung des Strukturierten Dialogs im jeweiligen Land ausgetauscht und die Rolle der nationalen Jugendringe analysiert. Es wird festgestellt, dass sowohl die Finanzierung/Ausstattung der Projekte als auch die Umsetzung von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfällt. Auch die Mitwirkungsmöglichkeit der Jugendringe z. B. in der jeweiligen Nationalen Arbeitsgruppe ist verschieden und nur z. T. mit einer festen Finanzierung oder zusätzlichen Personalressourcen verbunden. Ebenso gibt es in der Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ministerien in den einzelnen Ländern große Unterschiede. Thema sind auch die zurückliegenden EU-Jugendkonferenzen, die unterschiedlich gut auch von der Vorbereitung her verlaufen sind. Ebenfalls intensiv tauschen sich die Anwesenden über das Programm Erasmus+ aus. Bei der Förderantragsstellung, die für die nationalen Jugendringe besonders relevant ist, gibt es noch viele praktische Fragen/Unklarheiten und wenig Erfahrungsberichte, auf die man zurückgreifen kann. Die Jugendringe verständigen sich, das Problem auf dem kommenden Rat der Mitglieder des Europäischen Jugendforums zu thematisieren. Im Vorfeld des Treffens haben sich die Jugendringe über eine Urgent Resolution on Ukraine geeinigt, die

beim Rat der Mitglieder Ende April 2014 zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt und mit großer Mehrheit angenommen wird.

Künftig wird der neu gegründete Ungarische Jugendring NIT in der Bodensee-Benelux-Kooperation mit einem Beobachterstatus mitarbeiten und regelmäßig an den Treffen von BBCplus teilnehmen. Damit kann die schon bestehende Zusammenarbeit gefestigt werden.

Das DNK nimmt seit Januar 2013 mit dem neu geschaffenen Außenvertretungsteam an den BBCplus-Treffen teil. Das Team besteht aus vier Personen, die sich für die Teilnahme an den YFJ- sowie BBCplus-Aktivitäten in zwei Gruppen von zwei bis drei Personen aufteilen.

*Ausblick_* Das nächste BBCplus-Treffen ist vom 7. bis 9. November 2014 in Luxemburg. Hauptthema wird die Vorbereitung der YFJ Generalversammlung sein. Da zahlreiche Vorstandsmitglieder ausscheiden, hat BBCplus Interesse, wieder im neuen Vorstand vertreten zu sein.

DNK-VORSTAND

*Mitglieder_* Julia Böhnke (DBJR), Felix Deist (RPJ, DNK-Sprecher), Benjamin Folkmann (dsj, stv. DNK-Sprecher), Inga Groth (RPJ, stv. DNK-Sprecherin), Tobias Köck (DBJR, stv. DNK-Sprecher), Jan Lichtwitz (RPJ), Lisi Maier (DBJR), Hetav Tek (DBJR)

*Termine_* 2. Oktober 2013, 4. Dezember 201, 3. März 2014 in Berlin, 25. Juni 2014 jeweils in Berlin

*Bericht_* Der DNK-Vorstand ist das höchste Gremium des DNK, trifft die zentralen inhaltlichen Entscheidungen und wählt das Sprecher_innen-Team. Er setzt sich aus vier Vertreter_innen des DBJR, drei Vertreter_innen des Rings Politischer Jugend (RPJ) und einer bzw. einem Vertreter_in der Deutschen Sportjugend (dsj) zusammen. Als ständige Gäste werden zum Vorstand die UN-Jugenddelegierten sowie die DNK-Außenvertreter_innen eingeladen. Der Vorstand kommt im Berichtszeitraum zu vier regulären Sitzungen zusammen. Zwischen den Sitzungen verständigt sich das Team der DNK-Sprecher_innen in Telefonkonferenzen über dringende Angelegenheiten. Diese finden ca. alle zwei Monate statt.

Zu den thematischen Schwerpunkten gehören die Begleitung der Arbeit des Europäischen Jugendforums (YFJ), der UN-Jugenddelegierten, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen der Bodensee-Benelux+-Kooperation (BBCplus), die Ostsee-Kooperation, das EU-Forum zur östlichen Partnerschaft sowie aktuelle Themen und Entwicklungen in der Arbeit des Europarats. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch der DNK-Mitgliedssäulen über ihr Engagement in der europäischen Kinder- und Jugendpolitik statt.

Im Dezember 2013 ist die Wahl des_der DNK-Sprecher_in und der stellvertretenden Sprecher_innen. Als neuer DNK-Sprecher wird Felix Deist (RPJ) gewählt. Inga Groth (RPJ), Benny Folkmann (dsj) und Tobias Köck (DBJR) werden als stellvertretende DNK-Sprecher_innen gewählt. Das Sprecher_innen-Team setzt sich zusammen aus dem_r DNK-Sprecher_in, den stellvertretenden Sprecher_innen und der DNK-Geschäftsführung. Die Aufgaben des Sprecher_innen-Teams sind, kurzfristige und dringende Fragen zu besprechen und ggf. in ihre jeweilige DNK-Mitgliedssäule zurück zu kommunizieren. Weiterhin entscheidet es gemeinsam über Entsendungsfragen und übernimmt eine wichtige Rolle in der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Veranstaltungen des DNK. Auch die inhaltlichen Vorbereitungen von DNK-Veranstaltungen erfolgen im Sprecher_innen-Kreis.

Im Dezember 2013 wird beschlossen, in Zukunft möglichst für die Dauer einer Amtszeit, die Zuständigkeit für einzelne Themenfelder einzelnen Teammitgliedern zu übertragen. Mit der Übernahme einer Zuständigkeit übernimmt die jeweilige Person die Federführung der inhaltlichen Arbeit zu dem jeweiligen Thema. Durch die Übernahme von Zuständigkeiten und Benennung von Ansprechpartner_innen nach innen und nach außen soll eine höhere Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit bei der Arbeit geschaffen werden.

Durch ein vierköpfiges Team erfolgt die Außenvertretung des DNK auf der europäischen Ebene. Das DNK organisiert die nationalen Bewerbungsverfahren zu europäischen Veranstaltungen, wie zum Beispiel die EU-Jugendkonferenzen. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ. Der DNK-Vorstand begleitet dabei hauptsächlich die europäischen und nationalen Entwicklungen hinsichtlich des Strukturierten Dialogs. Die jeweils ausgewählten Jugendlichen werden in Telefonkonferenzen oder Treffen jeweils intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet. Die Kommunikation unter den Außenvertreter_innen verläuft gut.

Für die Teilnahme an Veranstaltungen teilt sich das Team in Delegationen von zwei bis drei Personen auf. Dieses Verfahren hat sich bewährt und wird daher fortgesetzt. Jeweils drei deutsche Jugendvertreter_innen können im Berichtszeitraum zu den EU-Jugendkonferenzen vom 9. bis 12. September 2013 in Vilnius und 8. bis 11. März 2014 in Thessaloniki entsendet werden. Dem aktuellen Team gehören seit Juni 2014 folgende Personen an: Sebastian Vogt (aej), Juliane Schulz (dsj), Christin Henke (dsj) und Valérie Doan Phi van (Jusos/Delegierte fürs BKI, JEF). Die Ergebnisse von EU-Jugendkonferenzen werden von dem Außenvertretungsteam in Form eines Berichtes vorgelegt und im DNK-Vorstand beraten. Die Erfahrungen der Teilnehmenden fließen außerdem in die Arbeit der nationalen Arbeitsgruppe zur Begleitung des Strukturierten Dialogs ein.

Am 8. November 2013 feiern das DNK *50 Jahre DNK* in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin. Rund 100 Personen nehmen am Festabend teil, darunter 26 ausländische Gäste aus 13 Ländern. Neben Vertreter_innen der DNK-Säulen nehmen u. a. sieben (ehemalige und aktuelle) UN-Jugenddelegierte, 22 Vertreter_innen der Partner-Jugendringe in der BBCplus-Kooperation, eine Delegation des Belarussischen Jugendrings RADA sowie ein Vertreter_innen des Jugendministeriums an der Veranstaltung teil. Grußworte werden von Benny Folkmann (DNK-Sprecher), Michael Rüter (Leiter der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund) und Peter Matjašič (YFJ-Präsident) gehalten.

Die Kooperation mit Jugendstrukturen in Belarus bleibt weiter ein zentrales Thema des DNK-Vorstands. Der unabhängige Belarussische Jugendring RADA hat sich als verlässlicher Partner bewährt, der große Anstrengungen unternimmt, die Jugendinitiativen im Land zu schulen und einen möglichst regelmäßigen Austausch mit Jugendverbänden in Deutschland durchzuführen. Begegnungen unter dem Titel *Discover Belarus/Germany* werden seit 2009 angeboten und erleichtern eine direktere Zusammenarbeit zwischen den Jugendverbänden beider Länder auch auf regionaler oder lokaler Ebene.

In diesem Zusammenhang unternimmt DNK vom 10. bis 13. Oktober 2013 eine Delegationsreise *Discover Belarus 2013* nach Minsk, an der acht Personen aus DNK-Mitgliedsorganisationen teilnehmen. Ziel dieser Begegnung ist eine möglichst konkrete Kontaktaufnahme und Vereinbarung von Projekten zwischen deutschen und belarussischen Jugendstrukturen. Der Gegenbesuch ist vom 7. bis 10. November 2013 in Berlin. Die achtköpfige Delegation von RADA vertritt eine große Bandbreite an Organisationen in Belarus, die von traditionellen Jugendverbänden über parteipolitische Aktivist_innen bis hin zu Unterstützungsorganisationen reicht. Ziele des Delegationsbesuchs sind neben dem Erfahrungsaustausch mit Jugendorganisationen in Deutschland auch das Knüpfen bzw. Vertiefen von Kontakten mit Stiftungen und politischen Vertreter_innen.

Vom 27. bis 30. Mai 2014 wird in Minsk das gemeinsame Koalitionstreffen der Unterstützerjugendringe für RADA organisiert. Es nehmen neben dem DNK auch Vertreter_innen des Schwedischen Jugendrings (LSU), des Finnischen Jugendrings (Allianssi), des Polnischen Jugendrings (PROM) und der Österreichische Bundesjugendvertretung (BJV) teil, die starkes Interesse an der Koalition haben. Der Norwegische Jugendring (LNU) als einer der wichtigen Partner der Koalition sowie die Partner aus Litauen sind nicht anwesend. Das gemeinsame *Memorandum of Understanding* bildet die Grundlage der mulitilateralen Kooperation und ist mittlerweile von den beteiligten Jugendringen ratifiziert worden. Für die Koalition wäre es sehr positiv, wenn noch weitere Partner dazu kommen würden.

Vom 2. bis 7. Juni 2014 hält sich eine Delegation von RADA im Rahmen von *Discover Germany 2014* in Berlin auf, um am 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Berlin teilnehmen zu können. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit RADA ist für Herbst 2014 noch ein Jugendaustausch *Discover Belarus 2014* geplant. Nach gemeinsamen Absprachen zwischen DNK und RADA wird das Programm jedoch schwerpunktmäßig nicht auf der Suche nach passenden Partnern für gemeinsame Projekte basieren. Eher stehen thematische Workshops im Mittelpunkt der Maßnahme.

Das DNK schenkt auch 2013/2014 der Ostsee-Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit. Vor allem geht es um die Fortführung der Arbeit des Ostsee-Sekretariats für Jugendangelegenheiten und die Stärkung des Themas *Jugend* in den offiziellen Strukturen der Ostsee-Zusammenarbeit und des NGO-Forums der Ostsee-Zusammenarbeit. Im Fokus dabei steht die Schaffung eines Ostsee-Jugendforums, um die EU-Ostseestrategie im Jugendbereich mit Leben zu füllen. Das DNK unterstützt die Vernetzungsarbeit des bisherigen Sekretariats.

Bereits seit 1981 empfehlen die Vereinten Nationen (UN), dass Mitgliedstaaten Jugenddelegierte in ihre Delegationen aufnehmen, um eine direkte Form der Jugendbeteiligung zu sichern. Seit 2005 hat auch Deutschland jedes Jahr zwei Jugenddelegierte, die die deutsche Delegation zur Generalversammlung der Vereinten Nationen nach New York begleiten. Die gemeinsamen Träger des Programms sind das DNK und die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN). Die Jugenddelegierten setzen sich in New York für die Belange junger Menschen ein, indem sie den Diplomat_innen als „Experten_innen in Sachen Jugendfragen" die Sichtweisen von Jugendlichen und deren Zusammenschlüssen näher bringen. Um im Vorfeld zu erfahren, was junge Leute in Deutschland bewegt und was sie zu verschiedenen Themen zu sagen haben, gehen die beiden Jugenddelegierten vor ihrer Reise nach New York auf Deutschlandtour.

Über ihre zahlreichen Aktivitäten auf der Deutschlandtour und live über die UNO-Generalversammlung in New York informieren die Jugenddelegierten in ihrem Blog auf Facebook und unter 🌐*jugenddelegierte.de.*

Die beiden UN-Jugenddelegierten für 2013, Florian Nowack und Elise Zerrath, nehmen als deutsche UN-Jugenddelegierte an der UN-Generalversammlung vom 3. bis 26. Oktober 2013 teil. Die Aufenthaltsdauer von drei Wochen (im Vergleich zu den kürzeren Aufenthalten anderer UN-Jugenddelegierter) hat sich bewährt. So können die deutschen Jugenddelegierten bis zum Schluss an den Verhandlungen, die in den letzten Tagen am intensivsten sind, aktiv teilnehmen. Höhepunkt der Teilnahme ist die Rede der Jugenddelegierten am 7. Oktober 2013 im 3. Ausschuss der UN-Generalversammlung mit Fokus auf den Themen *soziale Inklusion*, *Bildung (formale und non-formale)* sowie *Jugendbeteiligung*. Die UN-Jugendresolution ist am 26. November 2013 mit 93 Stimmen verabschiedet worden, darunter sind 16 EU-Staaten. Es gelingt ihnen,

die Terminologie „sexual orientation and gender identity" in die Verhandlungen einzubringen. In der Deutschen Vertretung in New York richten die beiden UN-Jugenddelegierten am 16. Oktober 2013 den Side-Event zum Thema *LGBT-Rechte (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle) und die UN – wann beginnt die Liebesgeschichte?* aus. Die Diskussionsveranstaltung verläuft sehr erfolgreich, insbesondere was die Sensibilisierung für das Thema angeht. Es sind 32 Jugenddelegierte aus 21 Ländern anwesend. Unter den europäischen Jugenddelegierten gibt es eine gute Kooperation. Klärungsbedarf besteht noch hinsichtlich der Forderung nach einem permanenten UN-Jugendforum. Die deutsche Regierung hat Bedenken geäußert, unter anderem hinsichtlich fehlender Repräsentativität. Auch der DNK-Vorstand sieht noch Klärungsbedarf und wird sich mit dem Vorschlag ggf. bei einer Klausurtagung beschäftigen.

Am 30. Januar 2014 treffen die Jugenddelegierten UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in Berlin, das Treffen hat ein sehr positives Medienecho. Die Sitzung der UN-Sozialentwicklungskommission ist 10. bis 22. Februar 2014 in New York. Die beiden UN-Jugenddelegierten für 2013, Florian Nowack und Elise Zerrath, nehmen teil. Der Titel des Side Event ist *Family. It's your right to choose*. Dort geht es um die Themen *Reproduktive Rechte und Diversität in Familienmodellen*.

Als neue UN-Jugenddelegierte für 2014 werden Celina Greppler und Ozan Solmus ausgewählt, die im Februar 2014 ihre Arbeit aufnehmen. Zentrales Element des Jugenddelegiertenprogramms bleibt auch für die Jugenddelegierten 2014 die Deutschlandtour, bei der mehr als 50 Tourstationen absolviert werden und der Fokus auf benachteiligten Jugendlichen liegt. Die zahlreichen Forderungen und Anregungen der Jugendlichen fließen in die Rede in New York sowie in die Arbeit des DNK ein.

Vom 6. bis 10. Mai 2014 ist die Weltjugendkonferenz in Colombo/Sri Lanka, bei der Felix Deist und Celina Greppler das DNK vertreten. Vom 27. bis 29. Juni 2014 ist das United Nations Advocacy Meeting in Brüssel, an dem die beiden UN-Jugenddelegierten Celina Greppler und Ozan Solmus teilnehmen.

Die östliche Partnerschaftspolitik der EU bleibt im Fokus der Arbeit des DNK. Benny Folkmann nimmt an dem Side Event (*Youth Event*) des Nationalen Jugendrings der Republik Moldova in Kooperation mit dem Weißrussischen Jugendring RADA sowie dem Ministerium für Jugend und Sport der Republik Moldova am 3. Oktober 2013 in Chișinău teil, sowie am Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft vom 4. bis 5. Oktober 2013 in Chișinău. Darüber hinaus ist er auf der Civil Society Conference *Eastern Partnership Reality Check: Political Challenges and Future Agenda for Civil Society* vom 27. bis 29. November 2013 in Vilnius vertreten.

Des Weiteren nimmt das DNK an zahlreichen internationalen Konferenzen teil. An der Jubiläumsveranstaltung des Italienischen Jugendrings GNG (10 Jahre) am 26. Februar 2014 ist das DNK mit Felix Deist vertreten. Wie auch in den Vorjahren benennt das DNK 2014 mit Tobias Köck ein nationales Jurymitglied für den *Karlspreis für die Jugend*. In der Jury sind u. a. Mitglieder des Europäischen Parlaments aus unterschiedlichen Fraktionen vertreten.

*Ausblick_* 2014 soll das Konzept für die Zusammenarbeit mit Belarus weiterentwickelt und neue Veranstaltungsformate festgelegt und durchgeführt werden. Die UN-Jugenddelegierten werden im Oktober 2014 an der 69. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York teilnehmen. Nach einer ausgiebigen Deutschlandtour liegt der thematische Fokus vor allem auf benachteiligten Jugendlichen.

Die East European Youth Partnership (EEYP) bleibt ebenfalls ein wichtiges Themenfeld. Ziel ist ein Projektantrag bei der EU zur Stärkung der Jugendstrukturen. Weiterhin unterstützt das DNK die Durchführung einer Jugendveranstaltung, die parallel zum Forum der Zivilgesellschaft am 20./21. November 2014 in Georgien stattfinden soll.

Die Unterstützung der Sprecher_innen durch ein Außenvertretungsteam von vier Personen wird 2014/2015 fortgesetzt. Im Juni 2014 erfolgt die Neubesetzung von drei Positionen im DNK-Außenvertretungsteam.

Als neues Thema wird sich das DNK zu den Entwicklungen im Post-2015 Prozess positionieren. Eine Arbeitsgruppe aus den Außenvertretungen, den UN-Jugenddelegierten und den Jugenddelegierten für Nachhaltigkeit wird im Herbst 2014 gebildet, um sich inhaltlich mit dem Thema zu beschäftigen. Anfang 2015 soll dazu ein DNK-Roundtable zu Post-2015 stattfinden.

EUROPÄISCHES JUGENDFORUM

*Mitglieder_* Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit

*Termine_* 21. bis 23. November 2013 Rat der Mitglieder COMEM in Thessaloniki, 24. bis 26. April 2014 Rat der Mitglieder COMEM in Brüssel

*Bericht_* Das Europäische Jugendforum (YFJ) ist ein Zusammenschluss von rund 100 nationalen Jugendringen und internationalen Jugendorganisationen auf europäischer Ebene. Ziel des YFJ ist es, durch seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, dem Europarat und den UN-Organisationen auf Standpunkte von europäischen Jugendlichen aufmerksam zu machen. Es setzt sich für die aktive Partizipation junger Menschen an der Gestaltung Europas und für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ein. Außerdem unterstützt das YFJ die Arbeit seiner Mitgliedsorganisationen. Das YFJ kommt zweimal jährlich zu einer Gremiensitzung, dem Rat der Mitglieder, zusammen. Alle zwei Jahre findet eine Generalversammlung statt.

Der DBJR begleitet die Arbeit des YFJ über das DNK intensiv und bringt sich aktiv in die inhaltliche Arbeit ein. Mitglieder des DNK-Außenvertretungsteams sowie des Sprecher_innen-Teams nehmen an allen Treffen des Jugendforums teil. Darüber hinaus ist das DNK vom Vorstand für die Arbeitsperiode 2013/2014 in die YFJ-Arbeitsgruppe *Jugendarbeit* berufen worden. Die Vertretung übernimmt Sebastian Vogt (aej/Jusos). Falko Mohrs arbeitet noch bis Ende 2014 in der Finanzkontrollkommission mit, in die er als DNK-Vertreter auf der Generalversammlung gewählt worden ist.

Zentrales Thema der COMEM im November 2013 ist eine Debatte über eine Satzungsänderung. Inhaltliche Themen sind u.a. die Aktivitäten zur Europawahl 2014. Der Vorschlag des DNK für eine Doppelspitze im YFJ-Vorstand wird von der Mehrheit der Delegierten deutlich abgelehnt. Der Vorstand des DNK wird aber weiter am Thema bleiben. Viele Anträge werden aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben.

Der Rat der Mitglieder COMEM im April 2014 wählt Allan Päll zum neuen Generalsekretär, Vasia Alexandri (YEPP) wird in den Vorstand nachgewählt. Aus Sicht des DNK ist die Verabschiedung des Dringlichkeitsantrags zur Lage in der Ukraine ein zentraler Programmpunkt, über den kontrovers diskutiert, der aber anschließend nach heftiger Debatte und zahlreichen Änderungen ohne Gegenstimmen bei acht Enthaltungen angenommen wird. Den Antrag bringt das DNK ein, Zustimmung kommt auch von den Jugendringen aus der Ukraine und Russland. Nach einer Beratung in einer politischen Kommission wird entschieden, ab Juni 2014 eine Task Force zum Thema *YFJ – safe and inclusive environment* einzurichten. Zur Verbesserung der internen Kommunikation wird die neue Plattform *Yammer* vorgestellt.

Die Arbeitsgruppe *Jugendarbeit* kommt im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen, an denen Sebastian Vogt teilnimmt. Am 21.bis 23. März 2014 trifft sich die Arbeitsgruppe auf Einladung des DNK in Berlin. Schwerpunkt der Sitzung ist die Beratung über ein *Policy Paper on Youth Work*. Es fordert einen Paradigmenwechsel in der Debatte über die Anerkennung von Jugendarbeit. Bei der Sitzung regt Benny Folkmann in seiner Rolle als stellvertretener DNK-Sprecher ein stärkeres Engagement im Bereich der östlichen Partnerschaft an. Angesichts der aktuellen Lage in der Ukraine und der wenigen Aktivitäten des YFJ in der Region der östlichen Partnerschaft wird dieser Vorschlag geteilt. Die Arbeitsgruppe schlägt weiterhin eine Konferenz zum Themenkomplex Ost-West im großen YFJ-Kreis vor. Außerdem soll beim

anstehenden COMEM eine Resolution zur Situation in der Ukraine eingebracht werden. Dies übernimmt mit Unterstützung von BBCplus das DNK.

Darüber hinaus nimmt das DNK mit zwei Personen am Youth Event *For Quality Jobs* vom 11. bis 13. November 2013 in Paris teil. Das DNK regt für künftige Veranstaltungen eine klarere Struktur an, damit auch eine Kontinuität gewährleistet werden kann. Eine Delegation von Jugendvertreter_innen wird vom französischen Präsidenten empfangen. Einen Kontakt zu offiziellen Vertreter_innen der deutschen Regierung gibt es während der Konferenz nicht. Weiterhin nimmt das DNK mit zwei Personen an der Konferenz des YFJ über *Youth Employment: what next?* sowie an der Veranstaltung der Europäischen Kommission *On the Youth Guarantee* vom 7. bis 8. April 2014 in Brüssel teil. Eine für Juli 2014 in Turin geplante Fachkonferenz zur Jugendarbeitslosigkeit wird kurzfristig von der italienischen Ratspräsidentschaft abgesagt.

*Ausblick_* Vom 20. bis 23. November 2014 ist die Generalversammlung. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei die Wahlen in den YFJ-Vorstand. Derzeit prüft das DNK einen eigenen Kandidatenvorschlag. Weiterhin wird das DNK auch künftig an den Konferenzen des YFJ und der EU-Kommission zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit teilnehmen. Hier erfolgt eine hohe Wahrnehmung der Arbeit von Jugendorganisationen durch die europäischen Institutionen und durch die Mitgliedsstaaten. Für die nächste Arbeitsperiode des YFJ hat das DNK angeregt, als Follow up auf die Resolution zur Ukraine das Engagement in Osteuropa zu verstärken und der Region und der dortigen Arbeit der Jugendringe stärkere Aufmerksam zukommen zu lassen. Europäische Jugendhauptstadt 2015 wird Cluj-Napoca (Rumänien).

KINDER- UND JUGENDPLANKOMMISSION

*Mitglieder_* Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend – Vorsitzender), Haymo Dorn (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Florian Haggenmiller (DGB-Jugend), Frank Jelitto (djo – Deutsche Jugend in Europa), Markus Hoffmann (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Ottokar Schulz (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland e.V.), Jacqueline Weil (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände), Daniel Grein (DBJR-Geschäftsführer, bis 04/2014), Tom Urig, (DBJR-Geschäftsführer, ab 05/2014), Torsten Goede (DBJR-Referent Finanzen und Personal)

*Termine_* 18. November 2013, 30. Januar 2014, 20. Mai 2014, 03. Juli 2014, 3./4 September 2014 (Klausur), 18./19 November 2014 (geplant), 50. KW 2014 (Tagung , geplant)

*Bericht_* Schwerpunkte der Arbeit der KJP-Kommission im Berichtszeitraum sind:

- Aktive Mitarbeit an der Weiterentwicklung der Richtlinie zum Kinder- und Jugendplan, u.a. durch die Erarbeitung konkreter Vorschläge zur fachpolitischen Ausrichtung des Kinder- und Jugendplans, zur zukünftigen Ausgestaltung der Planungsgespräche und zur Neugestaltung der Förder- und Maßnahmearten. Zudem hat die KJP-Kommission den 2012 erstellten Forderungskatalog an die Weiterentwicklung der Richtlinie zum Kinder- und Jugendplan (Eckpunktepapier) grundlegend überarbeitet und entsprechend der Entwicklungen aktualisiert
- Durchführung verschiedenster Gespräche und Aktivitäten für eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Jugendverbände
- Erstellung des Verteilvorschlags für die KJP-Programme 10 und 14
- Durchführung von zwei KJP-Tagungen

*Ausblick_* Die KJP-Kommission wird den Prozess der Weiterentwicklung der Richtlinie zum Kinder- und Jugendplan aktiv in 2015 weiterbegleiten. Die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte 2015 erfolgt durch die KJP-Kommission auf der Sitzung am 18. November 2014.

STIFTUNG *JUGEND MACHT DEMOKRATIE*

*Kuratorium | sachkundige Bürger_innen_* Detlef Raabe (Vorsitzender), Mike Corsa, Gaby Hagmans (bis 05/2014), Ursula Fehling (ab 06/2014)

*Vertreter der Mitgliedsorganisationen_* Andreas Bierod (RDP, RdP, bis 05/2014), Jens-Peter Jensen (LJR Schleswig-Holstein, bis 05/2014), Marcel Päßler (Soli-Jugend), Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend, ab 06/2014), Jacqueline Weil (RDP, RdP ab 06/2014)

*Vertreter des DBJR-Vorstands_* Immanuel Benz (ab 01/2014), Alexander Bühler (bis 12/2013)

*Stiftungsvorstand_* Ursula Fehling (bis 12/2013), Sven Frye (bis 12/2013), Daniel Grein, Stephan Groschwitz (ab 01/2014), Lisi Maier (ab 01/2014)

*Bericht_* Zur Erfüllung des Stiftungszwecks hat sich die Stiftung 2013 mit der Vergabe eines Sonderpreises an der Heinz|Westphal|Preis-Verleihung 2013 beteiligt. Der Preis prämiert besondere ehrenamtliche Aktivitäten junger Menschen in den Bereichen Demokratieförderung und Partizipation. Der Preis ging an das Projekt *1.000 Kilometer gegen Rechts* der Kreisjugendfeuerwehr Stade.

AUSSENVERTRETUNGEN

AKADEMIE REMSCHEID

*Vertretung_* Kerstin Guthmann (Bund Deutscher Pfadfinder_innen), Albert Fußmann (Bayerischer Jugendring), Günter Klarner (Naturfreundjugend Deutschlands).

*Aufgabe_* Die Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung e.V. (ARS) ist das zentrale Fortbildungsinstitut für Multiplikator_innen der kulturellen Jugendbildung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger der ARS ist ein gemeinnütziger Verein, in dem die Praxisfelder der Kinder- und Jugendarbeit und der kulturellen Bildung sowie der ausbildenden Hochschulen vertreten sind. Der DBJR hat in diesem Trägerverein drei Sitze, die durch Albert Fußmann (BJR), Günter Klarner (NFJD) und Kerstin Guthmann (BDP) besetzt sind. Kerstin Guthmann und Günter Klarner sind seit einigen Jahren stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins. Die ARS entwickelt und begleitet in Zusammenarbeit mit den Fortbildungsteilnehmer_innen eine Vielzahl von Praxisprojekten und ist selbst Träger von bundesweit und international wirksamen Modellprojekten und Initiativen, die neue Impulse setzen und fachliche Innovationen anregen.

*Termin_* Jährliche Mitgliederversammlung des Trägervereins; der Vorstand tagt etwa vier Mal jährlich.

*Bericht_* Analog zum vorigen Berichtszeitraum standen für 2013/2014 neben haushaltstechnischen und finanzpolitischen Fragen auch wieder personelle Entscheidungen auf der Tagesordnung. Durch vorwiegend altersbedingten Personalwechsel entstanden und entstehen im Rahmen von Entscheidungen zur Neubesetzung immer auch Fragen der inhaltlichen Ausrichtung und Neuorientierung von Dozenturen und Zielausrichtungen der ARS. In den vergangenen Monaten stand die Verabschiedung des seit 26 Jahren im Dienst der Akademie Remscheid stehenden Direktors an. Damit verbunden stand für den Vorstand der ARS die Begleitung bei der Einarbeitung der Nachfolgerin Dr. Susanne Keuchel im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde durch die DBJR Vertreterin angeregt, den Kontakt zur DBJR Geschäftsstelle und zum Geschäftsführer zu aktivieren, was in einem persönlichen Treffen Anfang des Jahres auch geschah.

Die Fortbildungsangebote und kulturpädagogischen Projekte richten sich auf die Branchen kulturelle Jugendbildung (musisch, künstlerisch, spielerisch, bildnerisch, darstellerisch), Lebensweltorientierung (Schule, Familie, Freizeit, Medien), Jugendhilfe, Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen (Förderziele, Inklusion, Partizipation), Beratung und Coaching in sozialen und kulturellen Kontexten.

In der Akademie sind Fortbildungsformate, Inhalte und Impulsprojekte stark auf eine interdisziplinäre und interkulturelle Ausrichtung gezielt: Einrichtungen und pädagogische Fortbildungsangebote in den Bereichen Musik, Literatur, Rhythmik, Tanz, Theater, Spiel, Medien, Bildende Kunst und Werken stellen sich dabei gleichermaßen den pädagogisch-fachlichen Herausforderungen der kulturellen Integration. Fachtheoretische Publikationen dienen als Reflexionshilfen für die gelingende Praxis und geben Tipps, Tricks und Methoden, von denen jede Fachkraft und jede_r Multiplikator_in vor oder nach einer Fortbildung in den örtlichen Strukturen zehren kann.

Ein relevantes Großprojekt der ARS ist der jährliche bundesweit ausgerichtete dreitägige Spielmarkt an der Akademie Remscheid, die bundesweite Fachmesse für alle Multiplikator_innen der Kinder- und Jugendarbeit. Der Spielmarkt bietet bundesweit hoch reputierte Referent_innen, Workshops, Anbieter von Spielen, Fachverlagen und Publikationen.

*Ausblick_* Die Akademie Remscheid steht in den Jahren 2013 bis 2017 weiter vor einem Generationswechsel. Schon frühzeitig beschäftigen sich der Trägerverein und der Vorstand mit dem bevorstehenden Wechsel und den damit verbundenen Zielausrichtungsfragen der ARS. Sicher wird der Themenbereich kulturelle Bildung (auf den informellen, nonformalen und formelle Gebieten) weiterhin die Themenspezialität der ARS sein. Es werden sich aber die Fragen stellen, wie und womit der *Kultur-Rucksack* für Kinder und Jugendliche gefüllt werden kann und soll. Ein wesentliches Projekt ist die Einrichtung und Durchführung des Qualitätsverbunds im Gesamtprogramm *Kultur macht Stark – Bündnisse für Bildung*, indem der DBJR als Programmpartner mit dem BMBF arbeitet.

In welche Richtung die Konzepte in den Fachbereichen und den sich daraus ergebenden übergeordneten Vertretungsthemen hin entwickeln, können in einem Dialog zwischen den im Trägerverein vertretenen Praxisfeldern, also auch dem DBJR, und dem Personal der Akademie sowie den Fachministerien auf Landes- (NRW) und Bundesebene geführt werden.

Zusammenfassend bleibt zu erwähnen, dass die Fortbildungsangebote auf der Basis sowohl hoher personeller Kontinuität, wie auch finanzieller relativen Stabilität, als auch einer hautnahen Praxisrelevanz konzipiert sind. Hier greifen jugendpolitische Entwicklungen aus der Feldarbeit in die Akademie Remscheid ein und werden dort künstlerisch, pädagogisch, ästhetisch, kreativ aber vor allem professionell reflektiert und für die Anforderungen der Jugendarbeit vor Ort bzw. die Bedürfnisse der Mitarbeiter vor Ort beantwortet oder weiterentwickelt oder per Impulsgebung wieder in die Jugendarbeit gegeben. Nicht selten werden, quasi als Nebenprodukt einer Fortbildung, Arbeitsstrukturen vor Ort oder Persönlichkeiten der Einrichtungen in ihren Arbeitsfeldern und für die pädagogischen, politischen oder finanzpolitischen Herausforderungen gecoacht, motiviert und stabilisiert. Ein Blick in das Fortbildungsprogramm lohnt sich.

ARBEITSKREIS FÜR JUGENDLITERATUR

*Vertretung_* Frauke Spilker (Arbeiter-Samariter-Jugend)

*Aufgabe_* Teilnahme mit Stimmberechtigung an den Sitzungen des Arbeitskreises für Jugendliteratur (AKJ), der sich neben der Verleihung des Jugendliteraturpreises in verschiedenen Projekten für die Leseförderung bei Kinder und Jugendlichen engagiert.

*Termin_* 14. März 2014 im Rahmen der Buchmesse Leipzig (Mitgliederversammlung)

*Bericht_* Der Arbeitskreis für Jugendliteratur hat im Zuge der letzten Mitgliederversammlung den Tätigkeitsbericht und die Finanzen erörtert. Die Mitglieder haben den Vorstand entlastet. Im vergangenen Jahr gab es Proteste, dass für die Verleihung des Jugendliteraturpreises zu wenige einheimische Autor_innen berücksichtigt werden. Der Vorstand hatte auf diese Proteste sofort reagiert, stichhaltige Gegenargumente vorgebracht und zu einer Diskussionsrunde geladen, die jedoch aufgrund mangelnder Beteiligung im Sande verlief. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde die Angelegenheit nochmals diskutiert, mit Fokus auf die Frage, wie man den Standpunkt des Vorstandes am besten vermitteln sollte.

Zudem wurden die Vorschritte im letztjährig vorgestellten Projekte *Literanauten* (🌐literanauten.org) erörtert. Seit der Versammlung im letzten Jahr, sind sie vorgesehenen Gelder freigegeben worden, und die ersten Leseclubs haben Konzepte entwickelt und Veranstaltungen durchgeführt. So fanden unter anderen ein Krimi-Dinner, ein Poetry Slam, mehrere Lesungen und Workshops statt, in denen die Mitglieder von Leseclubs andere Kinder und Jugendliche für Literatur begeistert haben.

Das Projekt geht nun in sein zweites Jahr und der Arbeitskreis sucht bundesweit nach weiteren Leseclubs, die sich beteiligen wollen.

*Ausblick_* Dem Vorstand steht ein Umbruch bevor. Im nächsten Jahr endet die Amtsperiode der augenblicklichen Mitglieder und nicht alle werden sich zur Wiederwahl aufstellen lassen. Der DBJR hat 2014 seine Mitgliedschaft beendet.

BUNDESAUSSCHUSSES FÜR POLITISCHE BILDUNG

*Vertretung_* Thomas Gill (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken) bis April 2014; Melanie Ebell (Landesjugendring Brandenburg) ab Juni 2014; Stellvertretung: Christian Weis (DBJR)

*Aufgabe_* Im Bundesausschuss für politische Bildung (bap) haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen. Weitere Informationen: www.bap-politischebildung.de.

*Termin_* 12. November 2013 und 21. Mai 2014 in Berlin

*Bericht_* In Verbindung mit der Neuwahl des Vorstands im November 2013 vereinbarte der bap, sich eine geeignete Rechtsform zu geben, um künftig eigenständig und aufgrund eigener Rechtsgeschäfte handeln zu können. Der Vorstand empfiehlt die Form des eingetragenen Vereins (e.V.). In diesem Zusammenhang wurde ein Prozess zur Verständigung über künftige Aufgaben und Funktion des bap gestartet. Der DBJR hat sich mit einer Zuarbeit eingebracht.

*Ausblick_* Auf der Mitgliederversammlung am 12. November 2014 wird anhand des dann vorliegenden Satzungsentwurfs die zukünftige Rechtsform aber auch die zukünftigen Aufgaben und Funktionen des bap zu diskutieren sein. Wenn die geplante Satzung am Ende des Diskussionsprozesses vorliegt, muss der DBJR entscheiden, ob er dem neuen e.V. beitritt.

BUNDESNETZWERK BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

*Vertretung_* Christian Weis (DBJR)

*Aufgabe_* Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von ca. 250 Akteur_innen aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft und Kommunen. Das übergeordnete Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Der DBJR ist „geborenes" Mitglied des Koordinierungsausschusses (KOA). Der Koordinierungsausschuss des BBE entspricht einem Hauptausschuss mit der zusätzlichen Aufgabe der Koordinierung der Arbeits- und Projektgruppen des BBE.

*Termin_* Koordinierungsausschuss: 17.Oktober 2013 und 20. März 2014 jeweils in Berlin; Mitgliederversammlung: 22. November 2014 in Berlin; darüber hinaus fanden mehrere Sitzungen der Arbeitsgruppen des BBE sowie weitere Termine (z. B. Jahresempfang, Fachveranstaltungen) statt.

*Bericht_* Im BBE hat ein Prozess der Neuausrichtung hin zu einer Wissens- und Kompetenz-Plattform und zur Verbesserung der Qualität der Netzwerkarbeit begonnen. Der KOA des BBE hat im Oktober 2013 drei zentrale Erwartungen an die Engagementpolitik der neuen Bundesregierung formuliert, eine fachliche Kommentierung des Koalitionsvertrags aus engagementpolitischer Sicht wird durch die Geschäftsstelle erarbeitet. Aufgrund seiner Struktur wird im BBE immer wieder deutlich, dass nicht nur das Engagement an sich und die Organisationen der Zivilgesellschaft äußert vielfältig sind, sondern auch die Sichtweisen auf das Bürgerschaftliches Engagement. Dabei ist die Sicht der Jugendverbände, die Sicht aus der Perspektive (junger) Menschen, die sich selbstorganisiert aus Interesse an einer Sache, aus Spaß usw. und oft werteorientiert engagieren, eine Mindermeinung.

Sehr deutlich wird dies bei dem Versuch, ein Impulspapier *Bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel* zu verabschieden. Am mehrheitlich getragenen Entwurf hat der DBJR grundsätzliche Kritikpunkte, v.a. dass überwiegend die Sicht der jetzt älteren Generation und ihrer Herausforderungen widergespiegelt wird und die der jetzt jungen Generation meistens fehlen. Gegen Ende des Berichtszeitraumes wurde ein Verfahren verabredet, wie das Papier i.S. des DBJR qualifiziert werden kann.

*Ausblick_* Die zukünftige Rolle des BBE in der Engagementpolitik auf Bundesebene ist aufgrund der noch nicht erkennbaren Positionierung des BMFSJ zum BBE (inkl. Förderung) noch nicht abzusehen. Nach wie vor messen die Länder dem BBE eine große Rolle zu und unterstützen es entsprechend. Die sehr unterschiedliche Sicht auf Engagement bedeutet für den DBJR, immer wieder zwischen dem gemeinsamen Interesse an ermöglichenden und förderlichen Rahmenbedingungen sowie der Notwendigkeit, diese möglichst gemeinsam einzufordern und der ebenso notwendigen Auseinandersetzung über die grundlegenden Fragen des Engagements und die Rollen von Engagement, Staat und Zivilgesellschaft abzuwägen.

BUNDESPRÜFSTELLE FÜR JUGENDGEFÄHRDENDE MEDIEN

*Vertretung_* Eike Rösch (Bund Deutscher Pfadfinder_innen); Stellvertretung: Anna Grebe (Bund der Deutschen Katholischen Jugend)

*Aufgabe_* Das *12er-Gremium* der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) trifft Grundsatzentscheidungen u.a. darüber, ob bestimmte Medien die „Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit [...] gefährden" (vgl. JuSchG, §§17-25) und daher in Indizierungslisten aufgenommen werden. Diese Medien dürfen dann Kindern und Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden.

*Termin_* 10. Oktober 2013 sowie 6. Februar 2014 in Bonn

*Bericht_* Einige der Indizierungsverfahren (insbesondere rechtsextreme Medien) haben mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen als andere, darüber hinaus gab es keine außergewöhnlichen Entwicklungen im direkten Zusammenhang mit der Bewertungspraxis der BPjM. Bemerkenswert ist der sogenannte „BPjM-Leak" vom Juli 2014: Ein_e unbekannte_r Spezialist_in hat nach eigenen Angaben die verschlüsselten (Website-)Indizierungslisten des „BPjM-Modul" entschlüsselt und als Klartext (im Internet) verfügbar gemacht. Dieses Modul macht es möglich, dass etwa bei bestimmten Routern oder Jugendschutzfiltern auf Wunsch indizierte Websites gesperrt werden können. Die BPjM widerspricht (Stand 19. Juli 2014) der Darstellung des_der Aktivist_in und betont, evtl. Qualitätsmängel zu analysieren.

*Ausblick_* Der BPjM-Leak zeigt einmal mehr in deutlicher Form die beschränkten Möglichkeiten des Jugendschutzes im Netz bzw. die unzureichende Umsetzung von technischen (Filter-)Lösungen. Die BPjM steckt hier in einem Dilemma und – wie bei der Diskussion um den JMStV auch – muss weiter diskutiert werden, wie Jugendschutz im Netz gewährleistet werden kann, ohne sich in Scheinlösungen zu flüchten.

Weiterhin aktuell ist darüber hinaus die strukturelle Schwäche, die das 12er-Gremium auszeichnet und die schon Gegenstand vergangener Berichte war. Daher wird das nochmals hier zitiert: „Das 12er-Gremium entscheidet über alle Arten von Medien, also insbesondere Musik-CDs, Videospiele und auch Filme. Hierdurch ist es nur schwer möglich, dass alle Beteiligten breite Erfahrungen in der Beurteilung dieser Medien haben. Daher ist oft zu beobachten, dass beispielsweise Filme oder Videospiele begutachtet werden, die erfahrenen FSK-/USK-Prüfer_innen harmlos erscheinen, bei mit dem jeweiligen Medium unerfahrenen Gremiumsmitgliedern aber große Entrüstung auslösen.

Eine Indizierung ist immer auch im Zusammenhang mit der Meinungs- bzw. künstlerischen Freiheit zu betrachten. Wenn die Veröffentlichungswege also durch die BPjM beschränkt werden, sollte diese Entscheidung möglichst fundiert gefällt werden, d.h. die Entscheider_innen sollten über ein breites Hintergrundwissen und Erfahrung in der Beurteilung der Medien verfügen, also beispielsweise ein breites Repertoire an Filmen oder Computerspielen kennen. Die teilweise mangelnde Fachlichkeit und Erfahrung der Gremiumsmitglieder bei der BPjM stellt daher in Frage, ob eine schwerwiegende Entscheidung wie eine Indizierung in dieser strukturellen Konstellation ausreichend fundiert getroffen werden kann. Es sollte im Interesse des DBJR sein, auf eine Änderung dieser Praxis hinzuwirken."

DEUTSCHES JUGENDHERBERGSWERK

*Vertretung_* Wolfgang Walter (Deutsche Wanderjugend); Miriam Wolters (Deutsche Schreberjugend)

*Aufgabe_* Aus den Reihen der über 100 körperschaftlichen Mitglieder des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH) hat die Mitgliederversammlung des Hauptverbandes 2010 insgesamt 17 Delegierte für fünf Jahre gewählt, darunter die Vertreterin und den Vertreter des DBJR. Sie setzen sich vor allem für die Interessen und Bedürfnisse der jugendlichen Nutzer_innen von Jugendherbergen ein.

*Termin_* Versammlung der körperschaftlichen Mitglieder am 27. September 2013 in Frankfurt a. M. und 22. November 2013 in Nürnberg; Hauptversammlung am 23. November 2013 in Nürnberg

*Bericht_* Momentan gibt es Probleme mit der Marke *JUGENDHERBERGE* und das *JHB* befindet sich noch in einem Markenführungsprozess. Innerhalb einer Markenstrategie wurde sich noch einmal mit dem Begriff *Jugendherberge* auseinandergesetzt (in 2012 gab es 10 Mio. Übernachtungen).

- Die Herbergseltern und die körperschaftlichen Mitglieder (dazu gehört auch der DBJR) sind ganz neu im Vorstand vertreten und haben Anrecht auf ein_e Vertreter_in.
- Die Zukunft der Jugendherbergen liegt im Alleinstellungsmerkmal. So wird es in Zukunft weniger Großstadthäuser geben, sondern eher kleinere, die unter anderem eine Chance auf öffentliche Förderung haben.
- Alle Jugendherbergen haben eine Selbstverpflichtung zur Barrierefreiheit.
- Bildungsarbeit in der JHB steht für Qualität und Vielfalt. Sie soll innovativ und nachhaltig in den Angeboten sein. Bisher werden 3500 Programme in deutschen Jugendherbergen angeboten (im Schnitt bietet jede JHB sieben Programme an). Im Klassenmobil sollen verschiedene Angebote gebündelt werden, je nach Region. Lernort JHB soll Lernchancen durch besondere Lernorte geben.
- Der Vorstand bekommt in Zukunft eine (Aufwands-)Entschädigung.
- DJH Berlin-Ostkreuz wird in einer Fördergemeinschaft von verschiedenen Landesverbänden vorangetrieben. Der Bau soll in jedem Fall stattfinden und beim DJH bleiben; ggf. soll daraus eine Trägergesellschaft entstehen, die das Haus betreibt.
- Ein Onlinefeedbacksystem ist geplant. Ansonsten gab es mehrere Befragungen und *Mystery-Aktionen* (Fremdtester_innen in den Häusern), die nun ausgewertet werden sollen.
- Anfang 2014 fand eine Restrukturierung des Hauptverbandes statt. Detmold als Geschäftsstellenort bleibt. Die GmbH und Hauptverband werden zusammengeführt. Es gibt zwei Geschäftsführungen (m/w).
- Eingebracht wurde von den Jugendverbänden, den DBJR als Expert_in für Jugend im Bereich Fortbildungen anzusprechen.

Die Jugendverbände brachten als Kritik im Satzungsänderungsvorschlag ein, dass der Begriff *Non-formale Bildung* im Kontext Schularbeit und vor allem innerhalb der Klassenfahrt genannt wird; dies ist so nicht richtig, da u.a. Klassenfahrten Teil des Lehrplans sind und somit der Begriff im Kontext falsch ist. Denn nur weil ein Lernort außerhalb des Klassenzimmers liegt, bedeutet dies nicht automatisch, dass es sich um non-formale Bildung oder non-formales Lernen handelt.

*Ausblick_* In der Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWI) ist das Bundesprojekt Kinder und Jugendtourismus das Herzstück. Ergebnisse der Marktstudie *JUGENDREISEN* werden auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) im März 2014 vorgestellt und sind auch online zu finden: *kinder-und-jugendtourismus.de/marktanalyse/ergebnisbericht-der-grundlagenstudie*

In Folge dessen wurde die Zielgruppe *Jugend* und *Junge Erwachsene* in den Fokus gerückt; ein verstärktes marketingtechnisches Vorgehen soll in diese Richtung erfolgen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 22. November 2014 in Prora statt.

DEUTSCHES JUGENDINSTITUT

*Vertretung_* Daniel Grein (DBJR)

*Aufgabe_* Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet. Es entstand 1963 aus dem Deutschen Jugendarchiv in München und dem Studienbüro für Jugendfragen in Bonn. Heute ist es bundesweit das größte außeruniversitäre sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien. Über 140 wissenschaftliche Mitarbeitende untersuchen langfristig und systematisch die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien sowie darauf bezogene öffentliche Angebote zu ihrer Unterstützung und Förderung.

*Termin_* Mitgliederversammlung am 20. September 2013 in München

*Bericht_* Auf der Mitgliederversammlung wurde die vergangene und laufende Arbeit des DJI sowie die Forschungsplanung und die Forschungsschwerpunkte von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des DJI, sowie Frau Prof. Dr. Sabine Walper, stellvertretende Direktorin des DJI, vorgestellt. Turnusgemäß fanden Wahlen zur Aufnahme in die Mitgliederversammlung statt. Neu bzw. wiedergewählt wurden: Dr. Hans Dietrich (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg), Burkhard Hintzsche (Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf), Norbert Hocke (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berlin), Prof. Dr. Nadia Kutscher (Universität Vechta), Martina Liebe (Bayerischer Jugendring, München), Prof. Dr. Thomas Olk (Martin-Luther-Universität, Halle/Wittenberg), Jeannette Otto (Redakteurin, DIE ZEIT), Prof. Dr. Paula-Irene Villa (Ludwig-Maximilians-Universität, München), Dr. Ursula Weidenfeld (Dr. Weidenfeld&Heckel GbR, Potsdam). Wolfgang Stadler wurde neu ins Kuratorium des DJI gewählt.

Inhaltlich hat sich die Mitgliederversammlung darüber hinaus mit den Ansätze zur Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) sowie der Evaluation des Bundesprogramms *Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder* beschäftigt. Im Berichtszeitraum bestanden außerdem Kontakte zum DJI und dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund in verschiedenen Themenfeldern wie der Entwicklung der KJP-Richtlinie, Jugendverbandsforschung, eigenständige Jugendpolitik und außerschulische Jugendbildung, sowie der Jugendhilfestatistik.

*Ausblick_* Die konstruktive Zusammenarbeit mit dem DJI wird auch in Zukunft in vielen verschiedenen Kontexten weitergeführt. Das DJI bleibt für den DBJR der erste Ansprechpartner im Bereich Jugendforschung.

DEUTSCH-CHINESISCHE FACHGESPRÄCHE

*Vertretung_* Hetav Tek (DBJR)

*Aufgabe_* Ziel der Deutsch-Chinesischen Fachgespräche ist, sich über den Stand der Jugendpolitik, über Programme zur Jugendförderung sowie über die Arbeit der Jugendorganisationen des Partnerlandes zu Informieren und gemeinsame Verabredungen zur Kooperation zu treffen. Grundlage der Gespräche ist die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Allchinesischem Jugendverband der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendhilfe vom 14. September 2006.

*Termin_* 6. bis 8. Mai 2014 in Qingdao

*Bericht_* Die deutsche Seite des Fachgespräches wurde durch Vertreter_innen des BMFSFJ, des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig Holstein, der Deutschen Sportjugend, des DBJR und der Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. besetzt. Parallel zum Deutsch-Chinesischen Fachgespräch fand die 3. Deutsch-Chinesische Partnerbörser statt. Ziel der Partnerbörse ist, bereits vorhandene Partnerschaften zu verstetigen und neue aufzubauen. Während der Fachgespräche sind sich beide Seiten einig, die sich entwickelten Austauschbeziehungen zu unterschützen und dieses geeignete Konzept der Partnerkonferenz fortzuführen.

Beide Seiten haben sich darauf verständigt, die Jugendorganisationen beider Länder in dem Aufbau der Partnerschaften zu unterstützen und zu prüfen, welche Möglichkeiten darüber hinaus für weiterführende Austauschprojekte benötigt werden, um einen nachhaltigen und intensiven deutsch-chinesischen Jugendaustausch auf den Weg zu bringen. Die Delegationen informierten sich gegenseitig über die aktuellen jugendpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China.

Die Kriterien für die Vorbereitung und Durchführung bilateraler Programme aus dem Jahr 2009 wurden bekräftigt. Beide Seiten versicherten ihre weiterbestehende Bereitschaft zur Unterstützung eigenständiger bilateraler Austauschprogramme von Jugendverbänden, Jugendringen, Jugendorganisationen und sonstigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

*Ausblick_* Für das Jahr 2014 sind derzeit 35 bilaterale Programme geplant. 2015 werden die Deutsch-Chinesischen Fachgespräche in Deutschland stattfinden.

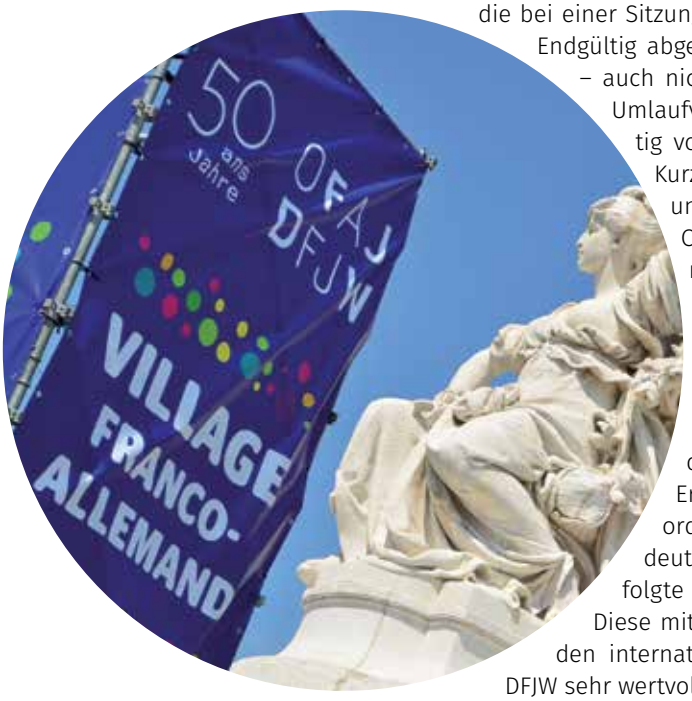
DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK (BEIRAT)

*Vertretung_* Dr. Jan Heinisch (Deutsche Jugendfeuerwehr)

*Aufgabe_* Der Beirat berät die inhaltliche Orientierung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), seine Schwerpunkte und Programme. Er ist neben dem Verwaltungsrat, der sich vor allem um den Haushalt, die Organisation und Personalfragen kümmert, das zentrale Gremium zur Gestaltung der Arbeit des DFJW. Der Berichterstatter ist in der laufenden Wahlperiode auf deutscher Seite Vorsitzender des Gremiums.

*Termin_* 13./14. Juni 2013 in Paris sowie 23./24. Juni 2014 in Genshagen bei Berlin

*Bericht_* Das Jahr 2013 stand ganz im Zeichen des 50-jährigen Bestehens des DFJW. Über die Sitzung 2013 wurde ebenso wie über die zentralen Jubiläumsfeierlichkeiten bereits im vorangegangenen Außenvertretungsbericht berichtet. Auf der Sitzung 2013 konnte die Frage der Einführung sinnvoller Indikatoren für die Arbeit des DFJW und seiner Partner nicht abschließend beraten werden. Daher hat der Beirat eine multimedial unterstützte Arbeitsgruppe (Videokonferenz von den Standorten Berlin und Paris) eingerichtet, die bei einer Sitzung die Arbeit an den Indikatoren fortgesetzt hat. Endgültig abgeschlossen ist sie indessen nach wie vor nicht – auch nicht nach der Beiratssitzung 2014. Im Wege des Umlaufverfahrens wurde nach der Sitzung die kurzfristig von politischer Seite aufgekommene Idee eines Kurzzeit-Individualaustauschprogrammes beraten und profiliert. Die Vertreter_innen von DBJR und CNAJEP haben ihre diesbezügliche Stellungnahme eng abgestimmt und gemeinsam abgegeben.



Die Sitzung 2014 wurde bei einem Seminar des DBJR und seines französischen Partnerverbandes CNAJEP (Comité pour les Relations Nationales et Internationales des Associations de Jeunesse et d'éducation populaire) inklusive Erstellung gemeinsamer Positionen zu den Tagesordnungspunkten vorbereitet. Eine Absprache der deutschen und französischen Beiratsmitglieder erfolgte überdies im unmittelbaren Vorfeld der Sitzung. Diese mittlerweile etablierten Arbeitsstrukturen sind für den internationalen Austausch und die Gremienarbeit im DFJW sehr wertvoll.

Die Vorsitzenden haben darauf gedrungen, den Beginn mit vier Workshops zu gestalten, die inhaltlich Themen der Beiratssitzung aufgreifen. In Absprache mit den Generalsekretären waren dies das Verhältnis von formeller und non-formeller Bildung, die Zusammenarbeit von Bürgergesellschaft und Institutionen zwischen beiden Ländern, deutsch-französischer Jugendaustausch im Kontext europäischer Jugendpolitik sowie erneut die Indikatoren mit einem besonderen Blick auf bislang unterrepräsentierte Zielgruppen.

Aus der eigentlichen Beiratssitzung ist zunächst die Diskussion um neue Programme des DFJW berichtenswert: *Young Leaders*, das künftige und angehende Führungskräfte und Multiplikatoren ansprechen soll, wurde vom Beirat mit vielen Verbesserungshinweisen bedacht. *Fokus*, das schulische und außerschulische Jugendarbeit bei Projekte zusammenbringen soll, wird zunächst testweise und ohne zu hohe quantitative Erwartungen starten. Das Kurzzeit-Individualaustauschprogramm wirft ganz besonders die Frage seiner Finanzierung auf, da die Mittel schon nicht zur Finanzierung der bisherigen Programmlinien ausreichen. Neben der inhaltlichen Profilierung hat der Beirat die zunächst vorgesehene Fokussierung auf Pilotprojekte gut geheißen.

Die von den Generalsekretären eingebrachte, erneute Änderung der DFJW-Förderrichtlinien wurden vom Beirat einvernehmlich und nach ebenso kritischer Stellungnahme durch die Ministerien in eine Arbeitsgruppe verwiesen, die der Beirat in der Sitzung gebildet und personell besetzt hat. Die vorgesehenen Modifikationen waren entgegen erster Bekundungen durchaus tiefgreifend und noch zu unscharf.

*Ausblick_* Die Amtszeit des aktuellen Beirats (und natürlich auch des Verwaltungsrats) endet mit Ablauf des Jahres 2014. Dies gilt ebenfalls für das Mandat der französischen Generalsekretärin. Kernaufgabe der nächsten Monate wird also sein, neben der Rekrutierung von Kandidat_innen für die Gremien eine Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten. Die vorhandenen Strukturen der engen und guten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern beider Gremien und zwischen beiden Ländern (DBJR und Partnerorganisation CNAJEP) gilt es zu festigen, um im Sinne der deutsch-französischen Jugendarbeit und der Partner_innen des DFJW, die im DBJR organisiert sind, weiterzuarbeiten. Inhaltlich bleiben aus Sicht des DBJR und seiner Mitgliedsverbände die Indikatoren, die Richtlinien und die Finanzierung des DFJW insgesamt die zentralen Themen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK (VERWALTUNGSRAT)

*Vertretung_* Felix Beck (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend e.V.), stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats.

*Aufgabe_* An der Spitze des Jugendwerks steht seit 2006 der Verwaltungsrat, der sich aus 14 Mitgliedern zusammensetzt und in dem die für Jugendfragen zuständigen Minister beider Länder den Vorsitz haben. Mit Ausnahme der beiden Jugendvertreter_innen sind alle Mitglieder Vertreter_innen von Regierungen oder Regierungsfraktionen. Seine Hauptaufgaben sind laut Abkommen die Festlegung der vorrangigen Maßnahmen des Jugendwerks, der Beschluss der Programme sowie des Haushaltsplans. Der Verwaltungsrat tritt in der Regel einmal jährlich zusammen, abwechselnd in Deutschland und Frankreich.

*Termin_* 2. Dezember 2013 in Berlin

*Bericht_* Das zurückliegende Jubiläumsjahr des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) wurde neben vielfältigen Feiern und auch durch eine dauerhafte Erhöhung der Regierungsbeiträge um insgesamt zwei Millionen Euro geprägt. Auch und vor allem im Bereich der außerschulischen Maßnahmen ist eine konstant hohe Nachfrage zu verzeichnen, die in den vergangenen Jahren stets rückläufigen Mitteln entgegenstand. Die dauerhafte Mittelerhöhung kann somit weitere Kürzungen der Fördersummen vorerst verhindern.

Sorgen bereiten im Rückblick auf die Jahre 2011/12 erhebliche Minderausgaben im Zweckmittelbereich, obwohl viele Anträge gar nicht oder nicht in der beantragten Höhe bewilligt wurden. Die Minderausgaben werden mit Mittelrückflüssen aus abgesagten oder verkleinerten Maßnahmen begründet. Aufgrund der oft kurzfristigen oder gar nachträglichen Mitteilungen an das DFJW sei eine Neuvergabe in der gleichen Saison häufig nicht möglich. Daher wurde abermals die vom Verwaltungsrat beschlossene Deckelung der Verwaltungskosten auf 25 Prozent überschritten, obwohl ernsthafte Sparanstrengungen unternommen werden. Auf Beschluss des Verwaltungsrats werden zurückgeflossene Mittel künftig spätestens im darauffolgenden Haushaltsjahr wieder für Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Auf gemeinsames Drängen der Außenvertreter_innen des DBJR in den Gremien des DFJW werden erstmals die Vorsitzenden des Beirats zur Sitzung des Verwaltungsrats eingeladen. Zuvor gab es keine unmittelbare Interaktion zwischen dem Beirat, der für die programmatische Entwicklung des Jugendwerks und die Entwicklung der Richtlinien zuständig ist, und dem Verwaltungsrat; die Zusammenarbeit erfolgte stets nur vermittelt durch das Generalsekretariat. Die Beteiligung des Beirats wurde jedoch auf den Vortrag einer kurzen Stellungnahme und eine Rückfragerunde beschränkt, im Übrigen durften die Vertreter_innen des Beirats der Sitzung nicht beiwohnen. Ein konstruktives Zusammenwirken von Verwaltungs- und Beirat scheint unerwünscht.

*Ausblick_* In den kommenden Monaten gilt es insbesondere, die teilweise behauptete Unzuverlässigkeit außerschulischer Träger deutlich zu widerlegen. Der Wert des DFJW liegt in der finanziellen Unterstützung innovativer und konstanter Arbeit der Partnerorganisationen. Vor diesem Hintergrund muss weiter darauf gedrungen werden, dass das DFJW Abstand von teuren Eigenmaßnahmen insbesondere mit außereuropäischen Drittländern nimmt.

DEUTSCH-ISRAELISCHER FACHAUSSCHUSS DEUTSCH-ISRAELISCHER KOORDINIERUNGSRAT

*Vertretung_* Michael Cares (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend e.V.)

*Aufgabe_* Der Deutsch-israelische Fachausschuss ist bilateral besetzt, berät Grundsatzfragen des Jugend- und Fachkräfteaustauschs und gibt Empfehlungen zu den zur Förderung vorgeschlagenen Begegnungen für das jeweils kommende Jahr ab.

Der Koordinierungsrat für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch besteht aus den deutschen Mitgliedern des bilateralen Fachausschusses (BMFSFJ, DBJR, Deutsche Sportjugend, Länder, Kommunen, Deutsch-Israelische Gesellschaft) und einigen weiteren Vertreter_innen (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Evangelische Akademie Wittenberg). Er begleitet die Arbeit des deutschen Koordinierungszentrums für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch ConAct, berät das BMFSFJ und arbeitet dem Fachausschuss zu.

*Termin_* Der bilaterale Fachausschuss tagte vom 10. bis 12. Dezember 2013 in Berlin, der Koordinierungsrat am 24. Juni 2014 in Lutherstadt Wittenberg.

*Bericht_* Der in den Vorjahren dargestellte positive Trend im Deutsch-Israelischen Jugendaustausch hält an. Auch wenn 2013 auf Grund der aktuellen politischen Situation nicht alle Vorhaben verwirklicht werden konnten, wurde der Austausch auf sehr hohem Niveau fortgeführt. Dem entspricht nicht mehr die vorhandene Förderung. Die Programme erhalten nur 70 bis 75 Prozent der Regelförderung. Im letzten Jahr konnte das Ministerium den Förderbetrag noch aufstocken, ob das auch in der laufenden Periode gelingt, ist nicht sicher. Der Bedarf für eine dauerhafte Erhöhung des Sonderprogramms mit Israel ist jedenfalls vorhanden. Für 2014 wurden mehr als 350 Programme entsprechend der qualitativen Anforderungen zur Förderung vorgeschlagen. Der Fachausschuss hat die Zusammenarbeit, die gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen und die Qualifizierungsangebote für Teamer_innen zwischen dem Israel Youth Exchange Council (IYEC) und ConAct ausgewertet und die gute erfolgreiche Kooperation trotz der nach wie vor schwierigen Arbeitsbedingungen im IYEC bzw. der IYEA positiv gewürdigt. Der Fachausschuss betonte erneut die Notwendigkeit der Verbesserung der Rahmenbedingungen auf der Basis der bilateralen Regierungsvereinbarungen. Fragen, die sich im Austausch häufig stellen, sind nach wie vor die Frage nach dem angemessenen Erinnern an die Shoah. Das bilateral erarbeitete Handbuch *Gemeinsam Erinnern – Brücken bauen* wurde in überarbeiteter Form neu veröffentlicht. Andere für den Austausch wichtige Themen waren die Weiterführung der Maßnahmen zur Bildung neuer Partnerschaften, Qualifizierung von Begegnungsleiter_innen, der Aufbau eines Juniorteams. Der Fachausschuss beschäftigte sich mit den jugendpolitischen Entwicklungen in beiden Ländern, ein Schwerpunkt waren die Fragen zur Integration junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in beiden Gesellschaften.

Er betonte die Notwendigkeit nicht darin nachzulassen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiv zu bekämpfen und sieht in den wegweisenden Aktivitäten im Jugendaustausch einen wichtigen Beitrag dazu. Die Pilotphase von *Kom-Mit-Nadev*, dem Freiwilligendienst für junge Israelis in Deutschland, wurde in den Jahren 2010 bis 2012 insgesamt erfolgreich absolviert und auch danach unter veränderten Bedingungen weitergeführt. 55 junge Israelis waren bislang bei unterschiedlichen Organi-

sationen der Zivilgesellschaft, darunter auch Jugendverbände, eingesetzt. Ziel ist nun eine gemeinsame Plattform der Entsende- und Aufnahmeorganisationen zu bilden, die diese Form des Austauschs weiterführen und ausbauen und auch mit dem Jugend- und Fachkräfteaustausch zu vernetzen. Da die Mittel für die eigentlich notwendigen hauptamtlichen Kräfte bislang leider fehlen, wird ConAct zumindest die Vernetzungsarbeit der beteiligten Träger unterstützen. Damit bleibt weiterhin unsicher, wie das erfolgreiche Projekt mit einer längeren Perspektive fortgeführt werden kann.

Der Koordinierungsrat hat sich intensiv mit der Arbeit von ConAct im vergangenen Jahr und den Planungen für das kommende Jahr beschäftigt. Zu den beschriebenen bilateralen Aktivitäten und thematischen Schwerpunkten kommen noch zahlreiche Projekte im deutsch-sprachigen Kontext in den Bereichen Beratung und Information, Vernetzung, Service-Leistungen, Finanzierung, Qualifizierung, die Bereitstellung von Arbeitshilfen und inhaltlichen Weiterentwicklungen. Der Koordinierungsrat würdigte die Leistungen von ConAct und dankte allen Mitarbeiter_innen sehr für das intensiv und qualitativ hoch stehende Engagement. Ausführliche Berichte und Informationen zu den 2014 geplanten Aktivitäten finden sich sowohl im ConAct-Newsletter sowie auf *conact-org.de*. Das Jahr 2015 mit dem 50-jährigen Jubiläum der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen rückt schnell näher. In beiden Gremien wurden die Planungen für eine deutsch-israelische Jugendaustausch in angemessener und sinnvoller Form beteiligen kann, aufgenommen.

*Ausblick_* Trotz der insgesamt positiven Entwicklungen geht es darum, den deutsch-israelischen Jugendaustausch weiter zu entwickeln. Dazu gehört die Entwicklung der strukturellen Zusammenarbeit mit der IYEA ebenso wie die Anpassung der finanziellen Förderung an den realen Bedarf. Dazu gehört im Bereich des DBJR auch Verbände, die bisher nicht am Austausch beteiligt sind, bei der Entwicklung neuer Partnerschaften etwa durch die Angebote von ConAct zu unterstützen und die Chancen von Kom-Mit-Nadev besser zu nutzen. Inwieweit angesichts der aktuellen zugespitzten Lage in Israel, wo erstmals ein Großteil des Landes durch den permanenten Raketenbeschuss durch die terroristische Hamas bedroht wird, alle oder zumindest ein Großteil der geplanten Maßnahmen stattfinden kann, ist derzeit nicht absehbar. In früheren Konfliktsituationen haben sich der deutsch-israelische Jugendaustausch und die ihn tragenden Partnerschaften als stabil erwiesen. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Stärke auch jetzt bestätigt.

Das Jubiläum 2015 wird Anlass sein über die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen und die damit verbundenen Identitätsfragen auch im Jugendaustausch nachzudenken. Die Sitzung des nächsten Fachausschusses ist vom 2. bis 5. Dezember 2014 in Israel.

DEUTSCH-POLNISCHER JUGENDRAT

*Vertretung_* Tim Scholz (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

*Aufgabe_* Der Deutsch-Polnische Jugendrat ist das oberste Organ des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes. Er beschließt den Haushalt, das Jahresprogramm und ebenso die Richtlinien des Jugendwerks. Vorsitzende des Jugendrates sind die deutsche Jugendministerin Manuela Schwesig und die polnische Bildungsministerin Joana Kluzik-Rostkowska.

*Termin_* 10./11. Februar 2014 in Warschau

*Bericht_* Der Jugendrat ist in diesem Jahr neu berufen worden durch die beiden Regierungen, der Rat ist aber von hoher personeller Kontinuität geprägt. Seit mehreren Jahren thematisieren die Vertreter_innen der Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland und Polen im Jugendrat die unzureichende finanzielle Ausstattung des Jugendwerks. Diese fehlende Ausstattung hat zur Folge, dass seit Jahren nur anteilige Beträge der Förderzuschüsse ausgezahlt werden können. Es gibt die Zusage beider Regierungen, im Zusammenhang mit dem 25. Geburtstag des Jugendwerks sich um eine bessere Ausstattung zu bemühen.

Auf der letzten Ratssitzung ist wieder der deutsch-polnische Jugendpreis ausgelobt worden, der im Jahre 2016 verliehen werden soll. Thema des Preises ist Jugend-Beruf-Zukunft, er soll das Thema Übergänge stärker in den Blick nehmen und auch neue Zielgruppen für den Austausch ansprechen. Es wird ein ähnliches Verfahren wie beim letzten Jugendpreis geben: Träger_innen bewerben sich mit konkreten Austauschprojekten, die dann von einer Jury bewertet werden.

Das Institut für Öffentliche Angelegenheiten Warschau hat eine qualitative Studie zur Wirkungen von deutsch-polnischen Begegnungen auf Jugendliche gemacht, deren Ergebnisse auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) im Rahmen einer Veranstaltung durch das DPJW präsentiert wurden. In der Studie werden grundsätzliche Veränderungen der Wahrnehmung der Jugendlichen aus dem jeweils anderen Land festgestellt. Die Studie ist beim DPJW erhältlich.

*Ausblick_* Der Jugendrat hat sich für seine Amtsperiode bis 2016 die Begleitung der (Weiter-)entwicklung des DPJW auf die Tagesordnung gesetzt. So soll das Selbstverständnis überprüft und ein Leitbild des DPJW erarbeitet werden. Daneben gilt es, die finanzielle Ausstattung des Jugendwerkes zu verbessern, so dass die Maßnahmen zumindest entsprechend der Richtlinien gefördert werden können.

DEUTSCH-RUSSISCHER JUGENDRAT

*Vertretung_* Jan Schütte (Ring deutscher Pfadfinderverbände)

*Aufgabe_* Vertretung der Interessen der Jugendverbände im Jugendrat, Information der Jugendverbände über Ergebnisse und Verlauf der Sitzung, Beratung der Jugendverbände zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen, Vertretung der Interessen der Jugendverbände in der Kooperation mit dem BMFSFJ und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Nationalen Kinder- und Jugendrat Russlands.

*Termin_* 5./6. Dezember 2013 in Köln

*Bericht_* Bei den Vertreter_innen im Jugendrat auf russischer Seite gab es zahlreiche neue Gesichter. So auch der Leiter der Abteilung für Jugendpolitik und internationale Jugendarbeit, die seit 2012 im Bildungsministerium angesiedelt ist. Der Nationale Kinder- und Jugendrat Russlands (NYCR) wurde durch Grigorij Petruschkow vertreten. Ferner war auch Margarita Bauer aus dem Jugendring der Russlanddeutschen anwesend. Der Jugendring der Russlanddeutschen ist eine Mitgliedsorganisation im NYCR.

Anfang Juni 2014 fand das Deutsch-Russische Jugendforum (DRJ) in Berlin parallel zum Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) statt. Die Möglichkeit sich über Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland umfassend zu informieren, wurde sehr gut wahrgenommen. Der NYCR war auf dem DJHT mit einem eigenen Stand vertreten. Auf diesem präsentierten sich auch seine Mitgliedverbände. Der DJHT wurde in thematischen deutsch-russischen Kleingruppen erkundet. Im Anschluss an den DJHT fanden Workshops zu aktuellen Themen der Jugendverbandsarbeit statt.

Die Jugendverbandsarbeit in Russland wird insbesondere auf der föderalen Ebene immer noch wenig wahrgenommen. Das liegt hauptsächlich an der Jugendpolitik der föderalen Regierung, die mit den Mitteln eher eigene Programme anbietet, anstatt diese beispielsweise in die Hände von Jugendverbänden zu legen. Die Zusammenarbeit mit dem russischen Koordinierungsbüro stellt mittlerweile eine Konstante des Austausches dar. Es berät und unterstützt russische Akteure im Jugendaustausch insbesondere in Visumsfragen. Geschäftsführerin ist weiterhin Dina Aleksandrowna Sokolowa, *w-center.ru*.

*Ausblick_* Die Ukrainekrise verunsichert die deutsch-russische jugendpolitische Zusammenarbeit. Zahlreiche Maßnahmen finden nicht statt, weil viele sich die Frage stellen, ob deutsch-russische Begegnungen zurzeit überhaupt möglich sind, ob beispielsweise gegenwärtig überhaupt Visa und Förderung erteilt werden. Von deutscher Seite bestehen teilweise vermehrt Vorbehalte, zurzeit nach Russland zu reisen. Aber der zivilgesellschaftliche Dialog mit Russland ist aufgrund der politischen Situation wichtiger denn je. Visa für den Jugendaustausch werden nach wie vor von beiden Seiten erteilt und die Stiftung DRJA fördert Begegnungen wie bisher.

DEUTSCH-TSCHECHISCHER JUGENDRAT

*Vertretung_* Anja Zachow (Naturfreundejugend Deutschlands)

*Aufgabe_* Der deutsch-tschechische Jugendrat begleitet die Tandem-Koordinierungszentren in Regensburg und Pilsen fachlich. Hier findet der Austausch über jeweils aktuelle jugendpolitische Entwicklungen der Länder statt und es werden inhaltliche Schwerpunktsetzungen verabredet.

*Termin_* 17. bis 19. März 2014 in Bonn

*Bericht_* Die Hauptthemen der letzten Sitzung des Jugendrates waren die Entgegennahme der Jahresberichte und die Verabschiedung der Jahresplanung der beiden Tandembüros. Das Volumen der durch das Regensburger Koordinierungsbüro ausgezahlten Fördermittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes konnte im vergangenen Jahr deutlich gesteigert werden. In diesem Jahr zeichnet sich ein Ausschöpfen der zur Verfügung stehenden Mittel ab.

Als Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre wurde das Thema *Gesundes Aufwachsen* bereits auf der vorhergehenden Sitzung in Brno beschlossen. Ein erster konkreter Schritt stellt dabei das 2014 erstmalig aufgelegte Sonder-Förderprogramm *YOLO - mach was draus!* dar, für das 100.000 Euro bereitgestellt wurden.

Ein aktueller Schwerpunkt, mit dem sich die beiden Koordinierungsbüros auseinandersetzen, sind die Bemühungen um ein grenzüberschreitendes Netzwerk zur Drogenprävention. Die weiteren Tätigkeitsfelder der Koordinierungsbüros sind die Unterstützung von bilateralem Schüleraustausch und grenzüberschreitenden freiwilligen beruflichen Praktika sowie die Durchführung gemeinsamer Projekte. Im letzten Jahr lag hier weiterhin ein Schwerpunkt beim Projekt *Schritt für Schritt ins Nachbarland*, bei dem Kita- und Grundschulpartnerschaften im grenznahen Raum gefördert werden.

Darüber hinaus organisieren die Tandembüros zahlreiche Veranstaltungen zur Kontaktherstellung, Sprachanimation und zu inhaltlichen Themen, beispielsweise zwei Fachdialoge zur grenzüberschreitenden Drogenprävention oder ein Fachaustausch zur Integration junger Roma in der Jugendarbeit. Besonderer Höhepunkt war vom 25. bis 27. April 2014 das 8. Deutsch-Tschechische Jugendtreffen zum Thema *Transnationale Erinnerungsarbeit* in Theresienstadt.

*Ausblick_* Die Arbeit der beiden Tandem Koordinierungsbüros ist sehr vielschichtig und umfangreich. Die Umsetzung des neuen Schwerpunkts *Gesundes Aufwachsen* ist erfolgreich angelaufen und wird auch noch im Jahr 2015 fortgesetzt werden. Darüber hinaus nehmen verschiedene Sprachprojekte einen großen Raum ein, die jedoch überwiegend aus Drittmitteln finanziert werden.

EXPERTENGRUPPE ZUR ZUORDNUNG VON ERGEBNISSEN NICHT-FORMALEN LERNENS ZUM DEUTSCHEN QUALIFIKATIONSRAHMEN

*Vertretung_* Christian Weis (DBJR)

*Aufgabe_* Die Expert_innengruppe wurde durch den Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR) eingesetzt. Nachdem die in Deutschland durch formales Lernen zu erwerbenden Qualifikationen größtenteils dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) zugeordnet worden sind, sollten mit Hilfe der Expert_innengruppe ca. 15 Beispiele nicht-formalen Lernens aus verschiedenen Sektoren exemplarisch darauf untersucht werden, ob es sich bei ihnen um Qualifikationen im Sinne des DQR handelt und ob sie einem Niveau des DQR zugeordnet werden können. Ziel war es zunächst, durch einzelne Beispiele eine Einschätzung des Charakters der im nicht-formalen Bereich erzielten Lernergebnisse zu treffen und Kriterien für Zuordnungen zum DQR zu entwickeln. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, welche Anforderungen an die dem DQR zuzuordnenden Lernergebnisse zu stellen sind. Die Außenvertretung umfasst die Mitwirkung in der Expertengruppe sowie in einer Unterarbeitsgruppe.

*Termin_* Expertengruppe: 9. Oktober 2013, 4. Dezember 2013 und 13. Februar 2014 alle in Berlin, Unterarbeitsgruppe am 2. September 2013 in Frankfurt (Main).

*Bericht_* Die 15 zu untersuchenden Beispiele des nicht-formalen Lernens wurden durch den AK DQR ausgewählt. Dazu gehört auch die Ausbildung zur Erlangung der Jugendleiter_innen-Card (Juleica). Mit dieser Ausnahme sind fast alle anderen Beispiele weitgehend aus dem weiteren beruflichen Kontext. Schnell wird daher deutlich, dass es nicht sinnvoll ist, die Juleica für die exemplarische Erprobung der DQR-Matrix zu nutzen, da die in den Diskussionen formulierten Anforderungen (Zugangskriterien, Umfang, Dokumentation und Qualitätssicherung) durch die Juleica-Ausbildung nicht erfüllbar sind und eine entsprechende Anpassung den Charakter dieser Ausbildung konterkarieren würde. Die Expert_innengruppe bedarf einer ungeplanten, zusätzlichen Sitzung, um sich auf den Abschlussbericht zu einigen. In diesem wird von der Arbeitsgruppe eine Zuordnung von Abschlüssen des nicht-formalen Bildungsbereichs in den DQR befürwortet. Festgehalten wird aber auch, dass der DQR ein Angebot, aber keine Pflicht und keine Notwendigkeit darstellt. Vor allem darf es für Bildungsangebote, die nicht dem DQR zugeordnet werden, keine nachteiligen Folgen geben, insbesondere bzgl. einer möglichen Förderung.

*Ausblick_* Die Arbeit der Expert_innengruppe ist beendet. Der Abschlussbericht wird im April dem AK DQR übergeben und von diesem ohne konkretes Ergebnis beraten. Die weitere Befassung ist für September geplant. Am Beispiel der Expert_innengruppe und der Juleica wird sehr deutlich, dass es noch viel Klärungsbedarf gibt und ein einfaches Überstülpen der Ansätze, Methoden und Verfahren der formalen Bildung zur Einordnung in den DQR zumindest in der Jugendarbeit nicht zielführend ist.

FORUM GEGEN RASSISMUS

*Vertretung_* Stephanie Otto (Bund Deutscher Pfadfinder_innen)

*Aufgabe_* Das Forum gegen Rassismus wird vom Innenministerium koordiniert. Die Mitglieder sind vor allem Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die auf diesem Themengebiet tätig sind, häufig auch Interessensverbände betroffener Gruppen. Das Forum tagt zweimal im Jahr. Ergänzendes Gremium ist die geschäftsführende Arbeitsgruppe, die zweimal dazwischen tagt, Themen inhaltlich voranbringt und die Sitzungen vorbereitet.

*Termin_* 28./29. November 2013 und 6. März 2014 jeweils in Berlin

*Bericht_* Thematisch wurde weiterhin an der Erklärung des Forums gegen Rassismus gearbeitet. Die Erklärung ist nach wie vor nicht verabschiedet, weil die bisherigen Entwürfe nicht die Zustimmung der NROs fanden. Mittlerweile wurde sich von dem ursprünglichen Gedanken einer öffentlich wirksamen Erklärung verabschiedet und das Papier soll nun eher als gemeinsame Basis des Forums gegen Rassismus dienen.

In der Novembersitzung war das Schwerpunkt-Thema die Situation der Roma im Kontext der Zuwanderung aus Süd- und Südosteuropa – Zuschreibungen und Wirklichkeit. Leider scheiterte der Versuch im Vorfeld der Sitzung, mit der Jugendorganisation Amaro Drom in Kontakt zu kommen, um so eine Perspektive der Jugend mit in die Diskussion zu bringen.

Das Forum ließ neben Betroffenen (Bundesverband der Sinti und Roma) ausgewählte Expert_innen zu Wort kommen. Sowohl ein Arbeitsmarktexperte als auch Expert_innen von NROs, wie z. B. dem Planladen in Dortmund, eine Organisation, die sich schon länger für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Roms stark macht. Die nüchterne Betrachtung der Fakten liefert den Hinweis, dass es keine sachlichen Anlässe gibt, hier von einer – wie immer wieder in den Medien und der Politik dargestellt – verschärften Armutseinwanderung zu sprechen. Die Arbeitsmarkt- und Sozialgeldbezug-Statistik bestätigt diese Fakten nicht, es sind eher weniger Rumänen und Bulgaren im Sozialgeld-Bezug und auch der Kindergeldbezug bestätigt nicht die öffentlichen Behauptungen. Was allerdings bestätigt wurde, ist die kommunale unterschiedliche Verteilung der Zuwander_innen. Die NROs waren sich einig, dass vor allem gezielt Roms diskriminiert werden.

In der Sitzung im März 2014 wurden u.a. die Demokratieerklärung in den Präventionsprogrammen des Bundes, sowie die Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und die Einschätzung aus Sicht der Zivilgesellschaft thematisiert.

*Ausblick_* Einige NROs haben jugendliche Lebenswelten im Blick, je nach Aufgabengebiet mehr oder weniger intensiv. Das Forum bietet dem DBJR einerseits die Möglichkeit den Kontakt zu verschiedenen NROs und Interessenverbänden zu halten, um so von deren Fachwissen zu profitieren, andererseits ist die DBJR-Vertretung hilfreich, um die Sichtweise von Jugendlichen einzubringen bzw. deren Blickwinkel einzufordern.

HAUS DER GESCHICHTE DER BRD

*Vertretung_* Dörte Hein (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

*Aufgabe_* Begleitung der Ausstellungsprojekte aus Sicht der im Arbeitskreis vertretenen gesellschaftlichen Gruppen.

*Termin_* 02. Dezember 2013 in Bonn (keine Teilnahme); 26. Mai 2014 in Berlin

*Bericht_* Anlässlich der Bundestagswahl 2013 fand am 13. September 2013 im Haus der Geschichte eine U18-Wahl statt. Kinder und Jugendliche konnten neben dem ehemaligen Bundestagsgestühl auf Wahlzetteln und in einer Wahlkabine wählen, wodurch laut Bericht eine authentische Atmosphäre geschaffen wurde.

Die am 15. November 2013 in der Kulturbrauerei eröffnete Dauerausstellung „Alltag in der DDR" wurde besichtigt und anschließend diskutiert. Auf engem Raum berücksichtigt die dichte Ausstellung unter anderem auch jugendkulturelle sowie kinder- und jugendorganisatorische Aspekte in dem Spannungsfeld zwischen staatlicher Einflussnahme und individueller Rückzugsfähigkeit in der historischen Betrachtung der DDR.

*Ausblick_* Derzeitig gibt es keine weiteren, explizit jugendpolitisch bezogenen Projekte.

IJAB - FACHSTELLE FÜR INTERNATIONALE JUGENDARBEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

*Vertretung_* IJAB Vorstand: Daniel Grein (DBJR-Geschäftsführer, bis 05/2014), Dirk Thesenvitz (aej, ab 05/2014); IJAB Mitgliederversammlung: Lisi Maier (DBJR-Vorsitzende), Hetav Tek (stellvertretende DBJR-Vorsitzende)

*Aufgabe_* IJAB ist mit 100 Mitarbeitenden eine Fachstelle aller relevanten Akteure der internationalen Jugendarbeit, sowohl der freien als auch der öffentlichen Träger. Auf der Basis eines Kooperationsvertrages wird sie institutionell vom BMFSFJ gefördert; hinzu kommt die Trägerschaft für die Nationalagentur im EU-Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION sowie Projektförderung für verschiedene Aufgaben des BMFSFJ.

*Termin_* Der Vorstand tagt etwa im Sechs-Wochen-Rhythmus, ca. sieben Mal im Jahr, jeweils eintägig in Bonn. IJAB – Mitgliederversammlungen fanden am 10. Dezember 2013 und am 27. Mai 2014 in Bonn statt.

*Bericht_* Neben diversen Themen in den Arbeitszusammenhängen von IJAB werden regelmäßig jugendpolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene in den Gremien thematisiert. Hierzu gehören in dem Berichtszeitraum vor allem die Entwicklungen zu Erasmus+ JUGEND IN AKTION.

Gemeinsam mit der Nationalagentur *Jugend für Europa* bearbeitet IJAB außerdem stark den Bereich der europäischen Jugendpolitik v.a. auch im Rahmen der verschiedenen Multinationalen Kooperationsprojekte, die sowohl von IJAB als auch von *Jugend für Europa* durchgeführt werden. Am 27. Mai 2014 wird als Schwerpunktthema die deutsch-griechische jugendpolitische Zusammenarbeit diskutiert, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der bilateralen Arbeit bestehender Jugendwerke. IJAB unterstützt durch Gespräche mit dem Auswärtigen Amt das Interesse der Jugendorganisationen, aus Mitteln der Transformationspartnerschaften den Jugendaustausch mit Nordafrika durchzuführen. Für 2014 werden eine Million Euro für den Jugendaustausch mit den entsprechenden Ländern zur Verfügung gestellt.

Zum Jahresende 2013 ist die Vereinbarung zwischen BMFSFJ und IJAB über die Zusammenarbeit in Bezug auf die Umsetzung des EU-Programms JUGEND IN AKTION (2007 bis 2013) ausgelaufen. Die Neuverhandlung der Vereinbarung ist im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen. Sie gehört als Anlage zum Vertrag zwischen BMFSFJ und IJAB.

*Ausblick_* Für die Jugendverbandsarbeit muss der Blick darauf gerichtet bleiben, ob ihre spezifische internationale Arbeit in der Arbeit und Themensetzung von IJAB weiterhin eine angemessene Rolle einnimmt. Der DBJR wird IJAB auch weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten und im Verbund mit anderen Trägern internationaler Jugendarbeit Rahmenbedingungen und Themen für die internationale Jugendarbeit gestalten.

JUGENDDELEGIERTE NACHHALTIGKEIT

*Vertretung_* Felix Beck (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland); Leon Ginzel (Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz)

*Aufgabe_* Vertretung der Interessen deutscher Kinder und Jugendlicher im High Level Political Forum (HLPF) und im Post 2015-Prozess: Beratung der deutschen Delegation in Jugendfragen; Lobbygespräche mit Delegierten verschiedener Länder, Ländergruppen und anderen wichtigen Stakeholdern; Zusammenarbeit und Positionsentwicklung mit anderen Jugendvertreter_innen in der „Major Group for Children and Youth" (MGCY); Multiplikatoren- und Referentenrolle für die Jugendverbände; Begleitung und Interessensvertretung in nationalen Prozessen.

*Termin_* 30. Juni bis 9. Juli 2014 in New York City

*Bericht_* Das *Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung* ersetzt nach Rio+20 die zunehmend glücklose Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD). Das HLPF tagt künftig alle vier Jahre unter Federführung der UN-Generalversammlung und mit Beteiligung von Staats- und Regierungschef_innen, dazwischen auf ministerieller Ebene unter dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Die 2015 auslaufenden Millenium-Entwicklungsziele sollen durch universelle Sustainable Development Goals (SDGs) ersetzt werden, die neben den klassischen entwicklungspolitischen Fragen auch auf die nachhaltige Entwicklung der Industrieländer abzielen sollten. Im Juli 2014 verabschiedet eine offene, zwischenstaatliche Arbeitsgruppe einen umfangreichen Textvorschlag für 17 SDGs und zahlreiche Unterziele. Dieser Text stellt die wesentliche Grundlage für die diplomatischen Verhandlungen über die SDGs dar, die voraussichtlich im Winter 2014 beginnen und Ende 2015 abgeschlossen sein sollen.

Titel der zweiten Sitzung des HLPF ist *Achieving the Millennium Development Goals and charting the way for an ambitious post-2015 development agenda, including the sustainable development goals*. Die Diskussionen im Plenum und in den Side-Events (thematisch fokussierte Debatten am Rande der Hauptveranstaltung) gehen oft über einen informellen Meinungsaustausch nicht hinaus. Eine Auseinandersetzung mit der Arbeitsweise und zukünftigen Funktion des HLPF findet allenfalls am Rande statt. Auch das Abschlussdokument, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt und am Ende im Konsens der Staaten beschlossen wird, bleibt bei den entscheidenden Fragen vage. Nach der ersten substantiellen Sitzung des HLPF sind die Rolle und inhaltliche Schwerpunkte des HLPF somit weiter ungeklärt. Diskutiert wird, dem HLPF eine zentrale Rolle bei der Umsetzungsevaluierung der SDGs einzuräumen. Wünschenswert wäre daher eine intensivere

Debatte über diese Review-Funktion des HLPFs gewesen. Diese Chance wird indes vergeben, indem die Verhandlungen über die genaue Arbeitsdefinition auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

*Ausblick_* Die kommenden Monate werden von den Diskussionen um die künftigen SDGs sowie dem bevorstehenden Klimagipfel in Paris 2015 geprägt sein. Ziel der jugendpolitischen Arbeit sollte sein, die Bundesregierung zu ambitionierten Verpflichtungen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit zu bewegen. Konkret bedürfen vor allem die vorgeschlagenen Ziele in den Bereichen Kinder, Jugend und (auch non-formale) Bildung die Aufmerksamkeit der jugendpolitischen Akteur_innen. Sinnvoll wäre daher die Sicherstellung von Jugendbeteiligung an den weiteren Verhandlungen der SDGs. Dies sollte in nächster Zeit mit den zuständigen Ansprechpartner_innen im BMUB besprochen werden.

NETZWERK EUROPÄISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLAND

*Vertretung_* Jochen Rummenhöller (DBJR)

*Aufgabe_* Mit ihren 238 Mitgliedsorganisationen bildet die *Europäische Bewegung Deutschland (EBD)* das größte europapolitische Netzwerk in Deutschland. Das 1949 gegründete Netzwerk EBD ist der überparteiliche Zusammenschluss der Interessengruppen im Bereich der Europapolitik. Es organisiert und intensiviert die Europakommunikation und europäische Vorausschau im Dialog mit EU-Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene. Die Mitgliedsorganisationen repräsentieren verschiedene gesellschaftliche Gruppen: Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, Parteien, Unternehmen und andere. Die europapolitischen Expertisen, Informationen und Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen werden im Netzwerk gebündelt, vernetzt und verstärkt. Weitere Informationen unter *europaeische-bewegung.de*

*Termin_* 30. Juni 2014 (Mitgliederversammlung)

*Bericht_* Bei der Mitgliederversammlung standen Vorstandswahlen an. Erstmals konnten nach einer Satzungsänderung Jugendvertreter_innen für einen eigenen Organisationsbereich kandidieren. Mit großer Mehrheit wurde Tobias Köck als Vertreter des Deutschen Bundesjugendrings in den Vorstand gewählt. Positiv ist auch die Wahl von Linn Selle von den Jungen Europäischen Föderalisten zu vermerken, die für einen weiteren Organisationsbereich kandidiert hat. Wie schon im Vorjahr haben sich die Mitgliedsorganisationen der EBD sowohl auf Arbeitsschwerpunkte für 2014/2015 geeinigt als auch konkreten Handlungsbedarf für die politischen Entscheidungspersonen in Berlin und Brüssel benannt. Damit soll der EU-Reformprozess begleitet und forciert werden. Die einstimmig verabschiedeten elf Forderungen lassen sich in drei Bereiche zusammenfassen, aus denen sich die Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr ableiten:

- *Transparente Demokratie, nachhaltige Reformen, partizipative Verfahren* (u.a. muss im TTIP, dem umstrittenen Freihandelsabkommen mit den USA, sichergestellt werden, dass die europäischen Sozial- und Umweltstandards nicht verschlechtert werden und eine größtmögliche Transparenz und demokratische Beteiligung bei den Verhandlungen ermöglicht wird).
- *Europa muss besser kommuniziert werden* (u.a. wünscht sich die EBD von der Bundesregierung, ihre europapolitische Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und in partnerschaftlichen Treffen zu evaluieren. Auch die Landesregierungen werden zu einer engeren Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Multiplikatoren aufgefordert).
- *Europäische Werte müssen nach außen verteidigen und nach innen gestärkt werden* (u.a. sehen die EBD-Mitglieder die Vertiefung der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* als Voraussetzung für glaubhafte Krisenprävention und effektive Krisenbewältigung an. Zur Wertegemeinschaft gehören auch Errungenschaften wie die Freizügigkeit, daher fordert die EBD die politisch Verantwortlichen, aber auch die Medien dazu auf, das Thema Freizügigkeit und Zuwanderung sachlich und faktenbasiert darzustellen: „Pauschale und nachweislich falsche Behauptungen zu Sozialbetrug sollten von Politik und Medien deutlicher kritisiert und klargestellt werden."

In den politischen Forderungen begrüßt die EBD auch die Pläne der Bundesregierung, die europäische und internationale Jugendarbeit zu stärken. „Dabei sollte die Zusammenarbeit zwischen demokratischen Jugendverbänden in Europa im Vordergrund stehen, damit die Jugend ihre Interessen nachhaltig und un-

abhängig in allen Ländern Europas vertreten kann. Der Aufbau von Strukturen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (z. B. Jugendwerke, Jugendforen, Koordinierungsstellen) kann eine sinnvolle Ergänzung zu Jugendverbänden sein, wenn diese dadurch gefördert werden. Auf keinen Fall darf es zu Kürzungen und Budgetverschiebungen zu Lasten nachhaltiger demokratischer Strukturen kommen. Die EBD fordert die Bundesregierung und die europäischen Institutionen dazu auf, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Jugendorganisationen, insbesondere in Krisenländern, zu verbessern."

Am 13. März 2014 sind der Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung, Bernd Hüttemann, und die Projektleiterin für den Arbeitsbereich Bildung und Jugend, Janin Hartmann, zu Gast in der DBJR-Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik. Die Arbeitsgruppe diskutiert über mögliche Kooperationsbereiche mit der EBD. Weiterhin nimmt der DBJR an den beiden im Berichtszeitraum stattgefundenen zwei EU-De-Briefings zum Rat Bildung, Jugend und Kultur teil.

*Ausblick_* Mit der Wahl von Tobias Köck in den Vorstand der EBD besteht die Chance, die Arbeit der Jugendorganisationen stärker in die politische Arbeit und die Europakommunikation der EBD einzubringen und besonders auch das vielfältige europapolitische Engagement sichtbarer zu machen. Weiterhin ergibt sich die Möglichkeit für zusätzliche Vernetzung mit Mitgliedsorganisationen.

Für den DBJR bleiben die von der EBD durchgeführten EU-De-Briefings nach den Ratstagungen der EU-Jugendminister von zentraler Bedeutung, da Vertreter_innen des BMFSFJ, BMBF, Auswärtigen Amtes (für Kultur) und des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (für Medien) mit Hintergrundinformationen zeitnah über die Beratungen in Brüssel berichten.

NATIONALE ARMUTSKONFERENZ

*Vertretung_* Julia Böhnke (DBJR)

*Aufgabe_* Die Nationale Armutskonferenz (NAK) ist eine einzigartige Kooperation zwischen Wohlfahrtsverbänden und Betroffenenorganisationen. Die Kooperation ermöglicht, das Thema Armut auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dafür werden u.a. jährliche Fachtage genutzt. Insbesondere die Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen konnten in den letzten Jahren weiter ausgebaut werden.

*Termin_* 11. November 2013 in Hannover und 20. Mai 2014 in Berlin

*Bericht_* Im Berichtszeitraum wurde in der NAK vor allem das Papier *Sozialstaatliche Aufgaben verlässlich finanzieren – Hilfe gegen Armut sichern* intensiv diskutiert. Dabei spielten insbesondere Themen der Finanzierung des Sozialstaates, sowie rechtskreisübergreifende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und die damit problematische finanzielle Situation von Kommunen eine Rolle. Die DBJR-Positionen *Für einen leistungsfähigen Sozialstaat – Sozialpolitische Leitlinien des DBJR* konnte hier insbesondere im Hinblick auf die Situation von Kinder und Jugendlichen eingebracht werden.

*Ausblick_* Aufgrund der weiter andauernden Wirtschafts- und Bankenkrise und der weiter verschärften Austeritätspolitik in Südeuropa, die zur Abschaffung großer Teile der dort ohnehin nur rudimentär vorhandenen sozialstaatlichen Elemente geführt hat, ist damit zu rechnen, dass der Druck auf den Sozialstaat auch in der Bundesrepublik deutlich zunehmen wird. Ziel des DBJR in der NAK ist weiterhin, Armut von Kindern und Jugendlichen in Veröffentlichungen und Forderungen der NAK zum Thema zu machen. Darüber hinaus bietet die NAK einen geeigneten Rahmen für abgestimmte zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Armut.

NATIONALER BEIRAT FÜR DAS EU-AKTIONSPROGRAMM *JUGEND FÜR EUROPA*

*Vertretung_* Doris Klingenhagen (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland) Darüber hinaus gehören dem Beirat auf Vorschlag des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit ebenfalls an: Astrid Weber (Bayrischer Jugendring), Helge Meyn-Hellberg (Landesjugendring Schleswig-Holstein)

*Aufgabe_* Der Nationale Beirat zum EU-Aktionsprogramm JUGEND IN AKTION (Laufzeit 2007 bis 2013) ist im Oktober 2007 vom BMFSFJ berufen worden. Er berät die Nationalagentur Jugend für Europa (JfE) bei der Umsetzung des Programms in fachlicher und jugendpolitischer Sicht mit dem besonderen Fokus auf inhaltliche Schwerpunkte, Rahmenbedingungen des Förderverfahrens, Auswirkungen auf die nationalen Strukturen sowie die Weiterentwicklung des Programms.

*Termin_* Der Nationale Beirat tagt in der Regel zwei Mal jährlich. Die Sitzung im Berichtszeitraum ist am 23./24. Oktober 2013 in Bonn. Mit dieser Sitzung endet auch die Arbeit des Beirats.

*Bericht_* Im Berichtszeitraum legt der Beirat einen besonderen Schwerpunkt auf die Ausgestaltung des zukünftigen EU-Programms Erasmus+ JUGEND IN AKTION, aber auch auf einen ausführlichen Rückblick über positive und negative Aspekte der zurückliegenden Programmperiode. Ausführlich wird auf der Beiratssitzung über Neuerungen und Veränderungen in Erasmus+ JUGEND IN AKTION informiert. Das Gesamtprogramm hat einen Umfang von knapp 15 Milliarden Euro, davon entfallen zehn Prozent auf den Bereich JUGEND IN AKTION. Der Beirat nimmt weiter die Neuberufung des Evaluierungskomitees vor, das an der Begutachtung der Projektanträge beteiligt ist. Aus den Strukturen des DBJR werden am 24. Oktober 2013 Astrid Weber (Bayerischer Jugendring) und Tobias Köck (stellvertretender Vorsitzender DBJR) gewählt. Das Komitee kommt bis Juli 2014 zu mehreren Sitzungen zusammen. Berichtet wird von Verzögerungen im Bewilligungsverfahren, da erhebliche technische Probleme bei der Bearbeitung der Anträge auftreten, verursacht durch die EU-Kommission.

*Ausblick_* Das bisherige Programm JUGEND IN AKTION ist zum 31. Dezember 2013 beendet worden. Erasmus+ JUGEND IN AKTION konnte planmäßig zum 1. Januar 2014 starten. Durch die Einführung von Erasmus+ JUGEND IN AKTION sind deutlich mehr Neuerungen auf die Antragsteller_innen zugekommen als in früheren neuen Programmgenerationen, z. B. eine allgemeine zentrale Registrierung von Antragsteller_innen und Projektpartner_innen, Lernvereinbarungen im Bereich der Mobilität von Personal, Onlinetools zum Fremdsprachenerwerb bei Langzeitmobilitäten. Der DBJR sammelt Problemmeldungen und bringt diese in die laufenden Lobby-Aktivitäten ein. Das BMFSFJ hat noch immer nicht über die Einrichtung eines eigenen Beirats für Erasmus+ JUGEND IN AKTION entschieden. Demgegenüber arbeitet der DBJR im Nationalen Begleitausschuss Erasmus+ mit, der alle Programmteile des neuen EU-Förderprogramms im Blick hat. Dieser Nationale Begleitausschuss tagt am 14. Februar 2014, 29. April 2014 und 30. Juni 2014. Die Vertretung übernimmt Tobias Köck.

NETZWERK INTERKULTURELLER JUGENDVERBANDSARBEIT UND -FORSCHUNG

*Vertretung_* Christian Weis (DBJR)

*Aufgabe_* Vernetzung von Jugendverbänden, Jugendringen, Migrant_innenjugendselbstorganisationen (MJSO) und Wissenschaft zum Austausch über die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in die Kinder- und Jugendverbände und von MJSO in die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit. Bestandteil des Netzwerks ist auch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im Feld der interkulturellen Öffnung. Die Steuerung des Netzwerkes erfolgt durch IDA e.V., DBJR, dsj und eine_n Vertreter_in der Wissenschaft.

*Termin_* 15. Oktober 2013 in Köln und 6. März 2014 in Frankfurt (Main)

Bericht_ [➡ Seite 30]

*Ausblick_* Der fachliche Austausch im NiJaF wird auch im kommenden Berichtszeitraum zweimal jährlich weitergehen, das Interesse ist nach wie vor hoch. Von besonderem Interesse für den DBJR wird die Weiterarbeit an einem Fazit zum aktuellen Stand er Interkulturelle Öffnung sein.

STEUERUNGSGRUPPE DER JUGENDPOLITISCHEN INITIATIVE JIVE. JUGENDARBEIT INTERNATIONAL – VIELFALT ERLEBEN

*Vertretung_* Christian Weis (DBJR)

*Aufgabe_* Ziel von JiVE ist die Verbesserung der Chancengerechtigkeit benachteiligter Jugendlicher und Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus zielt JiVE auf eine Erhöhung der Beteiligung dieser Zielgruppe an der internationalen Jugendarbeit. Die Steuerungsgruppe koordiniert die Zusammenarbeit der sechs Teilinitiativen und steuert die übergreifenden Aktivitäten.

*Termin_* 10. Oktober 2013 und 24. März 2014 jeweils in Bonn

*Bericht_* Die einzelnen Teilinitiativen, zu denen auch das DBJR-Projekt *International:Interkulturell* gehört, haben ihre Arbeit fortgesetzt. Im Juni 2014 fand die Nachhaltigkeitskonferenz statt. Der DBJR beteiligt sich am Markt der Möglichkeiten und war durch Hetav Tek auf dem Podium zur Diskussion zur jugendpolitischen Bilanzierung der Initiative JiVE vertreten.

*Ausblick_* Die jugendpolitische Initiative als Projekt endet ebenso wie die Teilinitiativen spätestens Ende 2014.

STIFTUNG DEUTSCHE JUGENDMARKE

*Vertretung_* Daniel Grein (DBJR)

*Aufgabe_* Die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. hat die Aufgabe, die Zuschlagerlöse der jährlich vom Bundesminister für Finanzen herausgegebenen Sonderwertzeichen *Für die Jugend* zu verwalten. Satzungsgemäß werden mit diesen Mitteln Maßnahmen zum Wohle junger Menschen in Deutschland gefördert. Der Geschäftsführer des DBJR ist qua Amt eines der acht satzungsgemäßen Mitglieder der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. und damit an den Entscheidungen über Anträge und an dem Verfügen von Förderungen beteiligt.

*Termin_* Zwei Mitgliederversammlungen am 20. November 2013 und am 5. Mai 2014

*Bericht_* Die Mitgliederversammlungen der Stiftung Jugendmarke beschäftigten sich mit der Vergabe von Zuwendungen und Beratung von Anträgen an die Stiftung. Problematisch bleiben die nach wie vor weiter sinkenden Einnahmen, und damit abnehmende freie Mittel für die Bezuschussung von Projekten. Gleichzeitig sinkt die Anzahl der eingehenden Anträge erheblich. Damit steigt trotz deutlich geringer Mittel als in Vorjahren zumindest die Chance mit qualitativ hochwertigen Anträgen eine gute Förderung zu erhalten. Es ist erfreulich, dass unter den Wenigen geförderten Anträgen auch Projekte der Jugendverbände zu finden sind.

*Ausblick_* Nach wie vor gibt es keine Strategie, die der Entwicklung des Sinkens der Einnahmen etwas in den Weg stellen könnte. Es muss also in Kürze entweder ein entsprechender Ansatz eingeleitet werden oder entschieden werden, wie mit der Situation sonst mittelfristig umgegangen werden kann. Solange Gelder vorhanden sind, ist die Stiftung Jugendmarke eine gute Möglichkeit für Jugendverbände, Fördermittel zu erhalten. Dies sollte noch stärker in den Blick genommen werden. Hierbei sollte im Vorfeld der Erstellung eines Antrags eine gute Kommunikation mit dem Außenvertreter des DBJR gesucht werden.

STIFTUNG WEST-ÖSTLICHE BEGEGNUNG

*Vertretung_* Jochen Rummenhöller (DBJR)

*Aufgabe_* Der Zweck der Stiftung ist die Förderung der Völkerverständigung und des Friedens durch Vertiefung und Ausweitung von gutnachbarschaftlichen Beziehungen und Kontakten zwischen Menschen aus Deutschland und jenen in den jetzt unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Diesem Zweck wird im Berichtszeitraum mit der Förderung, Mitgestaltung und Durchführung von Begegnungsprojekten Rechnung getragen. Regionale Förderschwerpunkte sind derzeit Belarus, Russische Föderation, Ukraine (ca. 70 Prozent), mit deutlichem Abstand folgen Armenien, Georgien, Tadschikistan, Moldau, Kirgistan, Litauen, Lettland und Estland. *stiftung-woeb.de*

Antragsteller für ein Jugendaustauschprojekt mit Russland werden in der Regel an die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch *stiftung-drja.de* verwiesen. Insgesamt hat die Stiftung seit 1994 rund 4300 Einzelmaßnahmen mit einem Fördervolumen von 9,3 Mio. Euro unterstützt.

*Termin_* 12. Dezember 2013; 1. Juli 2014

*Bericht_* Die Zahl der geförderten Projekte ist leicht rückläufig. Die Vernetzungsarbeit wurde demgegenüber weiter ausgeweitet. 2013 wurden 61 Begegnungsmaßnahmen bewilligt, von denen zwölf Erstbegegnungen waren, wobei nicht alle Programme durchgeführt wurden. Rund 58 Prozent der Projekte sind im Bereich Schulaustausch (44 Prozent) und außerschulischer Austausch (14 Prozent) angesiedelt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung und Unterstützung von Städtepartnerschaftskonferenzen (8. bis 11. Juni 2013 in Uljanowski/Russland und 8. Deutsch-Belarussische Konferenz vom 3. bis 6. April 2014 in Frankfurt/Oder) sowie auf Aktivitäten im deutsch-russischen Jahresprojekt *Inklusion*. Insgesamt wurden 2013 für 60 Projekte Fördermittel in Höhe von 150.637 Euro ausgezahlt, darunter auch Vernetzungsprojekte. Die finanziellen Rahmenbedingungen der Stiftung haben sich in den letzten Jahren aufgrund der gesunkenen Zinseinnahmen weiter negativ entwickelt. Für die Stiftung ist damit die Entwicklung und auch der Umfang der für ihre Arbeit und Fördertätigkeit zur Verfügung stehenden Mittel mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Zentrales Thema auf den Sitzungen im Dezember 2013 und im Juli 2014 ist der Wirtschaftsplan für 2014. Der Wirtschaftsplan bewegt sich im Spannungsfeld zwischen dem realen Erhalt des Stiftungskapitals und der Zahlung von satzungsmäßigen Leistungen.

*Ausblick_* Die Stiftung behält die Arbeit des EU-Forums der Zivilgesellschaft der östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Belarus, Ukraine, Moldau) sowie das Forum der Zivilgesellschaft EU-Russland weiterhin im Blickfeld und ist mit Vertreter_innen präsent. Dadurch können sich weiterhin Anknüpfungspunkte für Aktivitäten mit Jugendorganisationen in den beteiligten Ländern ergeben. Bei Besuchen von Jugendorganisationen aus diesen Ländern werden vom DBJR Gesprächskontakte vermittelt, um auf Fördermöglichkeiten hinzuweisen. Das Projekt *Inklusion 2014 – Verankerungen* wird mit Mitteln des Auswärtigen Amts bis Ende 2014 verlängert, um Kontakte in dem Themenfeld zwischen Deutschland und den GUS-Staaten zu unterstützen. Am 25./26. November 2014 soll in Berlin an die Gründung der Stiftung vor 20 Jahren erinnert werden. Geplant ist in diesem Rahmen auch eine Podiumsdiskussion über den Jugendaustausch mit Ländern in Osteuropa. Ein Newsletter informiert Interessierte seit Juni 2013 über die aktuelle Arbeit.

DELEGATIONEN

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT

Deutsch-französisches Treffen DBJR-CNAJEP vom 15. bis 16. Juni 2014

Vom 15. bis 16. Juni 2014 hält sich eine vierköpfige Delegation des DBJR zu Gesprächen mit dem Französischen Jugendring CNAJEP in Paris auf. Damit wird der Besuch seines französischen Partners vom 4. bis 5. Juni 2013 in Berlin erwidert.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Im Mittelpunkt des Treffens der beiden Jugendringe steht der Informationsaustausch über aktuelle Fragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit und neue Entwicklungen in beiden Jugendringen. Mit der aktiven Begleitung der Arbeit des DFJW und seiner Gremien wird gewährleistet, dass die jeweiligen Außenvertreter_innen in den Lenkungsgremien des DFJW in einem engen gegenseitigen Kontakt stehen und eine gemeinsame Vorbereitung der Sitzungen erfolgt.
- Ein thematischer Schwerpunkt des Treffens ist das Gespräch mit der Generalsekretärin des DFJW, Béatrice Angrand. Die Generalsekretärin informiert über die aktuelle Arbeit des DFJW.
- Das Treffen der beiden Jugendringe dient der Vorbereitung der Beiratssitzung des DFJW am 23./24.06.2014 in Berlin. Es gibt Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen der Beiratssitzung sowie ausführliche Beratungen über die Arbeitsschwerpunkte des DFJW 2015, neue Förderprogramme und vorgeschlagene Richtlinienänderungen.
- DBJR und CNAJEP tauschen sich über Entwicklungen in der deutschen und französischen Jugendpolitik, Aktivitäten im Strukturierten Dialog, die Ergebnisse der Europawahlen und über die Arbeit des Europäischen Jugendforums aus und verständigen sich über gemeinsame zukünftige Aktivitäten.

DEUTSCH-ISRAELISCHE ZUSAMMENARBEIT

Delegationsreise des DBJR vom 6. bis 12. Oktober 2013 in Israel

Vom 6. bis 12. Oktober 2013 hält sich auf Einladung des Israelischen Jugendrings CYMI eine siebenköpfige Delegation des DBJR in Israel auf. Damit wird der Besuch des israelischen Partners vom 29. Mai bis 3. Juni 2012 in Berlin und Warschau erwidert.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Beeindruckend ist die Teilnahme an der Veranstaltung Jugend für Demokratie und Frieden, die von allen CYMI-Mitgliedsorganisationen aus Anlass des 18. Jahrestages der Ermordung von Jitzchak Rabin durchgeführt wird.
- Während des Besuchs findet ein intensiver Informationsaustausch über die jugendpolitische Entwicklung in Israel und Deutschland statt. Beide Jugendringe diskutieren über aktuelle Erfahrungen mit dem deutsch-israelischen Freiwilligenprogramm, neue Formen der Jugendbeteiligung (u.a. e-Par-

tizipation), politische Entwicklungen in den Nachbarländern Israels sowie Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Jugendringen. Interessante Bestandteile des Programms sind Besuche von Jugendaktivitäten (Camps) der Jugendbewegungen in Israel, z. B. von Hashomer Hatzair, der Pfadfinder und des Kibbuz Amitai.

- Der DBJR berichtet über seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Ländern.
- CYMI und der DBJR vereinbaren, sich 2015 aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gemeinsam an der Feier zur Befreiung des Lagers zu beteiligen und in enger gegenseitiger Abstimmung die weiteren inhaltlichen Schritte vorzubereiten. Im Museum des Moreshet- Mordechai Anielevitch Memorial Holocaust Study and Research Center informiert sich die Delegation über Jugendbewegung und Widerstand im Holocaust.
- In der Delegation sind Vertreter_innen von Mitgliedsorganisationen des DBJR vertreten, die besonderes Interesse am Aufbau von neuen Kontakten haben oder bestehende Kontakte weiterentwickeln wollen.

Delegationsbesuch des Israelischen Jugendrings CYMI vom 9. Bis 15. Juni 2014

Vom 9. bis 15. Juni 2014 besucht eine Delegation des Israelischen Jugendrings CYMI Berlin und Wien. Durch den in Wien durchgeführten Programmteil wird die Österreichische Bundesjugendvertretung in die Gespräche eingebunden.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Die Vorbereitung von Aktivitäten aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz steht im Mittelpunkt des Delegationsbesuchs. So findet ein Gespräch im Bundespräsidialamt statt, bei dem über die geplanten Aktivitäten informiert wird und über eine mögliche Unterstützung der Gedenkveranstaltung durch den Bundespräsidenten gesprochen wird. Auch im Rahmen der Hauptausschuss-Sitzung wird mit der Delegation und Vertreterinnen des Polnischen Jugendrings über die Planung diskutiert.
- Es werden Gespräche über aktuelle jugendpolitische Entwicklungen in beiden Ländern geführt und neue Projekte und Themenfelder von Jugendbewegungen in Israel und Deutschland vorgestellt. So führt der DBJR in die Eigenständige Jugendpolitik ein.
- Mit Christine Mähler von ConAct wird über geplante Aktivitäten aus Anlass des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und von 60 Jahren Jugendaustausch 2015 diskutiert.
- Die israelische Delegation führt in Wien Gespräche mit der Österreichischen Bundesjugendvertretung dem Österreichischen Jugendring über eine Zusammenarbeit, Beteiligung an der Vorbereitung der Gedenkveranstaltung in Auschwitz und zukünftige gemeinsame Projekte.

DEUTSCH-NORDAFRIKANISCHE ZUSAMMENARBEIT

Besuch einer Delegation aus Ägypten vom 22. bis 29. Oktober 2013

Vom 22. bis 29. Oktober 2013 hält sich auf Einladung des DBJR eine siebenköpfige Delegation aus Ägypten in Berlin und Magdeburg auf. Damit wird der Besuch des DBJR vom 25. bis 30. November 2012 in Ägypten erwidert.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Im Vordergrund dieses Fachkräfteprogramms steht die Vernetzung zwischen deutschen und ägyptischen Jugendarbeitsstrukturen. Gleichzeitig erhalten die ägyptischen Vertreter_innen, insbesondere durch die Teilnahme an der Vollversammlung, einen Einblick in deutsche Jugendverbandsstrukturen, die sie ggf. adaptieren und in die neu entstehenden jugendpolitischen Strukturen ihres Landes integrieren können. Ziel des fünftägigen Aufenthaltes ist es damit, den ägyptischen Gästen die deutsche Jugend(verbands-)arbeit sowohl strukturell als auch personell nahe zu bringen.
- Sie besuchen Vertreter_innen unterschiedlicher Jugendorganisationen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene und erfahren Wissenswertes über deren Arbeitsweisen. Organisiert vom DBJR erscheinen ihrerseits Vertreter_innen verschiedener Jugendorganisationen, die an einem Austausch mit Jugendstrukturen in Nordafrika interessiert sind, zu einem Treffen mit den Delegationsmitgliedern. Dadurch erhalten sie einen guten Einblick in die Jugendverbandsarbeit in Deutschland und können ihre Organisation vielen deutschen Strukturen vorstellen.
- Durch die Teilnahme an der Vollversammlung des DBJR, auf der alle Mitgliedsorganisationen vertreten sind, können sie bereits zuvor geknüpfte Kontakte intensivieren und neue dazu gewinnen. Herr Hassan (IYDA) hält auf der Vollversammlung eine Rede und nutzt damit die Möglichkeit sowohl seine Organisation und stellvertretend die seiner Delegationsmitglieder vorzustellen als auch über die aktuelle Situation in Ägypten zu berichten.
- Die ägyptischen Gäste betonen das Interesse an einem langfristigen Austausch und nicht an einmaligen Kontakten. Als Themen werden die Jugendleiter_innen-Ausbildung, die Organisationsentwicklung (z. B. wie finde und binde ich Mitglieder) und der Aufbau einer nationalen Jugendinteressensvertretung genannt. Weiterhin wird ein Informationsaustausch in diesen Themenfeldern angeregt.
- Der DBJR setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin Mittel des Auswärtigen Amts für die Transformationspartnerschaft mit Nordafrika für den Jugend- und Fachkräfteaustausch genutzt werden können.
- Die Delegation nimmt an der Veranstaltung *Nordafrika im Wandel* teil, die der DBJR mit den Gästen aus Marokko am 23. Oktober 2013 durchführt und auf der über die politische Lage und die jugendpolitische Situation in Ägypten und Marokko informiert wird.

Besuch einer Delegation aus Marokko vom 23. bis 28. Oktober 2013

Vom 23. bis 27. Oktober 2013 hält sich auf Einladung des DBJR eine zweiköpfige Delegation aus Marokko in Berlin und Magdeburg auf. Der Kontakt war über die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Büro Rabat, vermittelt worden.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Zentraler Anknüpfungspunkt für den Delegationsbesuch ist die 86. Vollversammlung des DBJR vom 25. bis 26.Oktober 2013 in Magdeburg. Das restliche Programm gruppiert sich um diesen Termin und wird teilweise zusammen mit der Delegation aus Ägypten durchgeführt. Madiha Taouss hält auf der Vollversammlung eine Rede und nutzt damit die Möglichkeit, ihre Organisation Jugend für Jugend (Association Jeunes pour Jeunes – AJJ) und die aktuelle Situation in Marokko zu präsentieren. AJJ ist ein 2005 gegründetes nationales Jugendnetzwerk. Der Aufenthalt kann für zahlreiche Gespräche mit Delegierten genutzt werden, es findet ein Hintergrundgespräch mit interessierten Mitgliedsorganisationen über Möglichkeiten einer weiteren Kooperation statt.
- Gleichzeitig erhalten die marokkanischen Vertreter_innen insbesondere durch die Teilnahme an der Vollversammlung einen Einblick in deutsche Jugendverbandsstrukturen und die Arbeitsweise eines nationalen Jugendrings. Auch die organisatorischen Abläufe einer Vollversammlung stoßen auf großes Interesse, da die Erkenntnisse für den Aufbau einer nationalen Jugendinteressensvertretung genutzt werden sollen.
- Im Vordergrund des Fachkräfteprogramms steht die Vernetzung zwischen deutschen und marokkanischen Jugendarbeitsstrukturen. Es werden Gespräche mit Vertreter_innen unterschiedlicher Jugendorganisationen sowohl auf Bundesebene als auch in Magdeburg geführt. Dadurch erhalten beide einen guten Einblick in die Jugendverbandsarbeit in Deutschland und können ihre Organisation vielen deutschen Strukturen vorstellen. Die Delegation nimmt an der Veranstaltung „Nordafrika im Wandel“ teil, die der DBJR mit den Gästen aus Ägypten am 23. Oktober 2013 durchführt und auf der über die politische Lage und die jugendpolitische Situation in Ägypten und Marokko informiert wird.
- Für 2014 werden noch keine konkreten Aktivitäten vereinbart, aber es besteht von marokkanischer Seite Interesse an einer Teilnahme des DBJR an einer der nächsten nationalen Jugendkonferenzen in Marokko 2014, um durch das Angebot von Workshops oder durch inhaltliche Beträge wichtige Impulse für die Stärkung der Jugendstrukturen in Marokko zu geben.

DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Arbeitsgespräche mit dem Polnischen Jugendring vom 27. – 29. März 2014

Vom 27. bis 29. März 2014 hält sich eine zweiköpfige Delegation des DBJR in Warschau auf, um mit dem Polnischen Jugendring PROM Arbeitsgespräche zu führen.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Anlass des Besuchs in Warschau ist die Teilnahme an der Generalversammlung des Polnischen Jugendrings PROM am 29. März 2014, auf der die Möglichkeit besteht, ein Grußwort des DBJR an die Delegierten zu übermitteln. Im Polnischen Jugendring PROM sind derzeit 23 Organisationen zusammengeschlossen, bei der Generalversammlung sind acht neue Mitgliedsorganisationen aufgenommen worden.
- Im Vorfeld der Generalversammlung des Polnischen Jugendrings PROM werden bi- und trilaterale Gespräche zwischen PROM, DBJR und CYMI geführt, um die Aktivitäten anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gemeinsam vorzubereiten.
- PROM bemüht sich derzeit um Aufnahme in das Europäische Jugendforum. Der DBJR signalisiert über das DNK seine Unterstützung.

DEUTSCH-RUSSISCHE ZUSAMMENARBEIT

12. Deutsch-Russisches Jugendforum vom 3. bis 7. Juni 2014

Der DBJR organisiert in Zusammenarbeit mit dem Russischen Jugendrat NYCR das 12. Deutsch-Russische Jugendforum vom 3. bis 6. Juni 2014 in Berlin. Vor der Eröffnung des 12. Deutsch-Russische Jugendforums gibt es ein Programm für die russischen Teilnehmenden auf dem Deutschen Jugendhilfetag (DJHT). Das 11. Forum fand vom 22. bis 26. Mai 2013 in Moskau statt.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- Den Auftakt bildet ein Informationsprogramm auf dem DJHT mit der Präsentation der Arbeit des Deutsch-Russischen Jugendforums auf einem eigenen Informationsstand. Weiterhin finden thematische und allgemeine Rundgänge statt, Besuche von Fachveranstaltungen, die Teilnahme an einer Forumsveranstaltung „Jugendpolitik und Jugendarbeit in Russland: positive Beispiele der Zusammenarbeit“ auf dem Marktplatz Europa und kleinere Workshops mit Vertreter_innen der beiden Regierungen.
- Wie schon in den Vorjahren wird das Forum für einen Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen in der Jugendpolitik in Deutschland und Russland genutzt, Fragen des Jugendaustauschs beraten und Gespräche über neue Austauschpartnerschaften geführt.
- Die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch und das russische Koordinierungsbüro für den Jugendaustausch mit Deutschland stellen ihre Tätigkeitsfelder vor. Sergey Pospelov als Leiter der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten informiert über aktuelle Entwicklungen in der russischen Jugendpolitik.

- Während des Deutsch-Russischen Jugendforums präsentieren die anwesenden Verbände ihre Arbeit. Es gibt Arbeitsgruppen gemeinsam mit den deutschen und russischen Teilnehmenden zu den Themen Kultur, Jugendaustausch und Jugendbeteiligung. Es finden eher kontroverse Diskussionen über aktuelle Fragen der deutsch-russischen Beziehungen statt, z. B. über die Krim-Annexion und die Situation in der Ukraine.
- Den Abschluss des Jugendforums bildet ein Besuch in der Russischen Botschaft und an der Festveranstaltung anlässlich der Eröffnung des Jahres der Russischen Sprache und Literatur in Deutschland.

DEUTSCH-TSCHECHISCHE ZUSAMMENARBEIT

Deutsch-Tschechisches Jugendtreffen vom 25. bis 27. April 2014 in Terezín

Unter dem Motto *Gemeinsam auf dem Weg zur Erinnerung* setzen sich rund 100 Teilnehmende aus Deutschland und Tschechien vom 25. bis 27. April 2014 in Terezín (Theresienstadt) mit Themen der transnationalen Erinnerungsarbeit auseinander. Das Jugendtreffen wird von Tandem in enger Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Terezín vorbereitet.

Themenbereiche/Programmschwerpunkte:

- In 18 Workshops wird unter Beteiligung von Fachleuten aus Jugendverbänden, Gedenkstätten und Verbänden über Erinnerungsarbeit gesprochen. Daneben werden gegenwärtig aktuelle und zukünftig relevante Themen diskutiert. In einem trinationalen Workshop mit Vertreter_innen vom Israelischen Jugendring (CYMI), des DBJR und des Tschechischen Kinder- und Jugendrats wird über Inhalte einer möglichen trilaterale Zusammenarbeit diskutiert und wie die Erinnerung an den Holocaust von Jugendverbänden in Israel gestaltet werden kann.
- Die beiden von CYMI, CRDM und DBJR durchgeführten Workshops stoßen mit jeweils 15 bis 17 Teilnehmenden auf großes Interesse. Die Teilnahme der drei Jugendringe wird positiv wahrgenommen. Die Teilnehmenden am Workshop zur trilateralen Zusammenarbeit machen Vorschläge für ein trilaterales Projekt für 2015, das aber noch in den Gremien der drei Jugendringe beraten werden muss.
- Der Tschechische Jugendring bekräftigt sein Interesse an der Teilnahme an der Veranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.
- In der abschließenden Podiumsdiskussion diskutieren Vojtěch Blodig, stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Terezín, der Zeitzeuge Ernst Grube, Marek Krajčí vom Tschechischen Kinder- und Jugendrat und Sophie Storch, derzeit Freiwillige bei der Gedenkstätte Terezín, über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Erinnerungsarbeit. Die Diskutant_innen sind sich einig, dass Veranstaltungen wie das deutsch-tschechische Jugendtreffen einen Beitrag zu einem gemeinsamen Verständnis von Erinnerungsarbeit leisten: Unter anderem sei es wichtig, sich auch auf bilateraler Ebene über Erinnerungsarbeit auszutauschen. Darüber hinaus müsse man sich aber mit heutigen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung befassen.

Geschäftsführung
Tom Urig, Geschäftsführer
Andrea Köhler, Büroleiterin

Referat für Finanzen und Personal
Torsten Goede, Referent
Claudia Krohn, Mitarbeiterin
Ramona Otto, Mitarbeiterin
David Saro, Auszubildender

Referat für Medien und Kommunikation
Michael Scholl, Referent
Stefanie Meyer, Mitarbeiterin

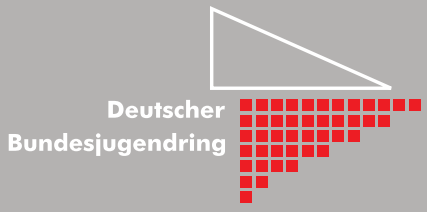
Referat für nationale Jugendpolitik
Christian Weis, Referent
Annica Starke-Mutschler, Mitarbeiterin

Referat für internationale Jugendpolitik
Jochen Rummenhöller, Referent
Claudia Zurel, Mitarbeiterin
Antje Reimann, Mitarbeiterin

Projekt zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland
Ann-Kathrin Fischer, Projektleiterin
Tim Schrock, Projektmitarbeiter

Projekt Ichmache>Politik
Jasmin-Marei Christen, Projekleiterin
Sanja Zeljko, Projekreferentin

Projekt Jugendgruppe erleben
Carina Fischer, Projektreferentin
Jennifer Beder, Projektmitarbeiterin
Andrea Koß, Projektmitarbeiterin



Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
030. 400 40 400
info@dbjr.de
www.dbjr.de